

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 42.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 24. Oktober 1917.

Inhaltsangabe: Inland: Kościuszko-Feier. S. 1725—1732. — Reichstagsverhandlungen und Friedensfrage, Regierung und Parteien. S. 1732—1740. — Aktivisten und Passivisten in den drei Teilgebieten. S. 1740—1741. — Polen und Sozialdemokraten. S. 1741. — Polnische Berufsvereinigung und ausführendes Komitee. S. 1741—1742. — Deutsch-katholische Lehrerinnen. S. 1742. — Befestigtes Gebiet: Graf Ostrowski. S. 1743. — Regimentsrat und Parteien, Passivismus und Aktivismus. S. 1743—1746. — Der scheidende Kurator an die Hochschulen. S. 1746—1747. — Hilfskomitee für das Königreich Polen. S. 1747—1752. — Litauisches. S. 1752—1756. — Volksabstimmung im Chelmer Land. S. 1756 bis 1757. — Ausland: Graf Czernin und die Friedensfrage. S. 1757—1758. — Polnischer Klub und österreichische Regierung. S. 1758. — Andrassy, Friede und Polenfrage. S. 1758. — Liga der Unabhängigkeit Polens. S. 1758 bis 1759. — Bischof Pelczar an die Legionen. S. 1759—1760. — Septemberakt und Nationaldemokratie (Grabski) in Rußland. S. 1760. — Polnischer Rat für Grenzgebiete. S. 1761. — Lednicki und die Polen in Amerika. S. 1761 bis 1762. — Entente und die Polenfrage. S. 1762.

Die polnische Frage in Deutschland.

Stimmen zur Kościuszko-Feier.

Aus Nr. 235 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 14. Oktober 1917.

... Obgleich wir seit hundert Jahren der Fundamente des Staatsbaues entbehren, haben wir nicht aufgehört, uns am Leben zu erhalten. Das Volk überwand unzählige äußere Hindernisse, es kämpfte andauernd gegen Anordnungen fremder Herkunft, die von Gefahren einer langsamen Assimilierung strotzten. Es kämpfte für die Unabhängigkeit des inneren Lebens und wachte darüber, daß die Fluten fremder Begriffe und Vorstellungen nicht in das tiefste Innere des polnischen Lebens eindringen. Das Dach der Staatlichkeit wurde über unserm Haupte zerstört. Wir hörten aber auch nicht einen Augenblick auf, innerlich zu wachsen, jenen Überbau der unabhängigen polnischen Seele zu schaffen, deren noch unlängst ideale Lücken mit immer größerer Deutlichkeit die Formen der Wirklichkeit anzunehmen beginnen. Und so haben wir die feindseligen Ereignisse des 19. Jahrhunderts durchgehalten, die trotz der der polnischen Volksgemeinschaft zugefügten schweren Schläge nicht imstande waren, uns auf die Stufe einer des lebendigen Gefühls der nationalen Rechte und der Unabhängigkeitsbestrebungen beraubten willenlosen Menge herabzudrücken...

... An der Quelle der Revolution Kościuszkos ist der Anker dieser gewaltigen Strömung ausgeworfen, die das ganze 19. Jahrhundert hindurch mit immer größerer Wucht gegen das letzte Nest der Reaktion einschlug, die Dämme durchbrach und heute in dem weiten und reißenden Flußbett der alleuropäischen demokratischen Forderungen: des internationalen Friedens, der Teilnahme der Völker an der Staatsleitung, der Beseitigung der sozialen Ungleichheit und des Unrechts, dahinfließt.

Daraus entspringt das Recht auf den Ruf, den der Führer Kościuszko nicht bloß im eigenen Volke genießt, nicht bloß auf dem Gebiete von der Ostsee

bis zum Schwarzen Meer, und von der großpolnischen Ebene bis zu den Fluten des Dniepr, sondern überall dort in der Welt, wo demokratische Grundsätze herrschen, wo Menschen leben, die von den fürsorglichen Fesseln der übermächtigen Einflüsse des Staats frei sind....

Aus Nr. 235 des Ogródownik (Posen)
vom 14. Oktober 1917.

... In Deutschland sprechen die Geschichtschreiber — mit wenigen Ausnahmen — Kościuszko den ihm gebührenden Ruhm und die Achtung nicht ab. Die deutschen Dichter wurden durch den Namen unseres Helden begeistert. Gleich in den ersten Jahren nach seinem Tode wimmelte es in Deutsch'and von Liedern, die das Leben und die Taten des Kościuszko besingen. Im Munde eines jeden Deutschen konnte man damals Lieder wie „Ford're Niemand zu hören“, oder „Denkst du daran, tapf're Lagienka“, u. a. hören. Längere Zeit hindurch wurde sogar eine Oper aufgeführt, in der unser Führer im Bauernkittel der Hauptheld war. Alles das hat sich allerdings bei den Deutschen geändert. Die Menschen und die Zeiten ändern sich, wie man sagt, aber an unserem Helden hat sich nichts geändert, sein Name ist im Gegenteil noch mächtiger geworden.

... Am heutigen Tage geloben wir dir:

So tren wie wir bisher zu der nationalen Fahne gehalten haben, wollen wir auch fernerhin und stets neben ihr stehen.

So wie wir bisher geglaubt haben, wollen wir auch fernerhin stets an das glauben, woran du geglaubt hast.

Wir wollen alle deine Tugenden nachahmen, die dich geschnitten haben.

Dazu verheße uns Gott!

Aus Nr. 309 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 14. Oktober 1917.

... Das Polen, das durchgehalten, das heute im Geiste und im Herzen eines jeden polnischen Mannes lebe, das wiedergeborene Polen, das mehr als hundert

Jahre für seine neue Existenz geblutet habe, solle und müsse in Kościuszko seinen Helden erblicken. Er habe sein Sakrament gerettet, dies sein Sakrament, das da sei: die Idee der Unabhängigkeit. Und dadurch siege er jetzt nach 100 Jahren, in der Zeit, in der Polen an der Wiege seines wiedererstehenden unabhängigen Staates stehe.

Aus Nr. 235 des Kraj (Posen)
vom 14. Oktober 1917.

.... Noch niemals hat das polnische Volk solche kritische Augenblicke durchgemacht, — noch niemals sind wir dem Ziele so nahe und so fern gewesen.

Der schrecklichste aller Kriege erschüttert die ganze Welt, und das polnische Volk blutet aus tausend Wunden. Dörfer und Städte sind verbrannt, tausende polnischer Kinder sind verwaist — aber die Hoffnung wollen wir trotzdem nicht verlieren.

Kościuszko war es nicht vergönnt, das Volk der Freiheit entgegenzuführen, aber seine Taten und sein Vorbild reichen bis über das Grab hinaus und werden uns für alle Zeiten voranleuchten.

Aus Nr. 235 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 14. Oktober 1917.

.... Schlägt schon die erträumte — ersehnte große Stunde? Werden die Dichterträume von dem lebendigen und freien, vom alten Ruhmesglanz umstrahlten, in der Reihe der übrigen Völker Europas stehenden Polens zur Wirklichkeit?

Noch nicht!

.... Thaddäus Kościuszko ist — mit Gottes Willen — die Verkörperung aller polnischer Tugenden, er ist das Ideal, das für ewige Zeiten jedem polnischen Geschlecht voranleuchten wird, er ist der Mann der Vorsehung, der nationale Moses, dessen Geist uns aus dem Lande der Knechtschaft nach dem neuen, wieder-geborenen, befreiten Polen führt.

Aus Nr. 235 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 14. Oktober 1917.

... Die Gestalt Kościuskos habe von ihrem Glanz nichts eingebüßt, vielmehr mit der Zeit der Herrlichkeit zugenommen; sie sei gewissermaßen zu einem Symbol geworden, um das sich die Gedanken, Bestrebungen und Hoffnungen des polnischen Volkes zusammengeschlossen hätten. Bei der Friedensarbeit um die Festigung der nationalen Existenz habe das Beispiel des großen Bürgers vorangeleuchtet. Die gegenwärtigen geschichtlichen Ereignisse gäben jetzt, wo sich die Ideale, für die der große Führer gekämpft, zu verwirklichen schienen, dem Feste eine ganz besondere Bedeutung, denn an den Toren des unabhängigen und selbständigen Polens werde man das Andenken dessen ehren, der im Augenblicke des traurigsten Verfalls des Vaterlandes an seiner Zukunft nicht verzweifelt sei und alle seine Gedanken und Taten diesem Ziele gewidmet habe.

Aus Nr. 235 des Postep (Posen)
vom 14. Oktober 1917.

... Jede gesunde Volksbewegung in den polnischen Landen hat ihren Anfang nach dem Vorbilde Kościuskos gemacht. Auch das neue Polen darf, wenn es seiner Zukunft ein sicheres, unerschütterliches Fundament zugrunde legen will, nur das von unserem großen Bürger begonnene Werk vollenden. Die Gleichstellung aller Stände hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten

und die harmonische Mitwirkung aller Schichten des Volkes — das war der Hauptgrundsatz Kościuskos. Wenn die Behörden des neuen polnischen Staates diesem leitenden Gedanken folgen werden, dann werden wir das wiedergewinnen, was wir durch Unfrieden, durch innere Feindschaft und Vernachlässigung der Pflichten dem Vaterlande gegenüber verloren haben.

Heute trennen uns die Parteistreitigkeiten mehr von einander als die Standesunterschiede. Möchten wir in diesem erhabenen Augenblicke doch alle die Notwendigkeit einer tätigen Mitarbeit an dem Werke des Wiederaufbaus Polens erkennen und willig die Gleichstellung aller in der Erfüllung der Pflichten, sowie die Vereinigung in Liebe und Eintracht unter der gemeinschaftlichen Fahne unseres Führers bewerkstelligen! Wir wollen alle an der Verwirklichung des Ideals mitwirken, dem er sein ganzes Leben geweiht hat! Damit werden wir unsern geistigen ungekrönten König im Bauernkittel am würdigsten ehren.

Aus Nr. 235 des Wielkopolanin (Posen)
vom 14. Oktober 1917.

.... In Kościuszko schätze das Volk nicht nur die großen bürgerlichen Tugenden, sondern es huldige vor allem der Idee, der er gedient. Sein Name zeige den Weg für die nationalen Pflichten, er stärke den Geist und das Herz des Volkes, gebe ihm den Glauben an eine bessere Zukunft, an die nationale Unsterblichkeit in der festen Überzeugung, daß Polen auch in Zukunft sein werde, wie es gewesen und noch jetzt sei.

Aus Nr. 236 des Dziennik Kujawski (Hohenstaßa)
vom 14. Oktober 1917.

.... Heute, wo die polnische Frage wieder in den Vordergrund trete, wo es scheine, daß der weiße Vogel wieder frei sein solle, wo man bei den Fremden den Widerhall schöner Worte höre, stehe Kościuszko vor seinem Volke gleichsam wie eine Feuerseule, aus der die Wahrheit der Pflicht erstrahle, die der Gesamtheit die Frage vorlege, ob sie sich selbst dienen, oder die Brücke für die Bedeutung anderer sein wolle. Wer in die Vergangenheit blicke, der werde den durch Kościuszko gemeinsamen Weg finden: die Pflicht, sich mit dem Volke zu vereinen.

Aus Nr. 237 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 14. Oktober 1917.

.... Seit Kościuszko sei in der polnischen Geschichte die Verschmelzung aller Volksschichten in ein nationales Ganze zu verzeichnen. Seine Freiheitsidee sei geblieben bis auf den heutigen Tag und neben ihr noch eine zweite, die nämlich: alle polnischen Gebietsteile, die vor der Teilung ein Ganzes gebildet, zu lieben. Von Kościuszko aus gehe die Macht des Ausdauerens, von ihm die Lehre, das Land und Volk zu lieben, von ihm die stahlharte Aufforderung, auszuharren und das polnische Land nicht zu verwerfen.

Aus Nr. 237 des Dziennik Berliński
vom 14. Oktober 1917.

... Am 100. Todestage vereinige sich das ganze polnische Volk zur Huldigung seines großen Führers. An diesem Tage verschwänden die Kordons, alle Standes- und Parteiunterschiede. Nirgends werde man den Todestag Kościuskos als einen Trauertag begehen. Die heiligen Ideale, für die der Große gelebt, begannen erst jetzt, sich in die Wirklichkeit umzuformen. Kościuszko habe nur die Erniedrigung

seines Vaterlandes sehen dürfen, dem jetzigen Geschlechte aber sei es vergönnt, das zu sehen, von dem durch länger als 100 Jahre die besten Söhne Polens geträumt hätten. Jetzt, wo ein neues Morgenrot über Polen zu leuchten beginne, dürfe man sich nicht Trauergeanken hingeben, helle Freude solle die Herzen erfüllen, weil sich schließlich vor den Augen des Volkes das erfülle, was der sehnlichste Wunsch des Freiheitshelden gewesen sei.

Aus Nr. 237 des Narodowiec (Herne)
vom 14. Oktober 1917.

„Nichts beweise die Unsterblichkeit der Kosciuszko'schen Losungen und Ideen besser, als gerade der gegenwärtige Weltkrieg. Alles, was er an Losungen und Ideen hervorgebracht, seien Kosciuszko'sche Losungen und Ideen. Kosciuszko sei der Übermacht bei Maciejowice unterlegen, heute siegten seine und des polnischen Volkes sehnlichsten Wünsche, deren großer Verfechter er gewesen.

Aus Nr. 121 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Oktober 1917.

Der Jahrestag des Todes Kosciuszkos,

den wir am 15. d. M. begehen werden, fällt in ähnliche Zeiten wie die, in denen Kosciuszko wirkte. Ein Unterschied besteht nur darin, daß diejenigen, die damals die Teilung Polens bewirkt haben, jetzt mit einander kämpfen. Ein Unterschied besteht ferner auch darin, daß Polen heute nicht fällt, sondern sich von seinem Falle wieder erhebt. Hinter der Hülle, die aus dem Rauch der Feuersbrünste und aus dem Staub der von den Eroberern in polnischen Landen geschlagenen Schlachten malt die Hand der geschichtlichen Gerechtigkeit, die Hand der göttlichen Vorsehung, Polen eine strahlende Zukunft, und das Herz krampft sich zusammen und blutet bei dem Gedanken, daß Kosciuszko nicht mehr da ist, daß der große Führer nicht mehr da ist, der das Volk dieser strahlenden Zukunft mit Erfolg entgegenführen würde — nicht unbedingt in erster Linie im bewaffneten Kampfe — sondern in fieberhafter, mächtiger Arbeit an dem Bau des polnischen Staatswesens, dessen Grundlagen, wie die Grundlagen aller Staaten, natürlich auch ein starkes Heer sein sollte.

Statt der Losung der Tat werden leider die Losungen der Untätigkeit ausgegeben, und in diesen erblickt man sogar den Gipfel der Weisheit. Anstatt große, mächtige Arbeit zu liefern, operiert man reichlich mit Worten — mit großen Worten — über die Vaterlandsliebe — über die nationale Ehre — aber leider nur mit Worten!

Aus Nr. 237 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. Oktober 1917.

Festpredigt

des Abgeordneten Dzięcki, Pfarrers in Bnin, in der
Pfarr-Kirche in Posen.

Hochwürdigster Herr Erzbischof!
Polnisches Volk!

Heute vor hundert Jahren hat das Herz des besten Sohnes Polens zu schlagen aufgehört. Ein gewaltiger Schmerz bemächtigte sich des ganzen polnischen Volkes. Denn alle hatten damals die Empfindung, daß von jetzt ab für alle Zeiten derjenige fehlen wird, der „den Namen seines Volkes mit Ruhm bedeckt hat, der, wie ein Riese, sein Schwert und seinen Panzer nahm, um in den Kampf zu

gehen und sein Heer mit dem Schwerte zu verteidigen“ (I. Mach. 3, 3). In tiefer Trauer wurde das ganze Land versetzt, denn man sah sich für immer verlassen von demjenigen, der „vor dem Volke ging, um ihm den Weg zu zeigen, am Tage in einer Wolkenfäule und in der Nacht in einer Feuerfäule, um Führer zu sein zu jeder Zeit.“ (Ezod. 13, 21.)

Kein Wunder deshalb, daß das polnische Volk nach seinem Tode wenigstens noch seine irdischen Reste, die ihm so teuer waren, in seiner Mitte behalten wollte. Es holte sie deshalb aus der Fremde und trug sie auf seinen Armen nach dem Herzen Polens, nach dem Babel. Dort legte es sie in der Schatzkammer aller seiner Heiligtümer nieder.

Und siehe da! Der Herr hat ein Wunder getan.

Denn als das Volk schmerz erfüllt und trauernd an der Bahre seines Führers stand, da wurde es ihm auf einmal klar, daß es seine Hoffnungen nicht begraben dürfe. Aus der Bahre kam nämlich über das Volk eine frische Kraft für das ganze künftige Jahrhundert des Leidens und des Kampfes. Das polnische Volk hatte die Empfindung, daß aus den toten Gebeinen, die in der Bahre ruhten, eine Lebenskraft emporstieg, so stark und gewaltig, wie stark und gewaltig der Geist des Verstorbenen war.

„Die Hand Gottes hat sich über mir gezeigt, und der Herr führte mich in seinem Geiste... Und er sprach zu mir: Erdensohn, glaubst du, daß diese Gebeine leben werden? Und ich jagte: Mein Herr und mein Gott, du weißt es. Und der Herr sagte zu mir: Prophezeie über diese Gebeine und sprich zu ihnen: Ihr dürren Gebeine, höret auf das Wort Gottes! So spricht nämlich der Herr zu den Gebeinen: Siehe! ich werde meinen Geist in euch einhauchen und ihr werdet leben.“

Fürwahr, der Herr hat auch in die Gebeine unseres Helden seinen Geist eingehaucht, und diese Gebeine leben. Sie leben in den Träumen unserer Kinderjahre, in den Idealen unserer Jugendzeit, in allen unseren Werken, Mühen und Opfern; sie leben ebenso in unserer Dual und in unserem Kampfe, wie in unserer unvergänglichen Hoffnung.

Gott selbst, der Herr und der Führer der Völker, hat nämlich den Verbliebenen mit dem Stigma der Größe gezeichnet. Und er ist eben deshalb groß geworden, weil er den Ruf des Herrn, Führer unseres Volkes zu sein, so ausgezeichnet verstanden hat. So lenkt Gott mit seiner Hand das Schicksal der Nationen und erweckt für sie, wie einst für das Volk Israel, solche Führer und Helden, wie Er war. Von ihnen spricht auch der Geist des Herrn: „Selig ist der Mann, der nicht für sich allein gearbeitet hat, sondern für alle diejenigen, welche die Wahrheit suchen. Er war groß wegen seines Namens, aber am größten zur Erlösung der Auserwählten Gottes. Deswegen hat er Ehre in seinem Volke geerbt, und sein Name wird in die Ewigkeit leben.“ (Eccl. 24, 46.)

Wir haben uns deshalb heute am hundertsten Todestage unseres Führers nicht deswegen versammelt, um Trauerandachten abzuhalten. Wir haben uns vielmehr an der Bahre unseres Führers vereinigt, um neue Kraft für den Tag der Auferstehung zu schöpfen. Denn heute weist die Allmacht Gottes den Völkern schon neue Wege, und die Ordnung der alten Welt geht in Trümmer. Die Träume unserer Kinderjahre, die uns Sein Geist eingegeben, die heißen Wünsche unserer Jugendzeit und die Hoffnungen ganzer Generationen gehen also heute in Erfüllung.

Die Liebe zum Vaterland ist etwas Großes und Heiliges. Sie wird uns ausdrücklich von Gott anbefohlen. Gott bietet ja auch selbst alle Kräfte des Himmels und der Erde auf, als er dem auserwählten Volke sein Vaterland wiedergibt. Er erweckt für dieses Volk einen Führer, er führt es aus der Gefangenschaft, er trennt vor ihm die Tiefen des Meeres und er führt es gleichsam selbst an der Hand, um es nach seiner Heimat — nach dem gelobten Lande zu bringen. Er gebietet diesem Volke auch das heilige Land selbst mit äußerster Todesgefahr zu verteidigen. Und das Volk gehorchte diesem Gebote Gottes. So oft nämlich ein Feind ihm sein Land entreißen wollte, erhob es sich zum Kampfe und verteidigte sein Erbe. Wenn aber sein Mut zu sinken anfang, da erweckte Gott besondere Propheten, die mit feurigen Worten zu neuen Heldentaten anregten. Auf diese Weise kämpfte das auserwählte Volk Gottes fünfzehn Jahrhunderte hindurch für sein Vaterland. Keine Niederlage vermochte seinen Mut zu beugen, keine Knechtschaft ihm die Hoffnung zu rauben.

Aber auch der Heiland selbst liebt sein Vaterland. Denn er weint, als er sieht, daß seine Mutterstadt in Kürze fallen soll: „Wenn auch du an diesem deinen Tage wüßtest, was zu deinem Frieden ist und was jetzt vor deinen Augen verschlossen ist!“ (Lukas 19, 42.)

Nun hört aber, mit welchen Worten unser gottbegnadete Kanzelredner Skarga dormalen die polnischen Landboten an die Vaterlandsliebe mahnte: „Liebet dieses euer Vaterland, liebet dieses Jerusalem, euer Königreich, eure Republik! Wie könntet ihr nämlich eure teuerste Mutter nicht lieben und ehren, die euch geboren und erzogen, mit allen Gütern ausgestattet und berühmt gemacht hat? Es ist ein Gebot Gottes, daß man seine Mutter ehren soll. Verflucht sei, der seine Mutter betrübt. Und welche Mutter ist die vornehmste und zärtlichste für euch, wenn nicht das Vaterland, das euch einen ruhmvollen Namen und überhaupt alles gegeben hat, was ihr besitzet?“ (Skarga.)

Wie kann ich aber heute, wo unsere Herzen der heiligen Liebe zum Vaterlande so voll sind, vor euch noch davon reden, was für jeden selbstverständlich ist, was mit unserem Leben auf das innigste verbunden ist und dieses Lebens wahren Inhalt bildet?

Ich rede heute so, weil man von Ihm überhaupt nicht reden darf, ohne zugleich von der Liebe zum Vaterlande zu reden.

Ich rede so, weil es in unserer Vergangenheit doch Augenblicke gegeben hat, wo unser Geist schwächer wurde, wo dieses heilige Feuer der Vaterlandsliebe ebenso, wie beim Volke Israel, nicht mehr brennen wollte und wo das Gebot dieser Vaterlandsliebe in Vergessenheit und Mißachtung geraten war.

Und ich rede so, weil ich heute zu euch nicht in der Weise reden kann, wie einstens der begeisterte Prophet unseres Vaterlandes zu unseren Vorfahren sprach: „Diese gemeinsame Mutter, unser teuerstes Vaterland, hat euch einen König und eine Krone gegeben. . . Diese zärtliche Mutter hat euch eine goldene Freiheit geschenkt, auf daß ihr fremden Tyrannen nicht zu dienen braucht. . . Seht doch, mit welchen Gütern, Reichtümern und Freiheiten diese Mutter euch ausgestattet hat? Mit Gold und Schätzen hat sie euch überhäuft. . . Was konnte sie noch mehr für euch tun?“ (Skarga.)

O großer Gott! Vom Haupte unseres Volkes ist längst die Krone gefallen, unserer Könige Majestät wurde in den Staub gezogen, unsere Güter und Reichtümer wurden ausgeplündert, und der einst so stolze Nacken unseres Volkes beugte sich, um ein fremdes Joch zu tragen.

Es ist uns zwar noch unser teuerstes Vaterland zurückgeblieben, aber dieses Vaterland befand sich — in dem größten Elend; es wurde mißhandelt, überverteilt und fast bis zu einem schmerzlichen Tode gequält.

Ich rede hier so, weil uns ein ganzes Jahrhundert hindurch diese Liebe zu diesem Vaterlande als Schuld angerechnet wurde, weil wir für jede Tat, die aus der reinen Quelle dieser Liebe kam, als Verbrecher bestraft wurden, wenngleich diese Tat auch noch so kristallrein war, und weil uns unsere teure Mutter, unser Vaterland, ein ganzes Jahrhundert hindurch nicht an ihr Herz pressen und unseren Schmerz nicht stillen konnte.

Aber gerade die Liebe zu einem solchen Vaterlande ist um so heiliger und erhabener.

Und von einer solchen heiligen und erhabenen Liebe war eben Sein Herz beseelt. Diese Liebe war der Leitstern seines ganzen Lebens. Sie füllte seinen Geist und alle seine Handlungen aus. Sie war der göttliche Hauch, der aus seinen toten Gebeinen auch heute noch, wie in der Vision Ezechiels, auf uns hinüberkommt. —

Vor Jahren stellte sich der Jüngling in der Ritterakademie in Warschau vor die Front des königlichen Kadettenkorps und gelobte, sein Schwert immer zum Schutze des Vaterlandes zu gebrauchen. Das war das erste Gelöbniß in seinem Leben — ein Gelöbniß der Treue und der Liebe zu seinem Vaterlande. Und dieses Gelöbniß hat er nie gebrochen, nie entweiht.

Nach Jahren kehrt dieser Jüngling nach seiner Heimat zurück. Inzwischen hatte er nämlich seine Studien rühmlich beendet und sich im Kriegshandwerk ausgebildet. Er wollte seine Dienste jetzt dem Vaterlande weihen. Aber diese Heimkehr war eine außerordentlich schmerzliche für ihn. Sie war nämlich die erste furchtbare Prüfung für die edelsten Gefühle, die in seiner Seele lebten. Er fand nämlich Polen schon zerstückelt infolge der ersten Teilung. Gegen diese Teilung wurde von seiten des polnischen Volkes nicht einmal ein Protest erhoben. Das polnische Volk war sich des schrecklichen Unglücks nicht mehr bewußt und hatte auch kein Verständnis mehr für seine Folgen. Es schien von einem bösen Alp gequält zu werden. Es verlor seine Ehre und seinen Ruhm. Es sank, innerlich zerrissen, fast bis zur letzten Stufe der Erniedrigung. — Und früher war es doch ganz anders! Der Jüngling sah jetzt wie in einer Vision das frühere, mächtige Polen, ein Polen vom Meer zum Meer, ein Polen, vor dem die Nachbarstaaten zitterten, ein Polen, mit dem die ersten Mächte in Europa rechnen mußten, ein Polen, das seine Grenzpfähle in die Saale einschlagen ließ und sein Schwert an den Mauern Rijens weckte, ein Polen, das die Macht der Kreuzritter aufgerieben hat und vor dem Rathhaus in Krakau den Lehnseid von Monarchen der Nachbarstaaten entgegennahm, ein Polen schließlich, das eine Kultur, hell und klar wie die Sonne, schuf und mit dieser Kultur eben seine friedlichen, in Europa sonst unbekannten Eroberungen ganzer Völker vollzog. — Das alles ist aber jetzt nur ein schöner Traum von dem, was früher war. Die Wirklichkeit sind nur noch Ruinen der früheren Macht und Größe.

Das edelste Herz Polens brach bei diesem Anblick vor Schmerz zusammen. Die Arme reckten sich nach Taten, aber es war kein Raum und kein Verständnis mehr für Taten. Der Geist schmiedete die besten Pläne, aber es gab keine Möglichkeit mehr, diese Pläne durchzuführen. — Da verschloß der junge, dreißigjährige Offizier, dessen Herz voll unverwundlicher starker Lebenskraft war, die Liebe zu seinem Vaterlande, wie einen Talisman, in seiner Brust und ging

nach der neuen Welt, um dort für die Freiheit, für jenes heiligste Gut zu kämpfen, das der Schöpfer dem Menschen verliehen hat.

Mit Ruhm bedeckt kehrt er dann nach Polen wieder, denn die Liebe zum Vaterlande drängte ihn mit unwiderstehlicher Gewalt, dem eigenen Lande, das jetzt zum neuen Leben aufwachte, zu dienen. Sobald also über Polen die Morgenröthe des Großen Reichstages erglänzte und das Herz des polnischen Volkes auf die Kunde von einer neuen Armee von hunderttausend Mann lauter zu schlagen anfang, stellte er sich in die Reihen der Vaterlandsverteidiger, trat an die gemeinsame schöpferische Arbeit heran und weihete ihr von jetzt ab alle seine Kräfte.

Und dann ging die Sonne des dritten Mai auf. Ihm folgte jedoch bald darauf die Nacht von Targowica. Da rückten, von den mißratenen Söhnen des unglücklichen Polens geführt, 62 000 feindliche Truppen in die Ukraine und 32 000 in Litauen ein.

Der Reichstag erließ einen Aufruf an das Volk zum gemeinsamen Kampfe um die Unversehrtheit der polnischen Republik. Kosciuszko tritt sofort unter die Führung des Fürsten Josef (Poniatowski) und erwirbt sich neue Lorbeeren bei Dubienka. Das ist die Dämmerung einer Wiedergeburt des Volks. Die Herzen schlugen lauter und der Geist des Volkes schöppte neue Kraft. Es erhob sich ein neues Geschlecht, das sein Leben für das Heil und für die Freiheit des Vaterlandes zu opfern bereit war.

Aber da kommt plötzlich eine neue Kunde, vernichtend, wie des Donners Schlag. Sie erschüttert das ganze Volk. Wie vom Blitzstrahl getroffen, liegen auf einmal zerschmettert alle Hoffnungen Polens. Das Maß der Schande wurde voll. Stanislaus August trat nämlich dem Verrat von Targowica bei. Das feindliche Heer rückte in Warschau ein. Im königlichen Schloß stellte der Feind seine Wachposten auf, und die polnische Armee erhielt den Befehl, alle Feindseligkeiten aufzugeben.

O heilige Vaterlandsliebe!

Das edelste Herz Polens brach jetzt von neuem vor Schmerz zusammen. Die Arme Kosciuszkos reckten sich nach einer Tat, aber es gab weder Raum, noch Möglichkeit für eine solche Tat. — Da ging derjenige, der sich nur durch Polens Größe selbst groß und durch Polens Erniedrigung selbst erniedrigt fühlte, noch einmal in die Fremde, um dort an allen Orten, wo es irgendwie noch möglich war, für Polen zu wirken und sich sofort zu seiner Verteidigung zu stellen, sobald der Ruf an ihn ergehen würde. Danach sehnte er sich vor allem, und das ersuchte er von dem Herrn der Heerscharen als eine besondere Gnade für sich. Er betete zu ihm: „Gestatte mir, mein Gott, daß ich noch einmal für mein Vaterland in den Kampf ziehen kann.“

Dieses Gebet Kosciuszkos hat sich wie eine kostbare Reliquie erhalten. Er verrichtete es jeden Tag; er flehte in ihm zu dem Herrn der Heerscharen, er möchte ihm erlauben, ein Werkzeug seiner unerforschlichen Pläne zu sein: „Allmächtiger Gott, der Du mit Deinem Geiste Millionen von Welten beiseelst und der Du auch mir gestattest hast, in diesem Tränental zu einem unbekannten Zwecke zu leben, laß es geschehen, daß ich in diesem Tränental einen Weg wandle, der Dir lieb ist, Gestatte mir, Gutes zu tun.“

Und der Herr der Heerscharen hat das inbrünstige Flehen seines treuen Dieners erhört. Und er zeichnete mit dem Stigma der Größe seinen Geist, weil er in seinem ganzen Leben in einer so vortrefflichen Weise die ihm von Gott gestellte Aufgabe erfüllt hat.

Kosciuszko entbrannte jetzt in einer so gewaltigen Liebe zum Vaterlande, daß die helle Flamme dieser Liebe endlich auch die Herzen des ganzen Volkes erfaßte.

Und da erhob er sich inmitten seines Volkes, wie ein Juda Makkabäer, den der Herr im Volke Israel erweckte, und wie ein Held, mit Ruhm gekrönt.

Er erhob sich inmitten seines Volkes, wie ein hellsehender Prophet, der mit edlem Sinn die Tiefen der Seele dieses Volkes durchschaute und alle seine Bedürfnisse erfaßte.

Er erhob sich inmitten seines Volkes als sein Führer und als der Führer seiner Führer, als sein Oberbefehlshaber.

Und von dieser Zeit ab „ging er vor seinem Volke, um ihm den Weg zu zeigen, am Tage in einer Wolkensäule und in der Nacht in einer Feuersäule, um Führer zu sein zu jeder Zeit.“

Als nämlich das Maß des Unglücks für Polen schon voll war, und als gleichzeitig das polnische Volk sich in sich schon gesammelt hatte, da stellte er sich auf den Ruf des Vaterlandes, um die Führung im Lande zu übernehmen.

Eins hat er damals vor allem richtig sofort verstanden und in allen seinen Werken zum Ausdruck gebracht, und dieses eine bildet zugleich seine herrlichste Tat. — Er hat nämlich eingesehen, daß unser Vaterland niemals zugrunde gehen wird, wenn es sich auf die Kiesenkräfte des ganzen polnischen Volkes stützen wird. Wir sind alle — ohne Ausnahme — Kinder einer und derselben unglücklichen Mutter, die zu uns allen ihre Hände aus dem Grabe erhebt. Er hat also eingesehen, daß wir deswegen auch alle — ohne Ausnahme — zur Tat und zum Opfer berufen werden müssen und daß aus demselben Grunde auch alle in diesem treuen Vaterlande gleiche Rechte und Freiheiten verdienen.

So erhob er sich inmitten seines Volkes zugleich auch als ein hellsehender Prophet dieses Volkes.

Es kam dann für Polen der für alle Zeiten denkwürdige Tag des 24. März 1814.

In Krakau läuten alle Glocken. Vor dem Rathaus sind die Abteilungen des polnischen Heeres aufgestellt. Eine gewaltige Volksmenge füllt den Markt und die anliegenden Straßen. Es herrscht eine feierliche Stille. Es wird nämlich der unvergeßliche Eid verlesen, der ihm, dem Oberbefehlshaber, geschworen wird. — Dann entblöste er selbst sein Haupt, nahm in beide Hände das geweihte Schwert und schwur den Eid der Treue seinem eignen Volke.

In Krakau läuten wiederum alle Glocken ... und in Polen schlagen laut alle Herzen.

Er erhob sich jetzt inmitten seines Volkes als sein Feldherr, als der Führer seiner Führer, als sein Oberbefehlshaber.

Das Volk ergriff das Feuer der Begeisterung.

Der Feldherr rief, und es kam das ganze Volk, um seine Mutter zu verteidigen. Es erwachten auch die breiten Massen dieses Volkes, sie brachten ihre Senen mit und erzwangen mit ihnen den Triumph von Racławice. Sie schufen Helden aus ihrer Mitte, die mit ihrem Herzblut ihre Liebe zu dem teuersten Vaterlande besiegelten.

Und er, der Führer seines Volkes, legte jetzt die glänzende Uniform eines Generals ab und tauschte sie gegen eine Krakauer Bauernkittel um.

Und er, der Führer und Seher seines Volkes, brachte aus der Tiefe seiner Seele den Aufruf von Polaniec hervor, in dem er namens Polens die Vorurteile der Jahrhunderte zerriß, die bis dahin Jahrhunderte hindurch die Söhne einer und derselben Mutter von einander schieden. Mit freudiger Begeisterung verkündete er der Welt, daß der polnische Bauer frei sei und daß er sich überall ungehindert niederlassen könne.

O du großes Jahr,
Du Jahr Kosciuszko's,
Du gingst auf wie eine Morgenröte
Aus dem Nebel unserer Niederlagen.
Nach und nach erblähten alle unsere Sterne.
In der Stürme furchtbarem Geheul,
Da erglänztet Du über unserem Volke
Wie ein neuer Stern der Hoffnung.

! (Konopnicka.)

O du großes Jahr der Eidesleistung Kosciuszko's!
Du großes Jahr, das du uns die Tage von Racławice,
Polaniec, Warschau und die Heldengestalt eines
Kilinski gebracht hast! Du Jahr der Erhebung Polens,
Litauens und Weißrußlands! Du großes Jahr,
trotzdem du die Niederlage von Maciejowice, die Ge-
fangennahme unseres Diktators und das Mißlingen
unserer Erhebung gesehen hast. Du großes Jahr, —
groß für immer durch seinen Geist und durch sein Herz,
das unsere Hoffnungen geweckt hat, — Hoffnungen,
die seitdem niemals mehr erstorben sind, die heute
ebenso, wie damals, in mächtigem Pulsschlag in
unserer Brust schlagen, die lebendige Wahrheit, Leben
und unsere Freiheit sein werden und werden müssen.

Nachher kamen Tage der Knechtschaft und der
Erlösung und wiederum Tage der Zerstreuung
in fremden Ländern. Aber Sein polnischer Geist,
nie gebeugt und nie beirrt, der Geist eines Helden und
Propheten, der Geist eines großen Führers des Volkes
lebte in ihm bis zu seinem letzten Atemzuge, bis zu
seinem Tode, dessen Andenken wir heute in heiliger
Sammlung feiern.

* * *

Auf seinem Haupte ruhte mehr, als eine Königs-
krone. Denn der Herr der Heerscharen hat seinem un-
sterblichen Geiste den Stempel seiner Auserwählten
aufgedrückt. So geschah es denn, daß das polnische
Volk nach seinem Tode ihn zu sich nahm und unter
seine Könige brachte, und daß es seine Gebeine im
Herzen Polens verschloß. So geschah es, daß es ihm
als seinem Führer ein Denkmal errichtete, dessen sich
sonst niemand rühmen kann. Es baute nämlich für ihn
einen Grabhügel auf, zu dem es mit seinen eigenen
Händen Erde aus allen Teilen Polens zusammentrug.

Von seinem Sarge — dort auf dem Bawel,
und von dem Hügel — dort vor dem Tor Krakaus
strömt jetzt über ganz Polen eine Fülle des Lichts und
des Lebens aus. Aus seinen toten Gebeinen kommt
eine Kraft über uns, die nicht mehr zu bezwingen ist.
So offenbart sich das Wunder Gottes über uns schon
ein ganzes Jahrhundert hindurch.

„Vernehmet ihr dürren Gebeine,
die Worte des Herrn! Denn es spricht
der Herr zu euch: Ich werde in euch
meinen Geist hineinbringen und ihr
werdet leben.“

In heiliger Sammlung schare dich also heute,
du polnisches Volk, um den Sarg deines verstorbenen
Führers. Und wie du früher schon den aus seinen
toten Gebeinen ausströmenden Geist in dein Herz
aufgenommen hast, so schließe heute zu deiner Kräfti-
gung in dieses Herz auch seinen Heldengeist ein. Und
schwöre jetzt ihm hier — an seinem Sarge einen heiligen
Schwur und gelobe ihm feierlichst:

Bei deinen Gebeinen und bei deinem Geiste,
der mit der Größe des göttlichen Gedankens gezeichnet
war, gelobe ich, Polen, mein Vaterland, ebenso zu
lieben, wie du es geliebt hast. So wahr mir Gott helfe,
Amen.

Ich werde es lieben mit meinem Gedanken, mit
meinen Worten und mit der Kraft meines Empfindens.
Amen!

Ich werde ihm dienen, wie du ihm in Mühen und
Qualen gedient hast. Ich werde ihm dienen bis zu
meinem letzten Blutstropfen. Amen!

Doch horch! Auf der Weltuhr schlagen jetzt ge-
waltige Stunden. Siehe, das zitternde Herz des
„Sigismund“ will das Signal zum Triumphe läuten.
Also sprich jetzt, sprich noch in diesem letzten Augen-
blick: „Ich glaube, daß die Morgendämmerung
aufgeht. Ich glaube, daß der große Tag anbricht,
nämlich der dritte Tag, der Tag der Auferstehung.
Ich glaube, ja, ich glaube, daß der Augenblick schon naht,
wo ich inmitten eines freudigen Schluchzens das helle
Antlitz meiner heiligen Mutter, eines freien und un-
abhängigen Polens, schauen werde.“

So wahr mir Gott helfe! Amen, Amen!

Aus Nr. 233 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 12. Oktober 1917.

Um ein Denkmal unseres Nationalhelden.

Wir haben Sienkiewicz kein Denkmal von Marmor
oder Erz errichtet, — wir werden es auch Kosciuszko
nicht errichten können, denn die äußeren Verhältnisse
eignen sich gegenwärtig nicht dazu, daß wir die sichtbaren
Beweise unserer Verehrung und eines dankbaren
Andenkens für unsere Helden in Stein oder Erz
meißeln. Außerdem stellen die wirklichen Bedürfnisse
der Gegenwart die dringende Forderung an uns,
daß wir unsere Opferwilligkeit, die durch die Er-
innerung an unsere großen Männer wachgerufen
wird, in der Richtung großer nationaler Ziele lenken,
um auf diese Weise durch eine Tat und ein Opfer,
das für alle Zeiten das Wohl unseres Volkes fördern
kann, in edelster und geeignetster Weise den-
jenigen unsere Huldigung dazubringen, die wir be-
sonders ehren wollen.

So haben wir auch unlängst unserer Verehrung
für Sienkiewicz dadurch Ausdruck gegeben, daß wir
seinen Namen mit unserer Rettungsaktion zugunsten
unserer Brüder im Königreich Polen in Verbindung
brachten. Die Lösung, die damals in diesem Sinne
ausgegeben wurde, fand Widerhall in den Herzen
aller. Die Verehrung, die unser Landesteil für den
großen Schriftsteller und Patrioten hegt, offenbarte
sich damals in einem großen Akt der Opferwilligkeit,
der um Zehn- und Hunderttausende den Unterstützungs-
fonds bereicherte, den wir für die hungernden und
obdachlosen Opfer des Krieges in einer so herzlichen
Weise gesammelt haben.

Gegenwärtig sollen wir nun auch durch eine
allgemeine Huldigung das Andenken eines der größten
Söhne Polens ehren. Es ist Thaddeus Kos-
ciuszko, ein Mann, auf den die ganze Menschheit
stolz sein kann. Mit Recht hat deshalb das Exekutiv-
komitee für die Kosciuszkofeier die Lösung ausgegeben,
daß der Todestag Kosciuszko's, der am 15. Oktober
gefeiert wird, und durch den das gegenwärtige Jahr
zu den denkwürdigsten Jahren erhoben wird, nicht
allein äußerlich durch besondere Feiern und Festlich-
keiten, sondern vor allem dadurch als ein Nationalfest
gefeiert werden soll, daß wir Kosciuszko an diesem
Tage ein bleibendes Denkmal errichten, welches lange
Jahre von der Verehrung zeugen wird, von der wir
Zeitgenossen der gewaltigen Umschwungszeit für
Polen, für unseren Diktator durchdrungen sind. „Ein
solches Denkmal wird aber — so lesen wir in dem Auf-
ruf des Komitees — ein Kosciuszko-fonds
sein, der den kulturellen Zwecken des polnischen
Volkes dienen soll. Wir fordern deshalb alle auf,
zu diesem Zwecke durch möglichst reiche Spenden
beizusteuern. Alle Einkünfte aus den Kosciuszko-
feiern und alle Sammlungen sind dem Nationalrat zu über-
weisen, der dann im Einverständnis mit dem unter-

zeichneten Exekutivkomitee über die Verwendung des gesammelten Fonds bestimmen wird."

Den Bedruf haben wir also schon vernommen. Wir sollen für einen Kosciuszko-Fonds sammeln, der für die Aufklärung des polnischen Volkes bestimmt ist. Die Opfergaben sollen zu Händen des Nationalrates abgeliefert werden. Soll man da noch viele Worte brauchen, um zu beweisen, wie sehr berechtigt und wie schön der Gedanke ist, denjenigen, der nicht nur die Waffentat, sondern auch die Erlösung des polnischen Volkes in sein Banner eingetragen hat, mit einer herzlichen Gabe zu ehren, die gerade der Aufklärung dieses Volkes dienen soll? Ist das nicht eine Lösung, die den edlen Idealen entspricht, denen unser große Nationalheld sein ganzes Leben hindurch huldigte? Ehren wir diese Ideale nicht am besten dadurch, daß wir durch eine Fülle von Gaben den Boden unserer nationalen Kultur auffrischen, der nach einer schöpferischen und erprießlichen Arbeit, sowie nach reichen Mitteln lechzt, die für weite und schöpferische Projekte die Grundlage bilden könnten? Bei einer blutigen Morgenröte öffnet sich ja vor uns der Weg zu einer neuen und besseren Zukunft. Mit gehobener Stirn soll das polnische Volk nach überwundenen Kriessstrapazen in einen ehrenvollen, freien Wettkampf mit den Völkern Europas treten. Wir werden aber diesen Aufgaben, die unserer harren, nicht gewachsen sein und dem raschen Tempo der Zivilisation nicht folgen können, wenn wir nicht alle unsere Kräfte in dem einen Endziel vereinigen, nämlich die Kultur unseres Volkes zu heben. Und deswegen muß die bisherige durch den Mangel an Mitteln beschränkte und deswegen auch nur momentane Arbeit einzelner Personen jetzt zu einer *Gesamttat* umgewandelt werden. Statt der einzelnen schwachen Lichter muß jetzt ein Herd nationaler Kultur aufblühen, aus dessen heller Flamme sich unser Volk, wie der Phönix aus dem Scheiterhaufen erheben wird.

Diesen Zweck soll der Kosciuszko-Fonds erfüllen. Er soll sich in unserer Zentrale, dem Nationalrat, konzentrieren, zu dem wohl die ganze Volksgemeinschaft Vertrauen haben kann. Deswegen dürfen wir jetzt unsere Sammlungen und unsere Einkünfte aus den Kosciuszko-Feiern nicht für lokale Zwecke verteilen, selbst wenn diese Zwecke noch so gut gemeint sind. Denn die Bedürfnisse der einzelnen Institutionen und Vereine müssen an diesem Tage vor der großen Lebensaufgabe zurücktreten, für die der Kosciuszko-Fonds bestimmt ist. Deshalb ist auch jede Absonderung und jede Beengung der Opferwilligkeit durch die engen Horizonte einzelner Vereine oder einzelner Ortschaften unzulässig. Wir dürfen nämlich die Aktion der Sammlungen nicht zerstückeln. Denn Kosciuszko hat ein großes Denkmal verdient. Ein solches Denkmal werden wir aber wirklich erst dann aufbauen, wenn wir unsere Opferwilligkeit nach einer Richtung konzentrieren und wenn aus tausend kleinen Opfern und Gaben ein gewaltiger Fonds geschaffen wird, der für alle Zeiten segensreich wirken und unseren Nachkommen als Beweis dienen wird, daß wir das Andenken unseres Helden auf eine würdige Weise zu ehren verstanden haben.

Aus Nr. 234 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 12. Oktober 1917.

Zur Kosciuszko-Feier.

Auch die Hauptstadt Kujawiens rüstet sich, wie bereits angekündigt, zu einer würdigen Ehrung dieses Helden, dessen Name uns den leuchtenden Weg der

nationalen Pflichten gezeigt und gleichzeitig deren Erfüllung mit einem lebendigen Glauben an eine bessere Zukunft gestärkt hat.

In einhundertjähriger Knechtschaft wurden wir von Schicksalsschlägen und brausenden Stürmen heimgesucht, aber die Augen des Volkes waren auf seine Helden und den Nachlaß ihrer Ideale gerichtet, um zur Ausdauer Kraft zu finden. Das Volk hat auch durchgehalten und horcht, ob die Glockenschläge das Lied ertönen lassen, für das die Helden ihr Leben geopfert haben.

Und in diesen kritischen Augenblick, in den Augenblick unserer Hoffnungen, fällt der hundertjährige Todestag des Helden der nationalen Aufopferung:

Thaddäus Kosciuszko.

Ganz Polen bringt in den nächsten Tagen seinem Andenken seine Huldigung dar, ehrt in ihm nicht bloß seine persönlichen bürgerlichen Tugenden, sondern auch den unsterblichen Wert der Idee, der Kosciuszko gedient hat, der Idee, die für unser Volk auf dessen Wanderschaft eine Feuer säule war.

Auch wir wollen uns zu dieser Feier herzlich und eifrig vereinigen. Wir wollen uns

am Sonntag, dem 14. Oktober,

um 5 Uhr im Saale des Hotels Bast versammeln, um dort dem Andenken des Helden zu huldigen, um in das Leben seiner Ideale einzudringen, um uns mit diesen zu stärken, uns an ihnen zu erbauen und auf den Weg unseres Lebens einen neuen Ansporn mitnehmen, um den Weg des Dienstes unter seiner Fahne beschreiten zu können.

Daher fordern wir alle auf, recht zahlreich zu erscheinen. Und wir zweifeln nicht daran, daß sich unsere Stimme vergeblich erhebt, sondern daß die traditionelle Treue Kujawiens für nationale Ideale den Saal bis zum Rande füllen wird.

Mit der weltlichen Gedächtnisfeier wird die Festlichkeit jedoch noch nicht beendigt sein.

Denn am Montag, dem 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, werden wir uns alle in der Kirche des hl. Nikolaus versammeln, um uns an einem feierlichen Gottesdienste zu beteiligen und Gott für die Gnaden zu danken, die er dem Führer verliehen und durch die er uns die verzweifelte Zeit hindurch geführt hat. Wir wollen uns auch in die Worte des Predigers vertiefen, der uns die wunderbaren Wege der Vorsehung beleuchten wird.

Und nach außen hin wollen wir vom Sonntag ab die Fenster unserer Wohnungen mit Plakaten schmücken, und am Tage selbst wollen wir uns — wozu uns auch schon unsere eifrige Kaufmannschaft auffordert — überall, wo es die Verhältnisse erlauben, der alltäglichen Arbeit enthalten, um das Fest des Jahrestages wirklich zu heiligen.

Landesleute! Bei der Huldigung der unsterblichen Idee wollen wir uns alle in brüderlicher Einigkeit verbinden.

Aus Nr. 235 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 13. Oktober 1917.

Ein Aufruf aus Kruschwitz. Thaddäus Kosciuszko!

Dieser Mann ist in den geschichtlichen Blättern des aufgeteilten polnischen Staates ehrenhaft verzeichnet. Er erinnert uns an die heldenhaften Taten des Führers des Volkes, dessen unsterbliches Andenken zu feiern, uns gegenwärtig vergönnt ist.

Der hundertjährige Gedächtnistag des Todes unseres größten Helden Kosciuszko fällt leider in die Zeit des langwierigen Kriegebrandes, des schrecklichen Ringens der Völker. Im Augenblicke, in dem die

Staaten Europas — auf Fügung des Allerhöchsten — den Wiederaufbau des polnischen Staates und die Unabhängigkeit des uns so teuren Vaterlandes verkünden, in dem Augenblicke, in dem die harten Fesseln langsam zerspringen, in diesem erhebenden Augenblicke dürfen wir an einer des ritterlichen Volkes würdigen Festlichkeit teilnehmen und am 15. Oktober d. J. das Andenken eines der besten Söhne Polens begehen.

Von den vortrefflichen ist er der vortrefflichste und von den edlen ist er der edelste aller uns bekannten Helden.

Wie durch eine allgemeine Abstimmung der Gefühle und Gesinnungen aller Hiedern, idealen und wahrhaft vernünftigen Menschen wurde unser Thaddäus Kosciuszko erhöht und als Leuchter der Gefühle hingestellt, nicht bloß von den eigenen Landsleuten, sondern auch von allen Völkern, die sich zu Idealen bekennen.

Auch unser uraltes Kruschwitz bleibt nicht zurück.

Das unterzeichnete Wahlkomitee appelliert an die Herzen aller Bürger der Stadt und Umgegend, daß der 15. Oktober so wie in ganz Polen auch bei uns als nationaler Festtag begangen werde.

Wir fordern daher alle geehrten Bürger der Stadt Kruschwitz und der Umgegend dringend auf, am 15. Oktober in allen Werkstätten, in allen industriellen Anlagen und in allen kaufmännischen Büros und Magazinen die Arbeit den ganzen Tag über ruhen zu lassen; mögen die Geschäftsräume der geehrten Herren Kaufleute im Sinne des Aufrufes des Nationalrates und der kaufmännischen Vereine von 9 Uhr ab geschlossen sein. Auch allen Arbeitnehmern möge Gelegenheit geboten werden, sich an der nationalen Feier und an der feierlichen heiligen Messe zu beteiligen, die um 9½ Uhr in der Pfarrkirche abgehalten werden wird.

Es geziemt sich für uns, die Ehrungen für Kosciuszko in ganzem Umfange auch nach außen zu offenbaren, was wir eindringlich bitten. Mögen die Herren Kaufleute und Hausbesitzer keine Mühe scheuen, die Schaufenster zu dekorieren, sei es durch eine Büste, sei es durch ein Bild des Kosciuszko. Falls es daran mangeln sollte, dann möge man die im Verlage des Nationalrates in Posen erschienenen Plakate benutzen, die in keinem echten polnischen Hause fehlen dürften. Wer nicht dekoriert, der darf das auf diese Weise ersparte Geld z. B. des Nationalrates dem Kosciuszko-Fonds überweisen.

Plakate sind in der Buchhandlung des Herrn Schmielecki in Kruschwitz zu haben.

Die eigentlichen Festlichkeiten zu Ehren des Kosciuszko werden später stattfinden, worüber noch Bekanntmachungen ergehen werden.

Das durch die Vorstehenden der Ortsvereine gewählte Komitee.

Aus Nr. 41 des Robotnik (Posen)
vom 14. Oktober 1917.

Zur Kosciuszko-Feier.

In einem dem Gedächtnis Kosciuszko's gewidmeten Artikel schreibt das Organ des polnischen Arbeitervereins u. a.:

Am 15. Oktober d. J. werden einhundert Jahre seit dem Augenblicke verstrichen sein, als der Befehlshaber im Bauernkittel von der Welt schied und vorher auf dem Sterbebette die dankwürdigen Worte aussprach: „Wenn ich lieber vergessen und mein Vaterland frei sein würde!“

Dieser Wunsch, der aus der Tiefe der das Vaterland liebenden Seele kam, ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Vaterland ist nicht befreit worden, und sein Name ist nicht vergessen worden.

Das Vaterland, unsere beste Mutter, war dem Tode nahe. Die Nachbarn streckten nach ihm ihre

gierigen Hände aus, um es sich anzueignen. Der Geist des Volkes war vergiftet, und es fand sich niemand, der es verstanden hätte, den abgefühlt und zweifelhaften Herzen heiße Liebe zum Lande einzusüßen.

Das tat der Führer des Aufstandes, Thaddäus Kosciuszko, weil er die Freiheit und Unabhängigkeit liebte.

Kosciuszko liebte also das polnische Volk und vor allem liebte er das Vaterland, — und diese Liebe verstand er auch den Herzen anderer einzusüßen. Dafür lieben wir ihn, und wir danken unserm Helden auch. Das polnische Volk dankt ihm für seine Fürsorge und für die ewig dankwürdigen Worte, die er aussprach:

„Für den Adel allein werde ich mich nicht schlagen, sondern ich verlange die Freiheit des ganzen Volkes, und nur dafür will ich mein Leben einsetzen.“

Daher wird auch bei den zu seinen Ehren veranstalteten Festlichkeiten niemand fehlen. Neben dem Edelmann, dem Priester und dem Stadtbewohner wird auch die polnische Verbrüderung vom Hammer und vom Pfluge gewissermaßen einen lebenden Kranz bilden, den das Vaterland zu Füßen dessen niederlegen wird, der seine eigenen Angelegenheiten und Interessen außer acht ließ und sein Leben dem Vaterlande opferte. Aus den Herzen aller wird eine gewaltige Stimme der heißen und herzlichen Bitte erschallen, daß der Herr der Heerscharen sich „seines Volkes“ erbarme. Wir hoffen stark, daß der „letzte Seufzer“ naht und daß wir „ohne Klage den Gesang erkennen werden“.

Der Geist Kosciuszkos hat uns einhundert Jahre lang zur Freiheit und zur Unabhängigkeit geführt. Das Vaterland verlangt von uns große Taten. Möge unter den Arbeitern auf dem Gebiete des Vaterlandes das polnische Volk niemals fehlen, das Volk, das Kosciuszko gelehrt hat, das Vaterland zu lieben und für dieses sein Leben und seine ganze Habe zu opfern.

Aus Nr. 235 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 11. Oktober 1917.

Achtung! Vorstände der Filialen der polnischen Berufs-Vereinigung!

Da in den laufenden Wochen zu Ehren unseres nationalen Helden Thaddäus Kosciuszko massenhafte Festlichkeiten veranstaltet werden sollen, bitten wir, alle Versammlungen in den Zweigvereinen auszusparen, falls sie nicht sehr wichtig sind. Zunächst wollen wir durch die Versammlungen nicht die Festlichkeiten stören und dann erfordert es der gegenwärtige Augenblick auch, daß unsere Redner und unsere Mitglieder ihre bürgerliche Pflicht erfüllen.

Die Abteilung der Bergarbeiter der Polnischen Berufsvereinigung.

Aus Nr. 232 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 11. Oktober 1917.

Dr. Michaëlis.

Der Reichskanzler hat vorgestern in der Budgetkommission und gestern im Plenum das wieder gut gemacht, was seine Mitarbeiter in der Sonnabend Sitzung des Reichstages angestiftet haben. Sachlich hat er allerdings ungefähr dasselbe vorgebracht, was auch der Kriegsminister und der Vizekanzler am Sonnabend gesagt haben. Im Grunde genommen hat er sich nämlich ebenfalls nur darauf beschränkt zu erklären, daß die Regierung es nicht billige, wenn Politik in die Armee hineingetragen wird. Aber diese Erklärung gab er in einem anderen, versöhnlichen Tone. Auf diese Weise hat er einen „modus vivendi“ zwischen der Regierung und dem Reichstage wiederhergestellt

und die bereits drohende Krisis abgewendet. Das fiel ihm allerdings insofern nicht schwer, als auch bei der Reichstagsmehrheit sich im entscheidenden Augenblick die Furcht vor einer eventuellen Krisis bemerkbar machte. Deswegen willigten sowohl die Freisinnigen, als auch das Zentrum bereitwillig in die ihnen angebotene Versöhnung ein und beschloßen als Entgelt für die versöhnlichen Worte des Reichskanzlers, für den Etat des Reichskanzlers zu stimmen. Nur die Sozialisten verharrten auf ihrem unveröhnlichen Standpunkt und stimmten gegen den Etat.

Dem Herrn Dr. Michaelis ist es also vorläufig gelungen, die drohende Gefahr abzuwenden und seine Stellung zu kräftigen. Aber auf wie lange? Die Schwierigkeiten nämlich, die den gegenwärtigen Leiter der Politik in Deutschland so sehr bedrohen, sind noch keineswegs beseitigt. Denn sowohl der Reichstag, als auch das deutsche Volk bleibt immer noch in zwei Lager gespalten, die einander immer heftiger bekämpfen. Die Agitation gegen die Reichstagsmehrheit und gegen die Friedensresolution nimmt in einer bedrohlichen Weise zu und dringt in immer weitere Kreise. Andererseits macht die Reichstagsmehrheit unaufhörlich Anstrengungen, um dem Reichstage einen größeren Einfluß, als es bisher der Fall war, auf die Politik des Reiches zu sichern. Ein jedes von diesen beiden Lagern verlangt aber vom Reichskanzler, daß er sich deutlich erkläre, auf welche Seite er sich stellen will.

Herr Dr. Michaelis hat sich jedoch bis dahin darüber nicht in einer Weise geäußert, die jedes Mißverständnis beseitigen würde. Er hat sich zwar mit der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit einverstanden erklärt, — jedoch mit einem gewissen Vorbehalt. Er hat zwar auch in seiner gestrigen Rede einen gelinden Tadel denjenigen erteilt, welche die Friedensresolution des Reichstages bekämpfen, aber er hat sich andererseits nicht in einer irgend wie deutlichen Weise gegen die alldeutsche Agitation ausgesprochen. Auf diese Weise können noch beide Teile den Reichskanzler als ihren Anhänger betrachten.

Herr Dr. Michaelis wird jedoch früher oder später in dieser gegenwärtig so wichtigen Frage sich deutlich erklären müssen, wenn er die Meinung, die man von ihm hatte, bestätigen will, daß er selbst das Staatsruder führen und sich von niemandem wird leiten lassen. Bis dahin hat der Reichskanzler noch nicht zu viel Beweise dafür erbracht, daß er das Reich wirklich selbständig leiten wird. Er hat sich bis dahin nicht als jener Mann der starken Hand erwiesen, für den er in seiner Stellung als Leiter des Ernährungsamtes gehalten wurde.

Die öffentliche Meinung in Deutschland hat die Berufung des Herrn Dr. Michaelis zum Reichskanzler im allgemeinen ohne übermäßige Begeisterung aber auch ohne irgendwelche Antipathie begrüßt. Am meisten sympathisch äußerte sich über ihn die konservative und die alldeutsche Presse, die in ihm einen Anhänger ihrer Anschauungen und Bestrebungen erblickte. Aber auch in dieser Presse macht sich jetzt ziemlich deutlich eine Enttäuschung bemerkbar. Herr Dr. Michaelis sucht nämlich, statt ohne und eventuell gegen die Mehrheit des Reichstages zu regieren, und statt den ganzen Reichstag, der nach der Ansicht der alldeutschen Agitatoren die Mehrheit des deutschen Volkes nicht mehr vertritt, nach Hause zu jagen, — statt alles dessen sucht er, indem er entsprechende Schlüsse aus der vorliegenden politischen Lage zieht, Fühlung mit dem Reichstage zu behalten und sich dessen Mitarbeit in allen wichtigeren Fragen zu sichern.

Aber auch die Reichstagsmehrheit steht nicht vorbehaltlos auf seiten des Reichskanzlers. Sie wirft ihm vor allem einen Mangel an Entschlossenheit

gegenüber der alldeutschen Agitation vor, die gegen die Politik des Reichstages und mittelbar auch gegen die Politik des Reichskanzlers selbst gerichtet ist. Ihre Unzufriedenheit haben dem Reichskanzler in einer entschiedenen Weise schon die Sozialisten, und zwar dadurch gezeigt, daß sie die Bewilligung des Etats seines Vertreters verweigerten. Das Schicksal des Herrn Dr. Helfferich ist zwar in politischer Hinsicht ziemlich gleichgültig. Dem Herr Dr. Helfferich hat es nicht verstanden, bei irgend welcher Partei Sympathien für sich zu erwecken. Aber die Verweigerung seines Etats würde doch zu einem Konflikt führen, denn sie würde gleichsam eine Kraftprobe zwischen der Regierung und dem Reichstage bedeuten. Auf eine solche Kraftprobe möchten es jedoch in der gegenwärtigen Zeit weder die anderen Parteien der Mehrheit noch die Regierung ankommen lassen.

Deshalb wurden auch jetzt die Mißverständnisse in einer ruhigen Weise beigelegt. Aber die innere Krisis besteht trotzdem noch weiter, denn sie hat ihre Ursache in der politischen Lage selbst und in der Unmöglichkeit, die beiden feindlichen Strömungen, die sich auf das Heftigste bekämpfen, miteinander auszuöhnen. Herr Dr. Michaelis hat zwar, als er den Konflikt beilegte, der durch das Auftreten der Regierungsvertreter in der Sonnabenditzung des Reichstages hervorgerufen wurde, zweifellos viel politische Gewandtheit bewiesen. Es kommt aber darauf an, ob diese seine Gewandtheit ausreichen wird, um den Staat auch während eines neuen und heftigeren Sturmes, der jeden Augenblick ausbrechen kann, leiten zu können. Es hat sich nämlich jetzt gezeigt, daß auch in Deutschland der Leiter der Politik, wenn er wirklich regieren will, eine Stütze in der parlamentarischen Mehrheit suchen muß. Herr Dr. Michaelis kann aber unbedingt auf eine solche Mehrheit nicht rechnen. Es können ihn nämlich die Parteien, die ihm noch gestern zu Hilfe gekommen waren, schon morgen wieder verlassen.

Aus Nr. 233 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 12. Oktober 1917.

Herr von Kühlmann.

Die Presse der Mehrheitsparteien des Reichstages, von den Zentrumsblättern an bis zu den sozialistischen Organen, macht dem Reichskanzler zum Teil in einer ganz leidenschaftlichen Weise heftige Vorwürfe darüber, daß er in der vorgestrigen Reichstagsitzung in einer ungeschickten Weise gegen die Partei der unabhängigen Sozialisten vorgegangen war. Nach Ansicht dieser Blätter hätte man gegen die drei Mitglieder dieser Partei, die man einer staatsfeindlichen Agitation beschuldigte, ein Gerichtsverfahren einleiten und nicht die ganze Partei deswegen anlagen sollen. Der „Vorwärts“ schließt seinen Artikel, der die Überschrift „Michaelis vor dem Ende,“ führt, mit folgenden Worten: „Herr Michaelis muß zurücktreten! Dieser Mann hat sich durch ein falsch verstandenes Pflichtgefühl verleiten lassen, einen Posten zu übernehmen, dem er in keiner Weise gewachsen ist.“

Im Gegensatz zum Herrn Dr. Michaelis, der immer mehr das Vertrauen der Mehrheitsparteien verliert, gewinnt der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Kühlmann, eine immer größere Anerkennung und Sympathie, ebenso auf seiten der Linken, wie auf seiten des Zentrums. Das zeigen u. a. die Stimmen, die sich in der Presse dieser Parteien über seine vorgestrige Rede vernehmen lassen. Diese Presse bezeichnet den Herrn von Kühlmann als den einzigen Staatsmann in der gegenwärtigen Regierung.

Aus der letzten Rede des Herrn von Kühlmann verdient aber vor allem jener Punkt eine besondere

Beachtung, wo Herr von Kühlmann feststellt, daß der Schwerpunkt der gegenwärtigen politischen Lage und zugleich die Achse, um die sich die Frage des Friedens oder des weiteren Kampfes dreht, nicht mehr Belgien, sondern Elsaß-Lothringen sei. England soll sich nämlich Frankreich gegenüber verpflichtet haben, daß es nicht eher die Waffen niederlegen wird, bis es Frankreich dazu verholfen hat, diese Provinzen wiederzugewinnen. Da aber Deutschland diese Bedingung nicht annehmen kann und auch nicht annehmen will, wird der Krieg solange fortgesetzt, bis die Koalition auf dieses sein Postulat verzichtet hat.

Es ist schwer zu entscheiden, ob und inwiefern die Behauptung des Staatssekretärs des Äußeren über die Frage Elsaß-Lothringens zutreffend ist. Es ist nämlich anzunehmen, daß in dem gegenwärtigen Kriege außer dieser Frage es noch eine ganze Reihe anderer verwickelter Fragen gibt, deren Lösung mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Tatsache jedoch, daß gerade die Frage Elsaß-Lothringens vom Herrn von Kühlmann in den Vordergrund gebracht wurde, scheint wenigstens mittelbar dafür zu sprechen, daß nach der Ansicht des Leiters der deutschen Politik die belgische Frage sich ohne bedeutende Schwierigkeiten erledigen ließe.

Deswegen sind auch die Alldeutschen, die in der Lösung der belgischen Frage die Rettung Deutschlands erblicken wollen, keineswegs von dem vorgestrigen Auftreten des Herrn von Kühlmann entzückt. Darüber äußert sich die „Deutsche Zeitung“, welche eins der wichtigsten Organe der Alldeutschen ist, in folgender Weise:

„Von solchen Garantien also, die wir, wie früher, noch behauptet wurde, erhalten müssen, damit Belgien nicht von neuem zum Brückenkopf für England auf dem Festlande werde, ist jetzt nicht mehr die Rede. Nach der Entwicklung, welche die Absichten Deutschlands betreffs Belgiens erfahren haben, werden aber auch die Feinde den Wert der großen Geste des Herrn von Kühlmann einschätzen, als er bei der Frage der Konzessionen Deutschlands bezüglich Elsaß-Lothringens mit der Faust auf den Tisch schlug und in den Saal hinausrief: Nie und nimmer!“

In einem ähnlichen Tone äußern sich über die vorgestrige Rede des Staatssekretärs des Äußeren auch die anderen alldeutschen Blätter. Die überwiegende Mehrheit des Reichstages unterstützt jedoch, wenigstens heute noch, ohne jeden Vorbehalt seine Politik und scheint in ihm „den Mann der Zukunft!“ zu erblicken.

So schreibt auch der „Vorwärts“ aus Anlaß seiner Rede:

Die Anerkennung, die der Reichstag gestern dem Herrn von Kühlmann gezollt hat, kam aus einem dankbaren Herzen. Nach den denervierenden und ermüdenden Debatten vermochten allerdings nur wenige jedes Wort dieser sorgsam durchdachten Rede auf seinen inneren Wert und auf seine Bedeutung nach außen hin zu prüfen. Aber der Reichstag blickte mit einer Art freudigen Erstaunens zu dem Staatssekretär empor, als er sah, daß nach den unmöglichen Ereignissen der vorhergehenden Stunden am Regierungstisch ein vernünftiger Mann erschien und redete, den man in politischer Hinsicht ernst nehmen müsse.“

fehlgeschlagenen Versuch des Aufruhrs in der Marine berief und die Täter öffentlich des Staatsverrats beschuldigte. Zu diesem Zwecke war alles sorgfältig vorbereitet. Herr Michaelis erwähnte in seiner Rede geheimnisvoll eines Verbrechens, das die äußerste linke Partei begangen haben soll und unterstrich mit Nachdruck, daß es angesichts dessen unmöglich sei, von der Regierung zu verlangen, daß diese ihr gegenüber vollständige Unparteilichkeit bewahre. Kaum hatte der Kanzler seine Rede beendet, da erhob sich der Staatssekretär der Marine, Admiral v. Capelle, um die bekannten Enthüllungen zu machen. Die Regierung hat unzweifelhaft angenommen, daß diese Ergüsse genügen werden, um die Aufmerksamkeit des Reichstages von dem eigentlichen Gegenstande der Beratung, d. h. von der Agitation der Alldeutschen abzuwenden und die Empörung aller Parteien gegen die äußerste Linke zu richten. Auf diese Weise sollten die unabhängigen Sozialdemokraten der Sündenbock werden, um alle andern Parteien von den Konservativen bis auf Scheidemann zwecks einer leichtern Befreiung der Regierung aus der Situation zu vereinigen, die schon anfangs, schwierig zu werden.

Inzwischen sind aber die Folgen des unerwarteten Auftretens geradezu entgegengesetzte von dem geworden, was die Regierung erwartet hatte. Die radikalen Sozialisten haben sich vor den gegen sie gerichteten Anklagen nicht gebeugt, sondern sie gingen im Gegenteil aus der Rolle der Angeklagten zu der der Ankläger über und antworteten mit einem Hagel von Vorwürfen, die die Regierung eigentlich nicht widerlegen konnte.

Gleichzeitig haben sich auch alle andern Parteien anstatt der Regierung beizustehen, wie Herr Michaelis es erwartet hatte, mit ungewöhnlicher Entschiedenheit unvorteilhaft gegen das Auftreten der Regierung ausgesprochen. Es wurde hervorgehoben, daß es, wenn die drei Abgeordneten wirklich eine Straftat verübt haben, Sache der Regierung gewesen wäre, diese Angelegenheit nicht im Reichstage zur Sprache zu bringen, sondern sie der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Da man das aber nicht getan hat, muß angenommen werden, daß das belastende Material, das sich in den Händen der Regierung befindet, nicht ausreichend war, weil es sich ausschließlich nur auf die Aussage eines Menschen stützt, der bereits erschossen ist, ohne vorher diejenigen Abgeordneten zu vernehmen, die man der Teilnahme an dem angeblichen Verbrechen beschuldigt. Wie kann man also auf Grund mürber Unterlagen solch schwere Vorwürfe erheben, die ihr Echo im ganzen Lande finden, und wie konnte man dem Auslande gegenüber den Eindruck hervorgerufen, als ob in der deutschen Nation heute eben solche Verhältnisse herrschen wie in der russischen?

Auf die Reihe dieser Kritiken, die von allen Seiten kamen, konnte die Regierung keine Antwort finden. Herr Michaelis ergriff zwar noch mehrfach das Wort, um das, was er vorher gesagt hatte, zu berichtigen oder zurückzunehmen, verwickelte sich aber immer mehr und machte den Eindruck eines Menschen, der durchaus nicht auf der Höhe der Situation steht. Dieser Eindruck herrschte allgemein. Daher erhob sich, als einer der Redner des vorherigen Kanzlers erwähnte, im Saale ein Beifallsturm, und diese verspätete Ovation kann für Herrn Bethmann-Hollweg eine gewisse Genugtunung für alle Unannehmlichkeiten sein, die ihm während seiner Amtszeit widerfahren sind. Gleichzeitig war sie aber auch ein Urteil über den Kanzler, der heute am Steuerruder der Regierung steht.

Ein noch geringeres Einssehen mit ihm zeigte aber die öffentliche Meinung. Sogar die Blätter der Rechten kritisieren die ungeschickte Leitung der Regierung in dieser denkwürdigen Sitzung. Die ganze

Aus Nr. 235 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 12. Oktober 1917.

Ein Mißerfolg des Herrn Michaelis.

Herr Michaelis hat bestimmt geglaubt, daß er einen großen politischen Erfolg erzielen werde, als er am Dienstag gegen die drei Führer der „unabhängigen Sozialdemokratie“ auftrat, sich auf den

Linke hat sich auf den Standpunkt der rücksichtslosen Opposition gestellt. Die Blätter des Zentrums und des Fortschritts, insbesondere aber die der sozialistischen Partei, sprachen es ausdrücklich aus, daß die Reichsleitung nach diesen Vorgängen nicht länger in solch unfähigen Händen verbleiben könne. Und selbst wenn Herr Michaelis auch nicht unverzüglich zurücktreten sollte, so wird allgemein die Überzeugung ausgesprochen, daß der Reichstag bei seinem neuen Zusammentreten anfangs Dezember schon mit einem andern Kanzler zu tun haben werde.

Von verschiedenen Seiten wird an Herrn Michaelis das Ansinnen gestellt, die Situation für alle zu erleichtern und auf seinen Posten, dem er doch nicht gewachsen ist, freiwillig zu verzichten. Ob Herr Michaelis diesem Ansinnen Gehör schenken wird? Seine eigene Unfähigkeit öffentlich anzuerkennen, würde für jeden eine schwere Sache sein. Doch der Ehrgeiz einer einzelnen Person kann unmöglich das Übergewicht haben, wenn es sich um das Los von Millionen handelt.

Mus Nr. 308 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 13. Oktober 1917.

Die politische Verwirrung in Deutschland.

Der Krieg tobt noch mit der ganzen Kraft auf allen Fronten. Man kann sich jedoch jetzt schon des Eindrucks nicht erwehren, daß er seinem Ende naht. Die deutschen Erfolge haben zwar die ganze Welt ins Staunen versetzt, aber sie haben diese Welt nicht zu überzeugen vermocht, daß sie über das endgültige Ergebnis dieses gewaltigen Krieges entscheiden werden. Jetzt ist vielmehr die Reihe an die Diplomatie gekommen, die das ausnützen müßte, was das Schwert errungen hat. Indessen versagt diese Diplomatie vollständig. So war es nämlich auch schon zur Zeit von Bethmann Hollwegs, der es nicht verstanden hat, eine Mehrheit im Lande für sich zu gewinnen. Denn die Rechte hat sich offen gegen ihn erklärt, und die Linke bildete für ihn, da sie auf die Erfüllung ihrer Wünsche und Bestrebungen zu lange warten mußte, eine immer unsichere Stütze. Deswegen mußte Herr v. Bethmann in einer Zeit zurücktreten, wo er die Früchte seiner mühevollen Arbeit ernten sollte.

Seine Stelle hat dann eine bis dahin unbekannte Persönlichkeit aus der Beamtenwelt eingenommen, die auf diesen Posten durch den Befehl des Staatsoberhauptes berufen wurde. Die Leitung des Deutschen Reichs gelangte also wiederum in die Hände eines Mannes, der dazu ebenso, wie seine fünf Vorgänger, direkt ernannt wurde, und das in einer Zeit, wo es schien, daß eine parlamentarische Regierung ans Ruden treten würde. Dieser Mann unterschied sich von seinen Vorgängern noch dadurch, daß diese, als sie das Amt eines Reichskanzlers übernahmen, schon als routinierte Politiker und Diplomaten, sowie als geniale Schöpfer in einem weiteren oder engeren Rahmen bekannt waren. Den neuen Reichskanzler verband aber mit dem öffentlichen Leben nur die eine Reminiszenz, daß er zur Zeit des Krieges Kommissar des Ernährungsamtes war, als ein Kampf der Städte gegen das Land wegen der Kartoffeln entbrannte. Herr Dr. Michaelis hat sich allerdings einmal in seinem Leben stark gezeigt, als er nämlich gegen den Wucher kräftig einschlug. Infolge dieser Kraftäußerung erblickte damals die Linke in ihm den Mann der Zukunft. Wie sehr sah sie sich jedoch enttäuscht, als aus dem Kommissar des Ernährungsamtes ein Reichskanzler wurde!

Seine Laufbahn auf dem Posten eines Reichskanzlers bestand aus einer ununterbrochenen Reihe

von Mißerfolgen. Schon seine unglückselige Äußerung am 19. Juli über die Friedensresolution: „Soweit ich sie (die Friedensresolution) verstehe“ brachte ihn auf die Irrwege eines schwankenden Kurses, politischer Seitensprünge, wo er die Gefahr zu übersehen nicht vermochte, sowie kühner Erklärungen und Ausreden, so daß am Ende sich niemand darüber orientieren konnte, wohin eigentlich der neue Kurs führt. Heute legen sich aber schon alle darüber Rechenschaft ab, daß der gegenwärtige Reichskanzler die Situation nicht beherrscht.

Die Folgen einer solchen politischen Lage zeigen sich aber auf jeden Schritt und Tritt und bei allen politischen Fragen. Deswegen nimmt auch die politische Verwirrung im Innern des Landes gefährliche Dimensionen an. Das haben die letzten Debatten im Reichstage gezeigt. Es fehlt jetzt an einer Konzentration der Gedanken und Bestrebungen, sowie an einem einigenden Bindemittel. Dabei ist das Öl der politischen Weisheit auch nicht imstande, die sich auflehrenden Wogen zu besänftigen. Im Gegenteil, es nährt nur das Feuer des Hasses und der Zwietracht.

So steht es also jetzt um die Volksvertretung in Deutschland. Dafür trägt aber in erster Linie derjenige die Verantwortung, der berufen ist, alle Kräfte zu einer schöpferischen Arbeit zu sammeln und die verschiedenen Elemente zu einem organischen Leben zu vereinigen. Das kann jedoch natürlich nur dann geschehen, wenn in der Regierung selbst Eintracht und Einigkeit herrscht. Diese Eintracht und Einheitlichkeit gibt es aber heute in der deutschen Regierung nicht. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß Herr Michaelis als deutscher Reichskanzler und als preussischer Ministerpräsident bei der Rekonstruktion der Kabinette im Juli d. Js. eine sehr unglückliche Hand hatte. Es liegt geradezu eine Tragik darin, daß jetzt nicht nur die Minister und die Staatssekretäre untereinander uneinig sind, sondern daß sogar zwischen ihnen und dem Reichskanzler kein Einverständnis besteht. So desavouiert z. B. ein solcher Herr Helfferich als Staatssekretär ohne Ressort und als Vertreter des Reichskanzlers den Herrn Schwander, den Staatssekretär eines kaiserlichen Reichsamts (für die Wirtschaftspolitik) und hält eine Rede, die von den Anschauungen des Herrn Schwander als des Leiters des betreffenden Ressorts diametral verschieden ist. Er hatte selbstverständlich keine Recht dazu. Wir wollen jedoch von diesem Fall hier absehen, der übrigens angesichts anderer Fragen, die heute mehr aktuell sind, unbemerkt blieb. Mehr Interesse erwecken schon die letzten Ereignisse im Reichstage. Auch hier fällt der Unterschied zwischen den Anschauungen des Reichskanzlers und des Marinechefs auf über die bekannten Vorfälle in der deutschen Marine und über die Beteiligung an ihnen der drei sozialistischen Abgeordneten auf. Dieser Unterschied offenbarte sich weniger in den Worten des Reichskanzlers und seines Untergebenen, als vielmehr in der Handlungsweise dieser beiden Männer. Der Staatssekretär von Capelle stellte nämlich, nachdem er der Welt Mitteilung von der versuchten Meuterei unter den Marinesoldaten gemacht hatte, die Handlungsweise der Abgeordneten Dittmann, Haase und Bogtherr in einem solchen Lichte dar, daß diese Abgeordneten als Hochverräter vor das Kriegsgericht hätten gestellt werden müssen. Der Reichsanwalt lehnte jedoch die Erhebung einer Anklage gegen sie ab, was auch den Anschauungen des Reichskanzlers entsprechen soll. Der ganzen Sache wurde die Krone noch dadurch aufgesetzt, daß auf höherem Befehl jede Mitteilung an das Ausland über die Rede verboten wurde, die der Reichskanzler — am 9. Oktober in derselben Sitzung des Reichstages — gehalten hat, in welcher diese Angelegenheit erörtert wurde. Und dieses Verbot

erfolgte aus dem Grunde, „weil der Reichskanzler in einer öffentlichen Sitzung des Reichstages eine Rede gehalten hat, deren Verbreitung ihrem Wortlaut nach Schaden bringen könnte“.

Auf diese Weise kann man sich also unbeliebt machen, auch wenn man sonst kein Talent besitzt.

Aber auch Herr Helfferich ist schon seit langer Zeit nicht mehr beliebt, — und er wird wohl deshalb nächstens zurücktreten. Ebenso wird Herr von Capelle die Konsequenzen aus seiner Handlungsweise ziehen müssen. Denn er hat, obwohl er von dem Reichsanwalt darüber aufgeklärt war, daß man gegen die betreffenden sozialistischen Abgeordneten gerichtlich nicht vorgehen könnte, weil das Belastungsmaterial nicht ausreichend wäre, trotzdem einen Skandal im Reichstage, im Lande, sowie im Auslande hervorgerufen. Über den Herrn Michaelis äußern sich aber die deutschen Blätter jetzt dahin, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Man schätzt ihn zwar allgemein als einen gewissenhaften Beamten und als einen ehrlichen Menschen, und deswegen wird er wohl auch, wenn er seinen Posten als Reichskanzler verläßt, keinen Feind haben. Aber wo das Deutsche Reich jetzt gerade des tüchtigsten Diplomaten und Reichskanzlers bedarf, kann die öffentliche Meinung in Deutschland es nicht zulassen, daß das Amt eines Reichskanzlers von einem Mann verwaltet wird, der in dieser Kunst unerfahren ist. Deswegen werden jetzt schon von allen Seiten, vom Zentrum an bis zur äußersten Linken, Stimmen laut, die eine Änderung im Reichskanzleramt verlangen, damit endlich die diplomatische Elastizität und Gewandtheit nach außen, und die Eintracht und Stärke im Innern des Reichs wiederhergestellt werde. Vorläufig herrscht jedoch in den Anschauungen der leitenden Kreise immer noch eine Verwirrung.

Aus Nr. 155 der Prawda (Posen)
vom 11. Oktober 1917.

Der Konflikt zwischen der Reichstagsmehrheit und der Regierung beigelegt.

...Indem wir unsere Leser auf den Artikel in unserer letzten Nummer verweisen, wo u. a. auch von der polnischen Fraktion die Rede war, machen wir jetzt auf den Beschluß der Kommission aufmerksam, nach welchem die polnische Frage im Reichstage erst im November d. J. auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Außerdem erfahren wir, daß die Mehrheitsparteien am vorigen Sonntag sich damit einverstanden (!) erklärt haben, die Beratungen der Budgetkommission, die schon am Montag stattfinden sollten, zu verschieben. Den Gegenstand dieser Beratungen sollten auch die politischen Verhältnisse im Königreich Polen und in Litauen bilden.

Angesichts der Veränderungen, die jetzt in Polen auf dem staatsrechtlichen Gebiete eingetreten sind, sind solche Beratungen besonders wichtig, und sie versprachen deshalb für uns interessant zu werden. Jeder von uns erwartet auch mit Spannung die Ankündigung des Altes, auf Grund dessen ein Regentschaftsrat im Königreich eingeführt wird, damit die für uns so wichtige staatschöpferische Arbeit dort fortgesetzt werden könnte.

Leider wurde die Sache verschoben . . .

Es wäre jedoch interessant zu erfahren, ob man bei dieser Verschiebung auch die politische Fraktion zu Räte gezogen hat. Das hätte man schon mit Rücksicht auf das Ansehen der polnischen Fraktion und ebenso auf das Interesse der Polen tun müssen. Wir würden es bedauern, wenn es nicht geschehen ist.

Um aber auf die Rede zurückzukommen, die der Reichskanzler am Montag gehalten hat, so müssen wir feststellen, daß diese Rede ganz deutlich und unzweideutig war.

Der Reichskanzler erklärte nämlich, daß die Beamten jeder Partei angehören dürfen, „welche die Existenz des preussischen Staates und des deutschen Reiches nicht bedroht“.

Nach den Worten und dem Willen des Reichskanzlers dürfen sich also von jetzt ab auch die polnischen Beamten zu ihrer Zugehörigkeit zum polnischen Volke offen bekennen. Denn nach den letzten Erfahrungen, die man während des Krieges gemacht hat, würde doch jetzt niemand mehr die Polen für eine Partei halten, welche „die Existenz des Staates oder des Reiches bedroht“.

Eine solche falsche Behauptung haben bis dahin zwar die Sakatisten über uns verbreitet, aber wir haben die feste Überzeugung, daß die berufenen Faktoren, und vor allem die Regierungen Preußens und des deutschen Reiches sich solcher Ausflüchte in ihrem Verhältnis zu uns Polen von jetzt ab nicht mehr bedienen werden.

Der Reichskanzler hat weiter noch erklärt, daß er es nicht dulden werde, daß man auf die Untergebenen aus Anlaß irgendwelcher entgegengesetzter politischer Anschauungen einen Druck ausübe.

Ebenso soll auch im Heere jede politische Agitation ausgeschlossen sein.

Da möchten wir aber nur nebenbei bemerken, daß uns neulich mitgeteilt wurde, bei einer Heeresabteilung sei den polnischen Soldaten verboten worden, sich mit einander in der polnischen Sprache zu unterhalten. Wir geben uns jetzt der Hoffnung hin, daß solche Verbote — dem Willen des Reichskanzlers und der Reichsregierung gemäß — ein für alle Male aufgehoben werden.

Im allgemeinen muß man aber anerkennen, daß die Rede des Reichskanzlers auch im Verhältnis zu uns Polen keinen ungünstigen Eindruck gemacht hat. Wir können mit ihr zufrieden sein. Sie liefert uns nämlich den Beweis, daß man sich jetzt in den Regierungskreisen Preußens und des Deutschen Reiches zu anderen Anschauungen in der polnischen Frage bekennt, die von einem besonderen Wohlwollen für uns zeugen.

So treten aus Anlaß des letzten Konflikts zwischen der Reichstagsmehrheit und der Regierung deutlich die Grundzüge einer neuen Ordnung, einer neuen politischen Lage und neuer politischen Anschauungen hervor, die uns berechtigen, zuversichtlicher in die Zukunft zu schauen.

Wir dürfen aber trotzdem nicht aufhören, ein wachames Auge für diese Zukunft zu bewahren und in der einmal gewählten Richtung weiter zu arbeiten.

(k.)

Aus Nr. 154 der Prawda (Posen)
vom 10. Oktober 1917.

Zu den letzten Verhandlungen im Reichstage bemerkt die „Prawda“:

Für uns Polen sind diese Beratungen wichtiger, als mancher glaubt. Denn es treten hier die Mehrheitsparteien bis zu einem gewissen Grade für uns ein. Das verstehen wir genau, wenn wir den Gegenstand der Verhandlungen von Anfang an erwägen.

Um was handelt es sich bei diesem Streit? Der Streit betrifft die Frage, ob die Sakatisten und Al-deutschen auch fernerhin aus der Unterstützung der Staatsbehörden Nutzen ziehen sollen. Ob diese Unterstützung eine mittelbare oder unmittelbare ist, ist gleichgültig.

Der Streit tobt um die Stellung unserer größten Gegner. Die Politik dieser Gegner — der Katatisten und Alldutschen — haben die Mehrheitsparteien in ihrem Beschluß vom 19. Juli d. J., in der bekannten Friedensentschließung, angegriffen. Damals ging die polnische Fraktion ihren eigenen Weg, der nach unserer Meinung nicht sehr richtig war. Damals erklärte sich die polnische Fraktion nicht bestimmt für die Mehrheitsparteien. Das hätte sie aber ohne Einbuße für die Erklärung tun können, die sie damals besonders abgab.

In der Zwischenzeit tobte hinter den Kulissen ein heißer Kampf darum, den Einfluß der Katatisten und Alldutschen, unserer Feinde, — ohne die Mitwirkung der polnischen Fraktion zu brechen. Es wurde über die polnische Frage beraten, ohne die polnische Fraktion zu dieser Beratung hinzugezogen zu haben, weil diese Fraktion sich aus dem Kreise der Mehrheitsparteien selbst ausgeschlossen hatte. Die Schuld fällt somit auf die Fraktion, und ihre Ursache liegt in der unentschlossenen Haltung, die die Fraktion einnimmt. Heute ist der Kampf mit unsern Gegnern von neuem entbrannt. Jetzt bietet sich der polnischen Fraktion wiederum Gelegenheit, sich an diesem Kampfe tätig zu beteiligen. Wir wollen sehen, was unsere Fraktion jetzt tun wird.

Aus Nr. 234 des Dziennik Kujawski (Hohenalza)
vom 12. Oktober 1917.

In den letzten Reichstagsberatungen

bemerkt der „Dziennik Kujawski“:

Die Wirkung dieses Teils der Sitzung war die, daß der Reichstag den Antrag der radikalen Sozialdemokraten wegen des Mißtrauensvotums für die Regierung nicht annahm. Äußerlich hat die Regierung also einen Sieg davongetragen, aber einen Sieg, dessen Echo seine wirklichen Vorbedeutungen sicherlich erst bei seinen Erörterungen und Folgen in der Zukunft zeigen wird.

Unter diesen Umständen erweckte auch nach einer siebenstündigen Debatte eine angeregte Erörterung der auswärtigen Politik ein geringeres Interesse. Als ein gewisses Merkmal des Gefühls dem gegenwärtigen Reichskanzler Dr. Michaelis gegenüber kann man den heißen, andauernden Beifall unterstreichen, als der Abgeordnete Raumann der Tätigkeit des ehemaligen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg erwähnte. Dieser charakteristische Zug beweist, daß der gegenwärtige Reichskanzler im Reichstage nur geringen Anklang findet.

Aus Nr. 233 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 10. Oktober 1917.

Eine Krise und deren Lösung.

Der deutsche Reichstag wurde vor eine überaus wichtige Entscheidung gestellt. Die unbefriedigende Antwort, die die Regierung auf die sozialdemokratische Interpellation am Sonnabend erteilte, erforderte eine Klarstellung dieser Frage. Es fragte sich, ob die Regierung die von den Behörden und im Heere angewendeten Methoden beurteilt — und in diesem Falle hat sie die Pflicht, das öffentlich und unzweideutig festzustellen — oder die Regierung steht auf einem abweichenden Standpunkte, — und in diesem Falle würden ihre Wege und die der Reichstagsmehrheit auseinandergehen.

Zwecks sofortiger Entscheidung über diese Frage forderte ein von den radikalen Sozialdemokraten noch am Sonnabend eingebrachter Antrag seinem Inhalte nach ein förmliches Mißtrauensvotum für die Regierung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mehrheit sachlich für den Antrag eintreten müßte, weil die

Unzufriedenheit über den von der Regierung offen eingenommenen Standpunkt sich zu deutlich offenbarte. Aber in der Politik kann man sich nicht bloß nach den augenblicklichen Stimmungen richten, sondern man muß auch die Konsequenzen in Betracht ziehen, die sich aus jedem Schritt ergeben können. Deutschland gehört nicht zu den parlamentarisch regierten Staaten, wo das Votum der Volksvertretung über das Los der Regierung entscheidet. Deshalb entsteht die Frage, in welcher Lage der Reichstag geraten würde, wenn er heute zu radikalen Mitteln greifen würde und sodann nicht imstande wäre, sie auch entsprechend durchzuführen. Und wie würde andererseits angesichts des Auslandes die Rolle der Regierung aussehen, die gegen den Willen des eigenen Parlaments am Ruder bleibt? Das sind sehr wichtige Momente, die man schon heute ernstlich erwägen muß, bevor vollendete Tatsachen vorzeitig geschaffen werden. Aus diesem Grunde wurde die Vollsitzung, die ursprünglich auf den gestrigen Tag anberaumt war, auf heute vertagt, um einer kompromißweisen Erledigung dieses Streites die Möglichkeit zu geben. Es mag ja sein, daß dieses Kompromiß auf Grund der Preisgabe des Dr. Helfferich zustande kommen wird, der hauptsächlich durch sein Verhalten am Sonnabend zu der plötzlichen Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem Reichstage und der Regierung beigetragen hat. Jedenfalls verlangt eine Reihe deutscher Zeitungen den Rücktritt dieses Staatsmannes, stellt eine lange Litanei seiner Fehler auf und betrachtet in der Verjagung seines Gehaltes das beste Mittel zur Lösung der Krise. Ob diese Lösung aber eine dauernde wäre, erscheint zweifelhaft. Das Böse steckt nicht in den einzelnen Personen, sondern in dem ganzen System, das zur Folge hat, daß zwischen den Regierungskreisen und der Volksvertretung jede nähere Fühlung fehlt.

Daraus folgt, daß die am Staatsruder stehenden Personen keinen haben, auf den sie sich stützen können. Und wie schwach ihre Position im Grunde genommen ist, beweist die Tatsache, daß schon irgend eine parlamentarische Krise ihre Stellung erschüttern kann.

Bei der Übernahme des Kanzleramtes erklärte Herr Dr. Michaelis allerdings mit großem Nachdruck, daß er sich „die Leitung nicht aus seinen Händen nehmen lassen“ werde. Diese Erklärung wurde damals mit großem Beifall der Rechten, der Gegner des parlamentarischen Systems, aufgenommen. Um aber mit kräftiger Hand steuern zu können, muß man bestimmte Richtlinien vor sich haben. Diese Notwendigkeit ist noch größer, je schärfer sich mit einander die Richtungen reiben und die Gegensätze kennzeichnen. Die Entwicklung der deutschen Politik hat schon seit einigen Monaten eine solche Richtung eingeschlagen, daß sie niemand beherrscht, der dafür sorgen wird, gleichzeitig auf zwei Stühlen zu sitzen. Alsdann wird sich stets die alte Wahrheit wiederholen müssen, daß der betreffende zwischen die beiden Stühle gerät. Der Verlauf der allerneuesten Ereignisse treibt wieder mit aller Kraft zu einer solchen Klärung der Situation und verlangt eine bestimmte Erklärung für seine Richtung, selbst wenn die andere insgedessen zu einer entschiedenen Opposition übergehen sollte. Nur auf diese Weise könnte man dauernd einen Ausweg aus einer Situation finden, die unter den heutigen Verhältnissen stets unsicher und veränderlich bleiben muß. Dazu müßte aber auf der Seite der Regierung ein Mann mit einem weiten Gesichtskreise und mit einem stählernen Willen stehen. Als solcher hat sich Herr Michaelis bisher noch nicht gezeigt. Wird die heutige Prüfung für ihn besser ausfallen?

Aus Nr. 464 des Czas (Krakau)
vom 8. Oktober 1917.

Der Reichskanzler und der Reichstag.

... Die auf Annexionen hinauslaufende Agitation der Alldeutschen und das hartnäckige Schweigen des Reichskanzlers über die belgische Frage erschweren jeden Versuch einer Friedensvermittlung und bewegen sogar friedlichst gesinnte Engländer zur Aufrechterhaltung der Kriegsstimmung. Daher ist die Demokratisierung Deutschlands oder wenigstens die Einführung des parlamentarischen Systems ein so starker Faktor der Abkürzung des Krieges. Die westlichen Völker wissen sehr gut, daß das Annexions-Programm seine eifrigsten Anhänger gerade in den Kreisen hat, die an der Erhaltung der gegenwärtigen Verfassung unmittelbar beteiligt sind. Die Annexionisten sind auch Gegner der Parlamentarisierung der Regierung, und solange diese einen entscheidenden Einfluß auf die Politik des Deutschen Reiches ausüben, wird ein Verständigungsfriede nicht zustande kommen. Das erklären uns die in der Note Wilsons enthaltenen Forderungen der Demokratisierung Deutschlands, die ihrerseits den Eindruck eines übermütigen und dreisten Verzichts von undurchführbaren Vorschlägen machen, um einen Vorwand zur Verlängerung des Krieges zu haben. Daher hängt die Erschließung des Weges zur Beendigung eines weiteren Blutvergießens in bedeutendem Maße vom Reichskanzler ab. Wenn er sich endlich dazu entschließt, mit den wahnsinnigen Ideen der Alldeutschen zu brechen, die das deutsche Volk in den Augen der ganzen Welt bloßstellen und in Verruf bringen, dann wird es ihm nicht schwer fallen, Friedensbedingungen zu stellen, die der Würde und den Siegen der Mittelmächte entsprechen werden. Im entgegengesetzten Falle wird man auf Friedenshoffnungen verzichten müssen.

Aus Nr. 237 des Głos Narodu (Krakau)
vom 9. Oktober 1917.

Zwei Willen.

Der Deutsche Reichstag hat sich in der vorgestrigen Sitzung gegen den alldeutschen Annexionismus aufgelehnt, wie dieser sich jetzt in der sog. „Vaterländischen Partei“ geltend macht. Den Anlaß hierzu gab die Agitation, die von dieser Partei getrieben wird, um Anhänger zu gewinnen. An dieser Agitation beteiligen sich auch die Regierungs- und die militärischen Kreise, indem sie einen Druck auf die ihnen unterstellten Individuen auszuüben suchen.

Dieses Vorgehen der Regierung wurde öffentlich von der Rednerbühne herab als eine „Gewissensbeugung“ gestempelt. Die Entschuldigungen aber, die der Kriegsminister von Stein und der Vertreter des Reichskanzlers, Herr Dr. Helfferich, vorgebracht haben, waren so ungenügend, daß sie einen Widerspruch hervorriefen, wie man ihn in der Geschichte des Reichstages während dieses Krieges noch nicht erlebt hat. Herr Dr. Helfferich mußte zum Schluß sogar die Rednerbühne verlassen, da inmitten der fortwährenden Unterbrechungen und Zurufe ausdrücklich Stimmen laut wurden, aus denen hervorging, daß die Abgeordneten zu den militärischen und politischen Leitern in Deutschland kein Vertrauen haben.

Wir werden auf diese Ereignisse, die in der Geschichte des Reichstages, wie es noch einmal wiederholt werden muß, einzig dastehen, noch einmal zurückkommen. Sie geben aber schon jetzt Anlaß zu manchen ernsten Betrachtungen. Es erweckt nämlich den Anschein, als ob im Deutschen Reichstage sich dem Willen, den Krieg zu beenden, sich der Wille, ihn

zu verlängern, entgegenstellen wollte. Der erstere offenbart sich bei den Anhängern eines „Verständigungsfriedens“, und der andere bei den Anhängern eines „Hindenburg-Friedens“. Zu den letzteren gehören die alldeutschen Agitatoren der „Vaterländischen Partei“. Diese Leute sind nämlich der Ansicht, daß der Krieg so lange dauern müsse, bis die annexionistischen Ziele erreicht wären. So sehen wir hier einen Kampf zwischen dem Willen, den Krieg zu beenden, und zwischen dem Willen, das Mordeu weiter fortzusetzen. Die Quelle dieser beiden Bestrebungen aber ist dieselbe, nämlich das deutsche Volk!

Kann aber die Sache insoweit auf eine einfache Weise erledigt werden? Diese Frage hat neulich ein Gelehrter in einen Aufsatz erörtert, der die Aufmerksamkeit aller Kreise in Deutschland auf sich gelenkt hat. Wir geben den Grundgedanken dieses Aufsatzes hier wieder, um die gegenwärtige Krisis in Deutschland in ihrem wahren Lichte erscheinen zu lassen. Herr Professor Kjellen (so heißt der Verfasser des erwähnten Aufsatzes) spricht ebenfalls von einem doppelten Willen, durch den der Krieg bei beiden kämpfenden Parteien beeinflusst wird, aber nach seiner Ansicht entspringt dieser doppelte Wille auch zwei verschiedenen Quellen. Der eine Wille kommt nämlich vom Staate, und — der andere vom Volke. Der eine verlangt in allen kämpfenden Staaten eine Fortsetzung des Krieges, und der andere wünscht seine Beendigung.

Wie läßt sich aber in einem solchen Falle der gegenwärtige Streit in Deutschland erklären? Wie verhält sich dort der Wille des Staates zum Willen des Volkes? Steht der Wille, einen „Verständigungsfrieden“ zu schließen, wie er von der Mehrheit des Reichstages zum Ausdruck gebracht wurde, im Widerspruch mit dem Willen des Staates, und sondert er sich von diesem ab, wie ein ihm entgegengesetzter Faktor? Oder ist die alldeutsche Agitation der Ausdruck des „Volks“-Willens, der sich mit dem Willen des Staates solidarisiert?

Diese Frage ist von außerordentlicher Bedeutung, denn sie hat einen tieferen Grund. Wir wollen deshalb versuchen, sie hier aufzuklären. In ihrer Beantwortung liegt nämlich zugleich die Antwort auf eine andere Frage, mit der man sich heute nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt beschäftigt. Und diese Frage lautet: Weitere Fortsetzung des Krieges oder Frieden? Wenn wir dargetan haben, von welchem Gesichtspunkte diese Frage in Deutschland — sowohl von dem deutschen Volke als auch vom Staate — beurteilt wird, so werden wir zugleich auf den Faktor hingewiesen haben, der vielleicht am unmittelbarsten über die Fortsetzung des gegenwärtigen Krieges entschieden hat.

Der Krieg hat nicht nur die Armeen und die Völker hinter den Fronten, sondern auch die Geister, und zwar hauptsächlich in Deutschland mobilisiert, wo auf jede schwere Haubitz sicher ein Universitätsprofessor entfällt, der für die Granaten seine politischen Theorien fertigstellt. Und zu dieser Anzahl der Theoretiker des Erdrosselns gesellen sich Freiwillige aus dem Auslande. So hat Herr Houston Stewart Chamberlain, — der in psychischer Hinsicht ein naturalisierter Deutscher ist, — es verstanden, mit seinem wotanartigen Nationalismus sich so sehr lästig zu machen, daß sogar die „Frankf. Ztg.“ ihn aufgeregt bitten mußte, sich nicht als ein besserer Deutscher aufzuführen, als es die Deutschen selbst sind, und daß sie ihm zum Schluß das längst verdiente Epitheton eines Renegaten ins Gesicht schleuderte. Einen Reflex des Herrn Chamberlain stellt in dieser Hinsicht der Schwede Rudolf Kjellen dar. Es genügt hier an seine „Ideen aus den Jahre 1914“ zu erinnern, wo er den Nachweis führt, daß die Ideen der französischen Revolution

sich überlebt haben und daß an ihre Stelle neue Ideen treten müssen, die man am schönsten in dem imperialistischen Deutschland verkörpert findet. Dazu zählt er die Idee der Gerechtigkeit, der Pflicht und das Verantwortlichkeitsgefühl. Wir wollen jedoch von dieser Konzeption des Herrn Kjellen absehen. Sie erschien sogar dem Börsenliberalismus als unteroffizier- und referendarmäßig. Es interessiert uns nämlich heute ein anderes Werk des Herrn Kjellen, das den Titel: „Studien zur Weltkrise“ trägt. In diesem Werke werden u. a. die beiden aktuellen Fragen erörtert: Warum ist es zum Kriege gekommen, und warum wird dieser Krieg noch weitergeführt, obwohl die Völker der Ansicht sind, daß er beendet werden mußte? Herr Kjellen versteigt sich in seinem Werke sogar zu der Behauptung, daß im Jahre 1914 die Mehrheit aller Völker den Krieg nicht gewollt habe. Wer hat also diesen Krieg heraufbeschworen?

Herr Kjellen antwortet darauf: Die Staaten.

Der Krieg hängt nämlich — meint Herr Kjellen — von seinem Anfang an bis zu seinem Ende von den Staaten und nicht von einzelnen Individuen ab, aus denen sich die Völker zusammensetzen. Auch dieser Krieg ist also nur deswegen entstanden, weil die Lage der Staaten unerträglich geworden ist, und er wird auch nur deswegen weitergeführt, weil diese Lage für manche Staaten dieselbe geblieben ist und weil diese Staaten immer noch die Hoffnung haben, daß diese Lage sich bessern wird. „Die Geschichte hat bis dahin noch niemals so deutlich, wie eben jetzt, bewiesen, daß die Staaten etwas Selbständiges sind, nämlich ein Etwas, das außerhalb der Völker und zugleich inmitten dieser Völker für sich besteht.“

Bei der Überzeugung dieser Stelle haben wir auf die Korrektheit des Stils zu Gunsten des Inhalts verzichtet. Denn diese Stelle beweist mehr, als alles andere, das Phänomenale in der Person des Herrn Kjellen. Als ein wirkliches Phänomen muß nämlich ein Mann angesehen werden, der von einem echt schwedischen Geschlechte stammt und doch eine Gesinnung bekundet, die nicht nur deutsch, sondern preußisch ist, was bekanntlich eine höhere Entwicklungsstufe in dieser psychischen Skala bedeutet. Der Begriff des Staates als „eines Dings an sich“ und einer Schöpfung, die über dem Volke steht, obwohl der Staat aus dem Volke entstanden ist und ohne dieses Volk nicht existieren kann, — ist eine echt preussische Konzeption, nämlich die Konzeption des „großen Fritz“, der mit einer gewandten und schlaun Gesinnung den Absolutismus überzuckern wollte, als er den König als den „ersten Diener des Staates“ bezeichnete. Diese Konzeption erhielt dann durch Kant eine feste Grundlage, der die These aufstellte, daß der Staat die einzige Form bedeute, in der ein Individuum seine geistigen Kräfte nach allen Richtungen hin am besten entwickeln könne.

Beim Begriff des Staates gehen aber gerade die Wege zwischen der Demokratie des Westens und jener Konzeption auseinander, deren Mittelpunkt Berlin ist. Für den Westen bewährt sich nämlich der Staat erst dann, wenn seine Form und seine Handlungsweise den Wünschen der Mehrheit der Bürger entspricht. Denn der Staat ist nur eine Emanation und gleichsam der Bevollmächtigte des Volkes. Dieses Volk kann ihn deshalb auch von Grund aus umgestalten, wenn es glaubt, daß es dadurch seine Existenz bessern wird. Der Staat existiert durch das Volk und für das Volk. Dieses Volk hat ihn für sich geschaffen und deswegen kann es auch über ihn eigenmächtig verfügen. So faßt die Demokratie des Westens die Theorie vom Staate auf. Dadurch stellt sie sich aber in einen diametralen Gegensatz zu den deutschen Anschauungen, nach denen der Staat eine Schöpfung ist, die über den Volksgesamtheit steht, — nämlich eine

Schöpfung, die ihre eigenen Ziele verfolgt, und sich bei der Erstrebung dieser Ziele um die Meinung des Volkes nicht zu kümmern braucht.

Man kann eine solche Auffassung eine Metaphysik oder sogar eine Mystik in der Politik nennen; jedenfalls steht es fest, daß die deutsche Psyche eine solche Auffassung vom Staate in sich aufgenommen und dem deutschen Volke assimiliert hat. Daher kommt auch in Deutschland jene „Unterordnung unter den Willen der Obrigkeit“, die über jede Argumentierung des Volkes erhaben ist, und jene rücksichtslose Disziplin, die zwar weder qualitativ noch quantitativ besser ist, als die Disziplin des Westens, ihren Motiven nach aber sich grundsätzlich von dieser Disziplin unterscheidet. Der Bürger eines westlichen Staates gehorcht nämlich seinen Behörden, weil er sie selbst gewählt hat, und er läßt sich hierbei nur von dem Gedanken leiten, daß eine Obrigkeit wirklich notwendig ist. Dagegen fragt ein Bürger, für den der „Staat ein Ding für sich“ ist, garnicht danach, wie die Obrigkeit entstanden ist. Er nimmt sie als eine vollendete Tatsache hin, über die man nicht weiter nachzudenken hat. Er weiß nur soviel, daß er ihr gehorchen muß.

Wenn aber Herr Kjellen behauptet, daß der Krieg deswegen ausgebrochen ist und weitergeführt wird, weil der Wille des Staates über dem Willen des Volkes steht, so darf er diesen Satz nicht verallgemeinern. Der Krieg hört nämlich jetzt nur deswegen nicht auf, weil auf beiden Seiten die Völker ihn fortsetzen wollen. Der Wille der Völker steht hier nämlich im Einklange mit dem Willen des Staates. Es besteht nur der einzige Unterschied, daß in den einen Organismen die Völker den Willen des Staates a priori als den ihrigen anerkennen und daß in den anderen Organismen die Völker ihn in dieser Weise nicht zu akzeptieren brauchen, weil sie in der Wirklichkeit selbst schon Träger dieses Willens sind. Deswegen irren aber auch die Politiker des Westens, wenn sie jetzt einen Unterschied zwischen dem Willen des deutschen Volkes und dem Willen des deutschen Staates konstruieren und wenn sie von dem zweiten an den ersten appellieren wollen. Sie gehen hierbei von der Annahme aus, daß das deutsche Volk wirklich um jeden Preis die Beendigung des Krieges wünscht, während der Staat diesen Krieg fortsetzen will. Für solche Politiker ist eben die Psyche des deutschen Volkes ein Buch mit sieben Siegeln. Sie befinden sich bezüglich Deutschlands in demselben Irrtum, wie Herr Kjellen bezüglich der Demokratie im Westen. Die Natur des Menschen läßt sich nämlich nicht unterdrücken. Ganze Jahrhunderte haben ja dazu beigetragen, den Deutschen solche Anschauungen einzuprägen, von denen sie heute durchdrungen sind. Ebenso haben Jahrhunderte daran gearbeitet, der Demokratie im Westen solche Begriffe einzupflanzen, zu denen sie sich heute bekennt. So kämpfen jetzt zwei verschiedene Welten miteinander — und darin bestand die wesentliche und tiefste Idee im Jahre 1914“.

* * *

Es wäre also eine vergebliche Mühe, auf Grund scheinbarer Spaltungen in Deutschland irgendwelche grundsätzliche Gegensätze zwischen dem Willen des deutschen Volkes und dem Willen des Staates konstruieren zu wollen. Das theoretische System des Herrn Kjellen macht auch den Eindruck, als wenn Herr Kjellen die Wirklichkeit absichtlich nicht sehen wollte, weil sie ihm beim Aufbau dieses Systems hinderlich wäre. Er scheint in dieser Hinsicht den Weisungen Böcklins, jenes echt deutschen Malers schwedischen Ursprungs, zu folgen, der zu sagen pflegte, man müsse der See, wenn man sie malen will, den Rücken kehren. . . In Deutschland gibt es keine Anhänger für die Beendigung des Krieges um jeden Preis. Zum mindesten ist ihre Zahl nicht eine derartige,

daß sie ernstlich in Betracht kommen könnte. Es gibt nur Anhänger zweier verschiedener Arten von Frieden. Diese beiden Arten weichen aber von jenem Frieden wesentlich ab, den sich die Gegner wünschen. Die erste Bedingung für einen solchen Friedens würde darin bestehen, daß man den status quo vor dem Kriege beseitige und anstelle desselben ein neues System in der Politik und in der politischen Geographie einführen würde. In Deutschland sind aber selbst die am weitesten gehenden Anhänger des Friedens nur mit einem „Frieden ohne Annexionen“ einverstanden, d. h. auch sie verlangen die Wiederherstellung des status quo.

Von den Feinden Deutschlands wurden bereits die Umrisse jenes Friedens gezeichnet, auf den sie eingehen würden. Das hat Herr Asquith in London getan. In Deutschland gibt es aber niemanden, der zu einem Frieden Asquiths neigen würde. In dieser Hinsicht sind die Annexionisten und ihre Gegner, also auch Herr Reventlov und Herr Scheidemann miteinander einig. Sie gehen also nur in der Schattierung ihrer Wünsche auseinander. Der erste will nämlich weiter annectieren, und der andere begnügt sich mit dem früheren Zuwachs. Herr Reventlov verlangt die Annectierung Belgiens, und Herr Scheidemann wünscht die Beibehaltung Elsaß-Lothringens. Da aber der erstere auch noch eine Kriegsentschädigung verlangt, während der andere einen Frieden ohne Entschädigung wünscht, so ist das ebenfalls nur ein formaler Unterschied, denn im letzteren Falle bürdet man dem Feinde eine Kriegsentschädigung schon dadurch auf, daß man selbst keine zahlt. Diese Kriegsentschädigung besteht dann in dem Schaden, den man dem Feinde während des Krieges tatsächlich zugefügt hat.

Es gibt also in dieser Hinsicht keine zwei Willen in Deutschland. Der Wille des Volkes deckt sich dort auch jetzt noch mit dem Willen des Staates. Ein Unterschied existiert nur in den Einzelheiten. Und diese Harmonie ist eben darauf zurückzuführen, daß die Untertanen in Deutschland schon seit einem halben Jahrhundert in der Weise erzogen werden, daß der Wille der Obrigkeit für sie das höchste Gebot bedeutet.

Sollten aber die gegenwärtigen Wirrnisse im deutschen Reichstage etwa darauf hinweisen, daß in den Anschauungen des deutschen Volkes tatsächlich Änderungen eingetreten sind und daß der Wille dieses Volkes sich jetzt von dem Willen des Staates unabhängig machen will? Man muß eben die Tatsachen abwarten. Denn Worte sind heute billig geworden.

P l u t o s.

Aus Nr. 470 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 11. Oktober 1917.

Deutsche Erklärungen und Enthüllungen.

Unter dieser Überschrift schreibt das Kraufauer Blatt zu den Verhandlungen im deutschen Reichstage u. a.:

Etwas ganz Neues sind die Enthüllungen des Herrn Capelle. Etwas Neues ist hier sowohl die Tatsache einer revolutionären Gärung in der deutschen Marine, als auch die Tatsache der Veröffentlichung dieser Erscheinung seitens des verantwortlichen Leiters der Marineabteilung. Über den Umfang, den Charakter und den Verlauf dieser revolutionären Prozesse kann man sich aus diesen Enthüllungen kein Bild machen. Aber die Tatsache, daß Capelle sich entschlossen hat, diese Tatsache zu veröffentlichen, um vor Deutschland die ganze Partei der unabhängigen Sozialdemokraten wegen Aufwiegelung zum Aufruhr anzuklagen, beweist jedenfalls, daß sich die Parteigegensätze in Deutschland

in sehr bedeutendem Maße zugespitzt haben, wenn die Regierung nicht Bedenken trägt, zur Bekämpfung der oppositionellen Partei sogar zu solchen Enthüllungen ihre Zuflucht zu nehmen, und zwar ohne Rücksicht darauf, welchen Eindruck diese Enthüllungen im Auslande machen müssen. Andererseits beweisen diese Enthüllungen, daß die Gefahr der Folgen dieser revolutionären Bewegung in der Marine der Regierung nicht allzu groß erscheinen muß, wenn sie selbst davon spricht. Wenn es anders wäre, wenn die Regierung mit einer weiteren Entwicklung der revolutionären Propaganda und mit einer Vergrößerung ihrer Folgen rechnen müßte, dann würde sie nicht eine so große Bereitwilligkeit zur Veröffentlichung dieser Tatsache vor der ganzen Welt gezeigt, sondern sie würde im Gegenteil alles getan haben, damit die Welt davon möglichst spät Kenntnis erhalte.

Trotz alledem beweisen die Enthüllungen des Herrn Capelle, daß sich in der Verfassung des inneren deutschen Lebens tiefe Änderungen vollziehen und daß in diesem Leben Tatsachen vorkommen, von denen unlängst noch keine Rede sein konnte. Das Idyll der Einmütigkeit ist in Deutschland verschwunden, und zwar anscheinend ein für allemal. Neue psychische Prozesse durchdringen die deutsche Volksgemeinschaft und ihr Heer, wofür außer diesen Enthüllungen die Tatsache spricht, daß die Heeresleitung in letzter Zeit eine Aufklärung der Soldaten über die Ursachen des Krieges und über die wirtschaftliche Entwicklung angeordnet hat. Es muß jedem auffallen, daß man mit einer derartigen Aufklärung erst im Anfange des vierten Kriegsjahres beginnt. In den ersten drei Jahren hat man sich ohne diese merkwürdige Pädagogik beholfen. Sollten erst jetzt in das deutsche Heer Elemente gelangt sein, die von den Ursachen dieses Krieges und von seinen Zielen nichts wissen?

Es ist klar, daß diese „Aufklärung“, die die Parteien der Linken des Reichstages als eine alldeutsche Agitation im Heere darstellen, eine offizielle Propaganda im Heere ist, die um so interessanter ist, als sich die deutsche Heeresleitung bisher ohne diese Aufklärung beholfen hat.

Aus Nr. 156 der Prawda (Posen)
vom 12. Oktober 1917.

Ein nachahmenswertes Beispiel.

Der Akt vom 5. November 1916 und ebenso das Patent vom 12. September d. J. über die Einberufung eines Regimentsrates und eines polnischen Ministeriums, das mit dem Akt vom 5. November 1916 in einem engen Zusammenhange steht, mißfällt allen denjenigen Faktoren, deren Lösung die Passivität ist. Diese Faktoren suchen deshalb auch die Wahrheit über die Wirkungen dieser beiden Akte zu unterdrücken. Sie verheimlichen in ihren Blättern alles das, was unsere Brüder im Königreich Polen und in Galizien auf Grund dieser Akte bereits geleistet haben.

Deswegen erfährt auch der durchschnittliche Leser dieser Blätter höchstens, daß diese oder jene deutsche Anzeige es verdient hat, auch von polnischen Blättern empfohlen zu werden, aber er erfährt wenig oder gar nichts darüber, daß außerhalb der Stadt und der Provinz Posen immer mehr Polen sich jetzt mit aller Bereitwilligkeit daran machen, den polnischen Staat im Rahmen des Novemberaktes und des Septemberpatentes auszubauen.

Man vertuscht nämlich die Wahrheit darüber, in derselben Weise, wie man unsere „Prawda“ (Wahrheit) zu bekämpfen sucht, denn diesen Faktoren ist ja jede Art von Wahrheit unbequem. Auf Grund der „Wahrheit“ erfährt nämlich das polnische Volk

daß heute nur noch ein winziges Häuflein Polen auf die Losung: „Ruhig sitzen und nichts tun“ achtet.

Gegen diese nichtswürdige Losung des neuen Vertrats von „Targowica“ und gegen die Verkünder derselben haben neulich unsere Brüder in Galizien Stellung genommen. Sie haben nämlich eine neue Partei unter dem Namen „Gruppe der nationalen Arbeit“ (Grupa Pracy Narodowej) gegründet. Der Zweck dieser Partei soll sein, die Politik der Nationaldemokraten und der Sozialisten zu bekämpfen.

In derselben Richtung sind seit November v. J. auch im Königreich Polen und hauptsächlich in Warschau viele und verschiedene Männer tätig. So vertreten alle dortigen einflußreichsten Blätter jetzt schon denselben Standpunkt, welchen auch die „Prawda“ eingenommen hat. Das weiß aber natürlich der durchschnittliche Leser jener Blätter nicht, in welchen mir deutsche Anzeigen empfohlen werden. Woher soll er es auch erfahren?

Die Wahrheit wird ja vor ihm verheimlicht, indem man kein Wort über alles dieses verlauten läßt. und über die „Prawda“ selbst die ungeheuerlichsten Verleumdungen verbreitet.

Auf eine solche schmähliche Weise wollen also manche Leute Polen retten.

Zum Glück verschwinden aber solche Leute immer mehr, und eine immer größere Anzahl Polen stellt sich auf unsere Seite, d. h. auf die Seite derjenigen, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Lage und der gegebenen Verhältnisse das Möglichste für Polen erreichen wollen, und die nicht untätig die Hände in den Schoß legen, die „Neutralen“ spielen, „ruhig sitzen und nichts tun“.

Zu denjenigen Parteien, die in der letzten Zeit im Königreich Polen in der Richtung einer positiven Arbeit das meiste geleistet haben, gehört aber vor allem das Nationale Zentrum. Diese Partei veranstaltet jetzt fast an allen Orten des Königreichs Polen Aufklärungsversammlungen. So hat sie auch am letzten Dienstag in Warschau eine Versammlung abgehalten, an der über 1000 Personen aus den besten Gesellschaftskreisen teilgenommen haben.

Solche Versammlungen wären aber auch bei uns durchaus notwendig. Bis dahin hat sich aber noch niemand an eine solche bei uns so notwendige Arbeit herangewagt.

Das ist zu bedauern, denn das Beispiel des Nationalen Zentrums ist wirklich nachahmenswert.

Es möchte hier jedoch vielleicht jemand einwenden, daß wir doch eine Presse haben, deren Aufgabe sei, das Volk aufzuklären. Allerdings, aber wir dürfen nicht vergessen, daß das Lebendige Wort doch das meiste ausrichten kann.

Es wäre deshalb wirklich an der Zeit, daß die berufenen Faktoren endlich auch bei uns daran denken, das politische Niveau unseres Volkes durch Versammlungen, entsprechende Ansprachen usw. zu heben.

Das wäre zugleich das beste Mittel, der irreführenden Wühlarbeit derjenigen erfolgreich entgegenzutreten, die unter dem Zeichen politischer Passivität stehen.

Aus Nr. 231 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 10. Oktober 1917.

Vorsicht geboten!

Niemand, der sich nur irgendwie in der verwickelten inneren Lage Deutschlands zu orientieren vermag, wird leugnen können, daß uns gegenwärtig von allen deutschen Parteien die sozialdemokratische Partei am meisten sympathisch ist. Sie ist nämlich

aufrichtig. Sie räumt uns, indem sie sich auf die Grundsätze allgemein menschlicher Ideale stützt, das Recht auf das nationale Leben in einem unbeschränkten Maße ein. Sie begreift deswegen auch, was im Herzen eines jeden Polen vorgeht. Aus diesem Grunde geht sie, wo es sich darum handelt, den Polen im preußischen Anteil die ihnen zukommenden Rechte zu verleihen, in ihren Forderungen am weitesten. So wurde in den sozialistischen Organen oftmals auch die Behauptung aufgestellt, die polnische Frage würde in Preußen überhaupt zu existieren aufhören, wenn man den Polen dieselben nationalen Rechte einräumen würde, deren sich die Deutschen, die Franzosen und die Italiener in der Schweiz erfreuen.

Darin besteht aber zugleich für uns und für unser Volk eine bedeutende Gefahr. Denn die Sozialdemokraten könnten die Sympathie, die sie für die polnische Sache hegen, in ihrem eigenen parteilichen Interesse ausnützen. Das würde aber mit einem Schaden für unsere nationale Sache verbunden sein. Denn Individuen unter uns, die weniger aufgeklärt sind und polnische Blätter nicht ständig lesen, — an solchen Individuen fehlt es aber leider auch heute noch bei uns nicht, — könnten sich durch Einflüsterungen der Sozialisten verleiten lassen. Sie könnten dann allmählich, von den Losungen der Sympathie für uns hingezogen, unwillkürlich und unwillkürlich die sozialistischen Ideen in sich aufnehmen, die doch eine bedeutende Gefahr auch für unsere Religion in sich bergen.

Davon müssen wir uns Rechenschaft ablegen. Wir können ja gegebenenfalls mit den Sozialisten in politischer Hinsicht Hand in Hand gehen; aber wir müssen uns vorsehen, daß wir dabei nicht die Selbständigkeit unseres Urteils in den für uns wichtigsten Fragen, nämlich in den Fragen der Religion und der Nationalität verlieren. Davor warnen jetzt mit Recht die Büros des polnischen Gewerkschaftsverbandes unsere Arbeiter, indem sie in dieser Hinsicht zur Vorsicht mahnen.

Aus Nr. 19 des Głos Górnika (Bochum)
vom 10. September 1917.

Wir sind einen Schritt vorwärts gekommen.

In Rheinland und Westfalen gibt es viele polnische Vereine, die besondere Verbände bilden. Da in einigen Kolonien mehrere Vereine bestehen, kam es zu Streitigkeiten bei der Wahl der Versammlungstage. Deshalb sind in einigen Ortschaften besondere Ausschüsse gegründet worden, die derartige Streitigkeiten schlichten oder die Versammlungstage für jeden einzelnen Verein festsetzen. Aber auch unter den Verbänden kam es zu Streitigkeiten. Es kam zu Reibereien zwischen der polnischen Berufsvereinigung und dem früheren Polenbund. Es kam später zu Mißverständnissen, die den Anlaß dazu gaben, aus den Vorständen der Verbände eine Kommission zu errichten, die diese Mißverständnisse zu beseitigen und eine einheitliche und friedliche Arbeit der Verbände zu beaufsichtigen hatte. Der Krieg hat manches verändert. Aus dieser Kommission ist nun das „Ausführende Komitee“ hervorgegangen, das die gleichen Ziele verfolgt. Im Krieg hat sich aber das Komitee noch zur Aufgabe gemacht, den notleidenden Witwen und Waisen Hilfe zu bringen. Das „Ausführende Komitee“ erfreut sich des Vertrauens, da es regelrecht funktioniert, sich um die inneren und äußeren Angelegenheiten der Verbände nicht kümmert, sondern für den Frieden und die Ordnung sorgt. In der letzten Versammlung hat das Komitee einen sehr wichtigen Beschluß gefaßt und veröffentlicht, nämlich daß die polnische Presse Anzeigen derjenigen Vereine, die

keinem Verbandsangehören, zurückweisen soll. Weiter wurde beschlossen, daß die Verbandsvereine, ganz gleich ob es sich um Gesangs- oder Sokolvereine handelt, die Festlichkeiten nichtorganisierter Vereine nicht besuchen sollen. Wir können dem Beschluß des „Ausführenden Komitees“ nur zustimmen, da wir für ihn volles Verständnis haben. Es handelt sich jetzt darum, ob die Presse diesem Beschluß Folge leisten wird, und ob alle in Verbänden zusammengeschlossenen Vereine im Sinne des Beschlusses handeln werden. Sollte dies nicht der Fall sein, dann müßte das „Ausführende Komitee“ andere Wege und Mittel suchen, an denen es wohl nicht fehlen wird, da die Landsleute die Bedeutung der Sache heute klar und deutlich erkennen. Der „Wiarus Polski“ stimmt dem Beschluß zu, da er den Aufruf veröffentlicht hat, ebenso der „Narodowiec“. Es ist erwünscht, daß in die Vereinsausschüsse keine Vereine aufgenommen werden, die nicht einem Verbandsangehören und daß die Ortsausschüsse nach dem Muster des „Ausführenden Komitees“ wirken, ohne besondere Reglements zu beschließen.

Den Schritt des „Ausführenden Komitees“ haben wir mit Freuden begrüßt. Noch eins liegt uns am Herzen. Die polnischen katholischen Vereine müssen so gestimmt werden, daß sie nicht die polnische Berufsvereinigung bekämpfen. Wir haben nämlich Vereinsvorsteher, wie z. B. im St. Antoniusverein in Habinghorst, die ihre Abneigung gegen die Berufsorganisation offen bekennen, obwohl sie selbst Arbeiter sind. Wir haben einen zweiten Vorsitzenden des Sokolbundes, der im Organ der Sokolvereine publiziert, daß die Berufsvereinigung die Sokols bekämpfe. Er tut dies nur deshalb, weil an seiner Person Kritik geübt wird, da er als Vergarbeiter kein Verständnis für die Solidarität hat.

Wir haben viele Funktionäre in unseren Vereinen, die überhaupt nicht wissen, daß sie als Arbeiter in der Organisation sein müssen, die unter dem Sokolanzug, unter den Vereinsabzeichen Schutz suchen. Sie tun so, als wenn die anderen Vereine ihre Berufsorganisation wären, da sie — o Wunder — Führer von Bildungsvereinen seien. Werden sie aber von den Landsleuten gezwungen, der Gewerkschaft beizutreten, dann rächen sie sich an dem Hauptvorstand und richten Beschwerden an den Zentralvorstand. Diese Schritte einzelner Leute werden aber niemanden entmutigen, im Gegenteil sie werden uns neuen Mut spenden, um allen Arbeitern folgenden Grundsatz einzuprägen:

Wenn du als Arbeiter nicht in der Organisation bist, so darfst du auch in keinem Verein sein, wenigstens nicht an der Spitze.

Vielen Leuten kann man ihre Unwissenheit zugute rechnen. Der zweite Vorsitzende des Sokolbundes kann sich aber nicht damit schützen, da darunter der Ruf des Sokolbundes leiden würde. Jeder Arbeiter muß in der Organisation, in der polnischen Berufsvereinigung sein, will er nicht im schlechten Ruf stehen. Tritt er nicht bei, dann sollte unser Ortsgruppenvorsteher ihn dazu energisch auffordern. Hilft auch diese Maßregel nicht, dann mögen unsere Vertreter im Vereinsausschuß den Sitzungen fernbleiben, bis die nichtorganisierten Mitglieder des Ausschusses von dem Wege umkehren.

Diese Maßnahme rechtfertigt die jetzige ernste Zeit. Wollten wir anders handeln, so würden wir unsere vitalsten Interessen verraten und gegen den Willen unserer Mitglieder arbeiten. Diese Maßnahmen sind nicht allein in der rheinisch-westfälischen Fremde, sondern auch in Berlin und in anderen Gegenden erforderlich. Es ist nämlich vorgekommen, daß hier und dort nichtorganisierte Arbeiter sich in Angelegenheiten der Organisation einmischen wollten. Wir haben in Berlin etwa 20 000 polnische Metall-

arbeiter. Wo bleiben diese Leute? Die polnische Berufsvereinigung kennt sie. Wer steht an der Spitze des Vereins in Berlin? Wer bildet das politische Komitee? Wir können in Rheinland und Westfalen nicht so handeln, denn dann würden wir zu der Rolle von Dilettanten herabsinken.

Die Arbeiter müßten auch auf die Presse einzuwirken suchen, damit sie sie unterstütze. Nimmt die Presse die Nichtorganisierten in Schutz, weil etwa die Berufsvereinigung unrichtige Mittel zur Werbung neuer Mitglieder anwendet, so sollten die Mitglieder der Gewerkschaft auf das Tun und Treiben der Zeitungsverleger achten. Wir haben das Recht, von der Presse zu verlangen, daß sie uns beistehe, da wir sie unterstützen und Verständnis für ihre schwere Lage haben. Wir freuen uns aufrichtig, daß wir in der Fremde einen Schritt weiter gekommen sind und wünschen, daß man auch in Berlin einen solchen Schritt machen möchte.

Aus Nr. 236 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 16. Oktober 1917.

Eine Versammlung der deutsch-katholischen Lehrerinnen

der Provinz Posen fand am 5. und 6. d. Mts. in Posen statt, zu der sich gegen 60 Teilnehmerinnen aus der ganzen Provinz eingefunden hatten. Wir erwähnen dies zu dem Zweck, damit die Eltern wissen, worüber die Lehrerinnen beraten, denen die Fürsorge der polnischen Kinder anvertraut ist. — Fräulein Wiederholt hielt einen Vortrag, in dem sie forderte, daß im Interesse des Bevölkerungszuwachses in allen städtischen und ländlichen Schulen praktische Lehrgänge über die Fürsorge der Säuglinge eingeführt würden. Da die älteren Mädchen sich vorwiegend mit ihren jüngeren Geschwistern beschäftigen, müßten diese ganz besonders in die eigentliche Art der Pflege der Säuglinge eingeführt werden. Nach der Ansicht der Vortragenden eignet sich die Lehrerin am meisten dazu, solche Lehrgänge zu leiten. Sodann sprach sie über die Methode und den Lehrplan des betreffenden Unterrichts. In der Aussprache sprach man die Ansicht aus, daß derartige Lehrgänge in den Abendstunden der Fortbildungsschulen abgehalten werden könnten. Nach diesem Vortrage besuchten die Teilnehmerinnen das Säuglingsheim am Sapiehaplatz. — Die Lehrerinnen werden von dem Vortrage und dem Besuche der Anstalt zweifellos einen Vorteil haben, wir zweifeln aber daran, daß hiervon auch die Volksgesamtheit einen Nutzen haben wird, und um sie handelt es sich gerade. Durch die Einmischung der Schule in die Politik und durch die Verdrängung der polnischen Sprache aus der Schule hat sie die Eigenschaft der Austerlückung belebender Strahlen unter das Volk verloren, das sich jetzt seinem eigenen Instinkt überlassen ist. Einst haben die Gutshöfe und die Pfarrhäuser diese kulturelle Mission auf dem Lande erfüllt. In der gegenwärtigen Zeit ist diese Aufgabe aber dermaßen gewachsen, daß ein besonderer Faktor, die Schule, eingeführt werden mußte. Diese hat aber, wie gesagt, bei uns ihre Aufgabe nicht erfüllt. Die deutsche Bevölkerung gewinnt durch die Einführung des Unterrichts über die Kinderpflege. Die Schule verliert etwas von ihrer bisherigen Langenweile.

Interessant war auch ein Vortrag des Fräulein Wilkens aus Posen über „Die unverheiratete Lehrerin“. Er war nicht so sehr infolge seiner fortschrittlichen Auffassungen interessant — denn woher sollten diese kommen? — als wegen der bezeichnenden geistigen Strömungen unter den Lehrerinnen. Ohne Erörterung wurde die Ansicht der Vortragenden gebilligt, daß eine Lehrerin sich nicht verheiraten dürfe, wenn sie es aber tut, ihre Stellung aufgeben müßte, weil

man — nach der Ansicht der Vortragenden — zwei Aufgaben nicht erfüllen könne. Es ist hier nicht der Ort, um mit den Ausführungen der Rednerin zu polemisieren. Es dürfte aber wohl nicht überflüssig sein, zu bemerken, daß Tausende von Müttern, Ehefrauen von Kaufleuten, dem Geschäfte ohne Schaden für die Kinder nachgehen. Man hat den Eindruck, daß eine verheiratete Lehrerin eine sicherere Stütze hätte und sich deshalb erdreisten würde, Ansichten auszusprechen, die von den Anschauungen der Vorgesetzten erheblich abweichen. Denken wir uns den Fall, daß sich eine polnische Lehrerin mit einem Kaufmann verheiraten würde. Sie würde sich alsdann offenbar nicht scheuen, polnisch zu sprechen und ihre Ansicht auch ihrem Vorgesetzten zu äußern, insoweit dessen Anweisungen sich mit ihren Anschauungen und mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren ließen. Je größer die Selbstständigkeit der Lehrerschaft ist, desto besser ist es für die Volksgesamtheit. Die obligatorische Ehelosigkeit hat für jeden Stand ihre verborgenen tiefen Ziele.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 275 der Godzina Polski (Warschau)
vom 7. Oktober 1917.

Beim Grafen Joseph Ostrowski.

... Wird Herr Joseph Ostrowski den Schleier des Geheimnisses lüften, dessen Aufklärung das ganze Volk so sehr wünscht?

Diese Frage legte ich mir vor, als ich mich auf dem Wege zu dem Gräflich Krasinski'schen Palais in der Krakauer Vorstadt befand, in dem Graf Ostrowski nach seiner Ankunft von seinen Gütern wohnte.

Herr Ostrowski empfing mich in dem ehemaligen Lieblingszimmer des Verfassers der „Ungöttlichen Komödie“.

Wir kennen uns bereits seit längerer Zeit, seit den Wahlen in Petrikau, — sagte mir nach der Begrüßung der freundliche Hausherr.

Ich komme mit der Bitte um eine Aufklärung der wichtigsten Rätsel der Gegenwart — sagte ich. Darf man fragen, wie die Sache der Bildung der polnischen Behörde steht?

Nach dem Patent der Monarchen der Mittelmächte beruft der Regentschaftsrat den Ministerpräsidenten und wählt seine Kollegen... Die Arbeit am Gesetze über den Staatsrat ist bereits im Gange. Im übrigen kann ich weitere Aufklärungen nicht geben...

Wer wird Ministerpräsident werden? Die auswärtige Presse veröffentlicht, daß Adam Graf Tarnowski dieses Mandat unter unseren schwierigen Verhältnissen nicht angenommen habe.

In der Liga des Staatswesens und in anderen Gruppen hat man das Gegenteil behauptet. Aber ich bemerke, daß ich über diese Angelegenheiten einem Journalisten keinerlei Auskunft erteilen darf, — weder ich, noch sonst jemand.

Schade, daß gerade das Schweigen über solche wichtigen Sachen, für die sich das ganze Volk lebhaft interessiert, verwirrende und die Sache selbst schädigende Gerüchte hervorruft.

Ich darf nicht. Die Volksgesamtheit sollte Geduld bewahren — und sich nicht aufregen. Die sehr nahe Zukunft wird alles aufklären. Hindernisse sind nicht vorhanden.

Wie denken Sie über unser Verhältnis zu Rußland?

Auch darüber darf ich nichts sagen.

Auf Befragen über seine frühere Tätigkeit, antwortete Herr Ostrowski:

Ich habe eine Autobiographie vorbereitet, die nach dem Akte der Verkündung des Regentschaftsrates veröffentlicht werden wird.

Darf ich um deren Urschrift bitten?

Diese würde ich Ihnen gern geben, ich habe sie aber leider weitergegeben, und zu einer erneuten Niederschrift fehlt mir die Zeit.

Alsdann fügte er hinzu:

Mein Leben war grau, so grau wie das Leben unseres unglücklichen Volkes seit so viel Jahren war. Das Jahr 1863 hat unauslöschliche Erinnerungen hinterlassen. Ich habe es nicht geglaubt, daß ich solche große Dinge erleben werde. Im Jahre 1905 schien es, als ob für uns die Hoffnung auf einen glänzenden Morgenstern aufblitze. Aber leider, die Russen haben uns damals getäuscht. Aus der ganzen russischen Staatsduma war nur der achtbare Rodziczew unser einziger, aufrichtiger Freund. Milufow war nicht unser Freund.

Er war ein politischer Schacherer.

Den Kadetten durfte man nicht glauben.

Eben so wenig darf man ihnen nach der russischen Revolution glauben.

Es wird aber doch besser werden. Wir können daran glauben, daß Polen glücklich sein muß...

Angesichts der Zurückhaltung in seinen Äußerungen und der offensichtlichen Ermüdung infolge einer Reihe wichtiger Konferenzen blieb mir nichts anderes übrig, als mich von dem Großgrundbesitzer, der durch die Wahl des Übergangsausschusses des vorläufigen Staatsrates zu einem der drei Häupter des polnischen Volkes ausgerufen hat, mit dem Wunsche zu verabschieden, daß der Regentschaftsrat sich durch weise Maßnahmen Gehör und Anerkennung bei der Gesamtheit der Polen verschaffen und daß er das Regime der Angelegenheiten Polens auf den Weg der Macht und der Ehre wiedererstehenden Staates lenken möge.

Aus Nr. 464 des Czas (Krakau)
vom 8. Oktober 1917.

Aus Warschau.

Warschau, den 5. Oktober.

Die unentschiedene Lage, die hier gegenwärtig herrscht, suchen dieselben extremen Elemente sowohl der Rechten als auch der Linken auszunutzen, die bei den ersten Anfängen der polnischen Regierung schon einmal eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Die letzte Nummer des Organs der polnischen Heeresorganisation „Do czynu“ (Zur Tat), die einige äußerst radikal gefärbte Artikel bringt, ist dafür ein bereiteter Beweis. Noch sind der Regentschaftsrat, das Ministerkabinet, der Staatsrat nicht entstanden, und schon begegnen wir dort persönlichen Vorwürfen und einer Reihe von Forderungen, die den Kreis der Zuständigkeit der zukünftigen polnischen Regierung überschreiten.

Die Allgemeinheit bringt der zukünftigen polnischen Regierung volle Loyalität entgegen. Ein Mitglied der Verwaltung der Stadt Warschau, Schriftleiter G. Simon, einer der hervorragendsten Vertreter der „Liga des Polnischen Staatswesens“, hat mir, als ich ihn nach den Bedingungen fragte, unter denen die Liga des Polnischen Staatswesens der Regierung ihre Unterstützung angedeihen lassen würde, erklärt, daß die einzige Bedingung die sei, daß die zukünftige Regierung tatkräftig den Bau des Staates verwirkliche, daß sie zur Befestigung nach innen und nach außen alle Kräfte sammle und daß sie, die politische Konjunktur ausnutzend, im entscheidenden Augenblicke dem polnischen Staate das Maximum der politischen, territorialen und finanziellen Kraft sichern könnte. Simon legte großen Nachdruck darauf, daß sich in der Re-

gierung sachmännische Kräfte befänden, und spricht sich zugleich gegen eine Teilnahme der Maximalisten sowohl, als auch der Minimalisten an der Regierung aus.

Ich richtete an ihn auch eine Anfrage über die Bildung des zukünftigen Staatsrates, weil, wie mir bekannt ist, die Liga des polnischen Staatswesens einen Plan der Berufung des Staatsrates bearbeitet hat oder noch bearbeitet. Die Zusammensetzung des Staatsrates müßte nach der Ansicht meines Gewährsmannes die sozialen Interessen in ausgedehntestem Maße berücksichtigen. Der Partei Schlüssel werde die erwünschten Ergebnisse nicht zeitigen. Der Staatsrat dürfte nicht aus Wahlen hervorgehen, sondern müßte vom Regentschaftsrat ernannt werden, und zwar mit Rücksicht auf die mit Wahlen verbündeten Schwierigkeiten; die endgültige Entscheidung müsse jedoch ganz und gar dem Regentschaftsrat überlassen werden.

Es mag sein, daß diese Richtlinien die Grundlage sein werden, auf der die tätigen Kräfte der polnischen Politik imstande sein werden, sich zu konsolidieren und eine bestimmte Regierungsmehrheit zu schaffen.

Aus Nr. 278 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 11. Oktober 1917.

Die Niederlage des Passivismus.

Nach einem mehrmonatigen Kampfe, nach dem Ringen mit äußeren und inneren Widerwärtigkeiten ist das Lager der Aktivisten der Spaltung unterlegen. Diese Tatsache haben wir schon einmal beleuchtet. Heute müssen wir feststellen, daß obwohl diese Spaltung eine Schwächung und Erschöpfung dieses Lagers bedeutet, sie doch keineswegs seine Niederlage beweist.

Der Aktivismus hat sich augenblicklich in verschiedene auseinandergehende Richtungen bezüglich der Taktik gespalten, als er mit der Notwendigkeit der Verwirklichung seiner Losungen zusammenstieß.

Die Losungen und Programme hatten nur so lange ihre einigende Kraft, als sie als Fahne und Kriegszeichen über den Reihen der um das eigne Staatswesen kämpfenden Ritter flatterten. In dem Augenblick jedoch, als sich auf dem Gebiete der Arbeiten des ehemaligen Staatsrats die Möglichkeit zeigte, die Grundlage zu diesem Staatswesen zu legen, erschienen die Fragen des Baues und der Strategie im Vordergrund.

Es entstanden Diskussionen darüber, wie man zu bauen habe, womit anzufangen und woraus der Bau zu errichten sei. Zugleich mit dieser schöpferischen Diskussion begannen strategische Auseinandersetzungen, die die Stellung, den Tätigkeitsplan, die Richtung und die Tiefe der polnischen Front bestimmen sollten.

Inmitten dieser Auseinandersetzungen wurde das Band der Solidarität gesprengt und es entbrannte ein leidenschaftlicher stürmischer, ja nahezu pardonloser Kampf. Und unterdessen standen die Zeugen an der Seite und rieben sich die Hände beim Anblick dieser Kämpfe und dieses Ringens. Denn trotz des inneren Inhalts dieser Streitigkeiten wurden sie nicht so geführt, daß sie zu einer Befestigung und Stärkung der polnischen Kraft führen konnten. Politische Kämpfe pflegen bei uns einen zerstörenden Charakter zu haben. Siege sind manchmal hier in dem Grade Pyrrhussiege, daß man häufig nicht weiß, wer zuerst verblutet — der Sieger oder der Besiegte.

In dem Zeitraum, der durch den Akt vom 12. September abgeschlossen wurde, war die Hauptlosung der Politik der Kampf gegen den ehemaligen Staatsrat. Heute ist es noch nicht an der Zeit, über diese Institution ein historisches Urteil zu fällen oder ihre Schwäche und ihre Fehler zu verteidigen; aber es ist auch noch

nicht an der Zeit, die völlige Verurteilung zu werten, die diese Institution gefunden hat.

Die Entwicklung der politischen Ereignisse, deren Zeugen wir sind, hat uns noch keine endgültige Lösung gebracht. Noch befinden wir uns in einem un abgeschlossenen Übergangsstadium. Zwischen der tatsächlichen Unabhängigkeit und dem gegenwärtigen Zustand befindet sich möglicher Weise ein Kreuzweg, der noch zurückzulegen sein wird. Trotz allem, was sich inmitten von Leiden und schmerzlichen Erwartungen erfüllt hat, erleiden wir keine Niederlage, sondern befinden uns auf dem Wege, der zum Siege führt.

Es wird niemand behaupten wollen, daß wir heute schon die Fülle der Rechte und der Selbständigkeit besitzen. Aber man kann auch wiederum nicht die Errungenschaften übersehen, die wir auf staatlichem Gebiete zu verzeichnen haben.

Unzweifelhaft ist dies im Vergleich zu der Fülle der Macht und der Selbständigkeit, die unabhängigen Staaten gebührt, nur ein geringer Bruchteil. Wenn wir jedoch nicht den utopistischen Standpunkt „alles oder nichts“ einnehmen, dann kann das objektive Urteil nicht übersehen, daß es sich um die ersten Schritte handelt, die zur Verwirklichung der Gesamtheit unserer Rechte und Forderungen führen.

Wenn wir das polnische Schulwesen und das Gerichtswesen betrachten und die Arbeit beurteilen, die die Reihen der Beamten und der staatlichen Einrichtungen geschaffen hat, dann müssen wir anerkennen, daß dies eine zweckmäßige und für das Volk nützliche Arbeit war. Wir können auch nicht übersehen, daß diese Arbeit der polnische Aktivismus geleistet hat und daß er dies nur dank dem kräftigen und konsequenten Programm leisten konnte, das er nach dem Akte vom 5. November aufgestellt hat.

Alles das, was wir heute besitzen, war die Verwirklichung eines kleinen Teils unseres Eigentums. Der nüchterne politische Verstand zeigt jedoch deutlich, daß der Weg, den man beschritten hat, der richtige war. Obwohl die Rechnungen noch nicht abgeschlossen sind, muß man schon jetzt diejenigen gerecht beurteilen, denen die Errungenschaften zu verdanken sind.

Wenn heute von einem Regentschaftsrat die Rede ist, wenn die polnische Regierung aufgehört hat, eine Phantasiegebilde zu sein und sich in immer deutlicheren Umrisen abhebt, so ist dies ein Verdienst des polnischen Aktivismus.

Nicht diejenigen, die wuschäumend den Aktivismus wegen der Annahme des Aktes vom 5. November angriffen, nicht diejenigen, die in politischer „Zurückhaltung“ wie in einem wattierten Schlafrock im neutralen Winkel saßen, haben für Polen etwas erlangt. Alle Vorteile, alles, was sich in unserer Lage gebessert hat, der ganze neue Kurs der internationalen Politik gegenüber Polen ist entgegen unserm Passivismus erreicht worden.

Außer Anklagen und Verleumdungen hat unser Passivismus keine positiven Leistungen aufzuweisen. Die Ausgangspunkte seiner Gedankengänge sind bankrott geworden und seine Kampfmethoden sind völlig diskreditiert. Es ist daher nichts Verwunderliches, daß die polnischen Aktivisten, die anfangs nur eine Handvoll ausmachten, sich zu geschlossenen und zahlreichen Reihen umgestalten. Die Schützengräben des Passivismus werden von Tag zu Tag leerer; von Tag zu Tag gehen immer zahlreichere Elemente, die bisher unentschieden und zurückhaltend waren, auf die Seite der politischen Tat über. Die Möglichkeit schöpferischer Arbeit hat in den Begriffen der Allgemeinheit schon das Ihrige getan. Von den am weitesten rechtsstehenden Schichten angefangen bis in die Tiefe der breiten Massen hat der polnische Aktivismus an Einfluß gewonnen.

Die Niederlage des Passivismus ist nicht nur deshalb so augenfällig, weil der Wagen der Zwischenparteilichen Fraktion in die Brüche zu gehen beginnt, nicht nur deshalb, weil immer weitere Kreise von der Idee der sofortigen Tat durchdrungen werden, sondern hauptsächlich auch deshalb, weil man im Lager des Passivismus und der Zurückhaltung zu schwanken beginnt und die Schöpfer dieser Gedankenrichtung selbst den Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Sache verloren haben.

L. Cz. Chrzanowski.

Aus Nr. 230 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 10. Oktober 1917.

Neubefehrte des Aktivismus.

...Es muß vor allem festgestellt werden, daß die Schaffung des Regentenschaftsrates in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ein entschiedener Sieg des Aktivismus ist. Die wie eine Blume sorgfältig und zärtlich gepflegte politische Passivität hat Bankrott gemacht. Die zwischenparteiliche Koalition hat endgültig Bankrott gemacht, nachdem ihr gepriesener, von dem Nimbus der Staatsklugheit umstrahlter Führer sie — gerade im Namen dieser politischen Klugheit — in einem für die polnische Politik entscheidenden Augenblicke verlassen hat! Kann man sich in politischer Richtung einen größeren Sieg vorstellen, als wenn der Führer und Vertreter dieser Richtung das bisherige Lager verläßt, um aus den Händen des gegnerischen Lagers die höchste Staatsgewalt anzunehmen, die das Land in gegebenen Augenblicken jemandem übertragen kann?

Wenn wir dieses Vorganges Erwähnung tun, so geschieht das durchaus nicht zu dem Zweck, um die zwischenparteiliche Fraktion infolge ihrer Niederlage zu verspotten. Es handelt sich uns vielmehr um die Unterstreichung der erfreulichen und aner kennenswerten Tatsache, die der Bankrott der schädlichen zwischenparteilichen Politik ist. Wir sind dessen Zeugen, daß das übermächtige Leben und der politische Instinkt des Volkes endlich die polnische politische Passivität zer schlagen haben. Diese Tatsachen beweisen, daß die Mehrheit der Volksgesamtheit nicht hinter den Überresten der Nationaldemokratie steht, die seit drei Jahren jede dreistere Initiative unterdrücken, aber sich in den wirtschaftlichen Fragen hinter diejenigen verstecken, die den polnischen Staat aufbauen.

Warschau ist jetzt, wie uns von dort berichtet wird, der Schauplatz eines merkwürdigen Prozesses „politischer Umgruppierungen“. Am Vorabende der Bildung der polnischen Regierung beginnen die bisher festesten Überzeugungen und der Widerstand der Führer der zwischenparteilichen Koalition ins Wanken zu geraten, was aber gesünder und bereitwilliger ist, aktivisiert sich eiligst, indem es sich das polnische Programm der am nächsten stehenden aktivistischen Gruppierung aneignet. Die erprobte nationaldemokratische Befähigung, sich zu orientieren und den Verhältnissen anzupassen, namentlich wenn es sich um die Einnahme eines Vorpostens handelt, erhält hier gegenwärtig eine neue Bestätigung. Auf diese Art entsteht ein neuer Typus der zum Aktivismus Neubefehrten.

Der Staatsrat ist gewissermaßen schon in die Geschichte übergegangen. Und obgleich es noch nicht Zeit ist, seine Geschichte zu schreiben, so kann man doch feststellen, daß er im Maße seiner Möglichkeit viel getan hat. Er hat das vollbracht, daß er der entstehenden Regierung in einigen Verwaltungszweigen die Exekutive überträgt: Das Schulwesen, das Gerichts wesen und die Kontrolle auf dem Gebiete der

Versorgung. Ja noch mehr. Der Staatsrat hat der polnischen Regierung den Weg erschlossen und nicht nur ihre Berufung erkämpft, sondern auch ihre zukünftige Wirksamkeit genau vorgezeichnet. Dank ihm werden der Regentchaftsrat und die Regierung — nicht so wie er — ohne die Exekutivgewalt in der Luft schweben, die jetzt den verschiedenen Gebieten des Staatslebens zugewiesen werden wird.

Der Umstand, daß der Staatsrat auf seinen Posten bis zum letzten Augenblicke ausharrte, indem er sich zwar beugte, aber sich der versteckten Obstruktion der Rechten und Linken nicht ergab, war ebenfalls ein Sieg des Aktivismus. Ist es jetzt, nachdem die durch den polnischen Aktivismus erkämpfte Regierung geschaffen ist, nicht Zeit, diejenigen an den Triumph des Aktivismus zu erinnern, die noch nicht imstande waren, den zwischenparteilichen Staub abzuschütteln, — aber es schon fertig gebracht haben, die „einzigen“ und „wirklichen“ Aktivisten zu werden?

Sollen denn diese bis zum letzten Augenblicke ruhigen und boshafte Gegner der polnischen Regierung, diese an Größenwahn leidenden Ritter unfassbarer Träume dem polnischen Staate den Ton angeben?

Dieserhalb besteht keine Besorgnis. Aber man kann und muß dem ganzen Lande zurufen, daß nur diejenigen politischen Gruppen die Regierung bilden sollen, die von der aktivistischen Politik auch in den schwersten Zeiten nicht abgewichen sind.

Wir wollen nicht mißverstanden werden. Wir sind weit davon entfernt, irgend jemandem das Recht der Teilnahme an der Staatsarbeit abzuspochen. In dieser Beziehung ist in Polen so viel Arbeit, daß sie für alle ausreicht, die arbeiten wollen. Man könnte vielmehr befürchten, daß es hier an geeigneten Händen zur Arbeit noch fehlen wird. Es handelt sich aber um etwas anderes. Im gegenwärtigen Augenblicke, in dem es sich um die vom Aktivismus unter den größten Schwierigkeiten erkämpfte Regierung und deren Staatsgewalt handelt, kann diese Gewalt unmöglich in die Hände derjenigen gelangen, die sie noch gestern öffentlich und heimlich bekämpften, als sie noch nicht bestand, heute aber, nachdem sie kaum in die Erscheinung tritt, ihre Hände danach ausstrecken.

Auf die Gelüste dieser Neubefehrten Aktivisten nach der ausschließlichen Erlangung der Staatsgewalt muß die Volksgesamtheit, die zum Glück noch nicht vergessen hat, was diejenigen bisher getan haben, die jetzt die Rolle der eifrigsten Aktivisten spielen, jetzt antworten: Wir erlauben es nicht! Und das wird sie nicht erlauben... Liegt es doch im Interesse der weiteren Entwicklung des polnischen Staates, daß die bisherige Politik fortbestehe, deren Ausgangspunkt der Akt vom 5. November war. Damit dafür eine Sicherheit bestehe, ist es notwendig, daß diejenigen aktivistischen Gruppen auf die Regierung einen entsprechenden Einfluß haben, die die Hauptstützen dieser Politik waren. In das Lager der polnischen Regierung müßten also in erster Linie die Vertreter der aktivistischen Richtung gelangen, die für die Fortdauer der bisherigen Politik eine Garantie bieten würden, der Politik, deren Ergebnis gerade die polnische Regierung ist.

Aus Nr. 273 des Głos Lubelski (Lublin)
vom 3. Oktober 1917

bringt einen „Um unsere Politik“ betitelten Leitartikel, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird: „Es ist leicht verständlich, wie wichtig der Inhalt der Erklärung ist, die vom Regentchaftsrate abgegeben werden soll. ... Vom aktivistischen Standpunkte aus bietet sie wohl keine größeren Schwierigkeiten. Es ist aber bekannt, daß weder der Erzbischof Rakowski

noch der Fürst Lubomirski bisher die Neigung verspürt haben, von den Herren Studnicki und Dempicki fertige politische Formeln entgegenzunehmen. Wie auch immer die politischen Überzeugungen derjenigen Personen beschaffen sein mögen, die in den Regentenschaftsrat berufen werden sollen, eins ist jedenfalls anzunehmen, nämlich, daß sie... die Zukunft des Volkes nicht durch gewagte Experimente im sog. aktivistischen Sinne aufs Spiel setzen werden..." „Bescheidenheit und Vorsicht in der Bestimmung gemeinsamer Ziele sind empfehlenswerter, als die den Zentralstaaten scheinbar willkommeneren aktivistischen Berechnungen, deren Alpha und Omega eine möglichst baldige Verwicklung Polens in den Krieg mit Rußland ist. Von den politischen Lagern Polens ist nur das Nationale Zentrum wiederum mit seinem aktivistischen Programm aufgetreten, indem es ein Bündnis mit den Zentralmächten verlangt, unter Teilnahme der polnischen Wehrmacht zum Zwecke der Feststellung der östlichen Grenzen im Sinne der nationalen Interessen. Es fällt schwer, sich eine verkehrtere politische Formel auszudenken. Wer sich einigermaßen über die internationalen Verhältnisse und über die Friedensmöglichkeit zwischen Deutschland und Rußland orientiert, wird nicht darauf brennen, „die Ostgrenze mit Hilfe der polnischen Wehrmacht zu regulieren..." Diese militärisch-aktivistische Kalkulation... „ist daher eine politische Donquichotterie, die man nicht ernst nehmen kann..." „Sowohl der Zwischenparteiliche Klub als auch die Linke nehmen eine abwartende Stellung ein, und auch die Liga des polnischen Staatswesens, die bekanntlich aus dem Nationalen Zentrum ausgeschieden ist, hat sich in ihrer Meinungsäußerung zum Konstitutionspatent gehütet, irgendwelche konkrete und allzuverbindliche Erklärungen abzugeben". Dann kommt der Verfasser auf den Artikel des Professors Jaworski zu sprechen, in dem den Polen empfohlen wird, ein Bündnis mit den Zentralmächten zu schließen und sagt dazu: „Ob die politischen Ratschläge des Vorsitzenden des eigentlich nicht mehr bestehenden D. N. K. Gehör finden werden, erscheint zweifelhaft. Weder die Formeln des Warschauer Aktivismus, noch der Widerhall verschollener Gedanken des D. N. K. wird sich in dem Strudel der, Ereignisse, die nur von Blinden ignoriert werden können, aufrecht erhalten lassen. Man muß neue Wege suchen und die zwischen den 5. November und dem 15. September gemachten Erfahrungen geben uns schätzenswerte Hinweise, wie man sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite Fehler vermeiden kann, die fatale Folgen haben könnten."

(Aus Nr. 221 des Warschauer Tagesberichts vom 10. Oktober 1917).

Nr. 275 des Glos (Warschau)
vom 11. Oktober 1917

schreibt in einem Leitartikel über den „Schwerpunkt der Lage": Die polnische Frage ist erst durch diesen Krieg ausgerollt worden. Sie ist daher als Zufallsprodukt entstanden und damit läßt sich auch die allzuweit gehende Vorsicht bei ihrer Lösung erklären. Es darf aber den Zentralmächten nicht zweifelhaft sein, daß ein polnisches Reich durch diesen Krieg entstehen muß. „Wenn es entsteht, so wird es auch leben und wirken. Die Richtung dieses Wirkens kann nicht gleichgültig sein... Es kann auch nicht gleichgültig sein, von wem und wie das polnische Reich geschaffen werden wird." Ein Separatfrieden mit Rußland könne zwar das polnische Reich aus der politischen Karte Mitteleuropas ausschließen, könne aber dieses Reich nicht mehr umbringen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird die russisch-deutschen Beziehungen nicht

auf lange Zeit entscheiden. „Rußland besitzt ein gutes Gedächtnis und so schreckliche Niederlagen, wie es in diesem Kriege erlitten hat, werden nicht leicht zu vergessen sein... Ohne Rücksicht auf das endgültige Ergebnis des Krieges liegt es im Interesse der Zentralmächte, den Rahmen für den polnischen Staat zu bilden, unsere Sache ist es, denselben auszufüllen... Polnischerseits hat das aktivistische Lager zur Genüge bewiesen, daß es zur Mitwirkung bereit ist. Es macht zwar nicht das ganze Volk aus, besitzt aber Kraft genug, um das Volk in die richtigen Bahnen zu lenken. Jetzt ist die Reihe an der andern Seite."

(Aus Nr. 223 des Warschauer Tagesberichts vom 12. Oktober 1917.)

Nr. 279 der „Deutschen Warschauer Zeitung" (Warschau)
vom 10. Oktober 1917.

Warschau und Umgebung.

Warschau, den 9. Oktober 1917.

Der scheidende Kurator an die Rektoren der polnischen Hochschulen.

Seine Excellenz Graf Hutten-Čzapki hat beim Rücktritt von der Stelle eines Kurators der Universität und der Technischen Hochschule an die beiden Rektoren nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Warschau, den 30. September 1917.

Magnifizenz!

über hundert Jahre lang hat die russische Regierung mit kurzen Unterbrechungen dem polnischen Lande eine ihm fremde Kultur und Wissenschaft aufgezwungen, die, in fremder Sprache gelehrt und von feindseligem Geiste erfüllt, keine Wurzeln geschlagen und keine Früchte gezeitigt hat. Nachdem das Partum die Herrschaft über Polen verloren hatte und aus ihm verdrängt worden war, entstand auf dem Gebiete des Hochschulwesens eine Leere, die sofort ausgefüllt werden mußte, um dem befreiten und wiedererstehenden Staate Führer und Mitarbeiter auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu sichern.

Einen Monat nach der Einnahme Warschaws wurde die Errichtung der Hochschulen beschlossen. Die Begründung so großer Lehranstalten, während der Krieg noch tobte, war ein ungewöhnliches Beginnen. Die Lehranstalten haben sich aber hoffnungsvoll entwickelt, weil sie einem wahren nationalen Bedürfnis entsprachen. Die Gelehrten stellten sich alle zur Verfügung, und drei Monate nach der Befreiung Warschaws konnten die Universität und die Technische Hochschule der wißbegierigen Jugend ihre Pforten öffnen.

Der Begründer der polnischen Hochschulen übertrug mir die unmittelbare Fürsorge über die zu neuer Tätigkeit berufenen Lehranstalten. Mit Stolz und Freude habe ich das ehrenvolle Amt übernommen und es nahezu zwei Jahre versehen. Hierbei ging mein Bemühen stets dahin, die Interessen der Universität und der Technischen Hochschule zu fördern, ohne in ihre autonome Gestaltung — namentlich auf wissenschaftlichem Gebiete — irgendwie einzugreifen.

Der neuerstandene Polnische Staat übernimmt jetzt bedeutsame Zweige der öffentlichen Gewalt. Insbesondere nimmt er die erhabene Pflicht auf sich, die kommenden Geschlechter, die sich demnächst an der sozialen Arbeit beteiligen sollen, auszubilden und zu erziehen. Ich übergebe daher mit dem heutigen Tage mein Amt dem Staatsrate als dem Vertreter der polnischen Staatlichkeit. Dieser Augenblick ist für mich schmerzlich, denn er zerreißt die unmittelbaren Bande, die mich so lange Zeit hindurch mit den Hochschulen verknüpften. Dieser Augenblick ist für mich aber auch

erfreulich, denn ich habe nicht nur die untrügliche Hoffnung, sondern auch die feste Überzeugung, daß sich diese Lehranstalten im Gesamtorganismus der polnischen Staatsgewalten und Einrichtungen, unter der Leitung der polnischen Behörden zum allgemeinen Wohl günstig entwickeln werden.

Meine Tätigkeit als Kurator war nur mit Hilfe und unter Mitwirkung aller derer, mit denen ich zusammen gearbeitet habe, möglich. Bei dem Scheiden aus meinem Amte danke ich den Rektoren, den Senaten, den Professoren und den Assistenten für die hilfreiche Mitwirkung bei der oft schweren, aber auch fruchtbringenden und dankbaren Arbeit.

Den Studenten spreche ich meinen Dank aus für den Eifer, mit dem sie an ihre Studien herangetreten sind, und für das Vertrauen, das sie mir lange Zeit hindurch entgegengebracht haben. Mögen diese Generationen akademischer Bürger, die unter meinen Augen ausgebildet worden sind, sich stets dessen bewußt bleiben, daß gerade sie eine große Aufgabe vor sich haben, aber auch eine große Verantwortung tragen, denn sie sind zur Übernahme leitender Stellungen im öffentlichen Leben der sich zu einem Staat entwickelnden Nation berufen. Viele Männer sind notwendig, nur wenige vorhanden. Man muß aber lernen, um lehren und befehlen zu können, denn die Entwicklung eines Volkes beruht darauf, daß das ältere Geschlecht dem jüngeren den sorgfältig gesammelten Schatz an Wissen und Erfahrung übermittelt, die jüngere Generation aber, sobald sie herangewachsen ist, diesen Schatz vermehrt und den Bedürfnissen der Zeit entsprechend umgestaltet.

Euerer Magnifizenz würde ich für eine Mitteilung dieses Schreibens an den Hochlöblichen Senat, die Professoren, die Assistenten und die Studenten zu Dank verpflichtet sein.

Graf von Hutten-Czapski
Kurator der Universität und der
Technischen Hochschule.

Ihren Magnifizenzen den Herren Rektoren
der Universität und der Technischen Hochschule
in Warschau.

Aus Nr. 226 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. Oktober 1917.

Vom Hilfskomitee für das Königreich Polen.

II.

Fürsorgeanstalten für Kinder, die sich unter der Obhut des „Klubs der Frauen der Arbeit“ in Warschau befinden.

Der „Klub der Frauen der Arbeit“ (Kolo Pracy Kobiet) ist aus dem sog. „Klub der Damen vom Lande“ (Kolo Pan Ziemianek) in Warschau hervorgegangen. Er hat unter seiner Obhut drei Kinderkrippen, 10 Kinderasyle und ein Gesundheitshaus. Die Gesamtzahl der in diesen Anstalten untergebrachten Kinder beträgt 800. Die Leitung des Klubs ruht in den Händen der Damen: Josefa Klower aus Warschau und Kuczyńska aus Koroszezn in dem Gouvernement Siedlce. Die letztere Dame wohnt aber in Warschau, weil ihre Güter sich im Bereich der sog. „Etappen“ befinden.

Einige von den genannten Institutionen werden von der Stadterwaltung und einige von dem Obersten Fürsorgerat (Rada Główna Opiekuncza) unterstützt; die übrigen werden ausschließlich von dem „Klub der Frauen der Arbeit“ unterhalten.

In die Kinderasyle werden Kinder aus solchen Familien aufgenommen, die infolge des Krieges in Not geraten sind, also Kinder der Fabrikarbeiter,

die keine Arbeit mehr haben, der Handwerker und Soldaten, die sich an der Front befinden. Darunter gibt es aber auch Waisen, deren Väter Reservisten waren, von denen eine große Anzahl im besten Mannesalter infolge der Not an Tuberkulose gestorben sind. Außerdem werden in die Kinderasyle auch noch Kinder aufgenommen, die bis dahin ohne jede Aufsicht waren, weil ihre Eltern infolge der Kriegswirren vermißt werden.

Alle diese Kinder kommen in die Kinderasyle meistens in einem ganz elenden Zustande. Ihre Ernährung und Erziehung ist deshalb mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Die Zahl der Kinder, die gezwungen sind, in den Kinderasilen Unterkunft zu suchen, wächst immer mehr. Im Jahre 1916 wurden täglich nur einige Kinder nach den Kinderasilen gebracht; jetzt bringt man sie schon scharenweise. Im Jahre 1916 wurden sie auch noch von ihren Müttern gebracht, jetzt werden sie von fremden Personen, die es aus Mitleid tun, sowie von den Bezirksbüros, von der Milizverwaltung usw. den Kinderasilen zugeführt.

Im Jahre 1916 erhielten sich diese Kinder in den Kinderasilen nach einiger Zeit bedeutend, obwohl sie auch schon damals in einem elenden Zustande gebracht wurden. Sie nahmen auch allmählich an Gewicht zu. Jetzt fällt es aber sehr schwer, sie in einer normalen Weise wiederherzustellen. Denn sie können weder gehen noch sprechen; sie sind außerordentlich apathisch und stieren nur nach einem Punkte hin. Es gibt sogar Familien, wo unter vier Kindern kein einziges gehen kann, obwohl die ältesten von ihnen schon 8—9 Jahr alt sind.

Das Gewicht solcher Kinder läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. Ein vierjähriges Kind wiegt nämlich nur 18½ Pfund, ein Mädchen von 10 Jahren nur 26, und ein zwölfjähriges nur 28 Pfund. Es kommen auch Fälle vor, daß die Mütter, da sie keine Lebensmittel für ihre Kinder haben, ihre Kinder bis zum dritten und vierten Lebensjahre mit ihrer Brust ernähren. Dadurch leidet natürlich die Gesundheit der Mutter, und dem Kinde genügt eine solche Nahrung ebenfalls nicht. Es kommen sogar Fälle vor, daß ganze Familien, weil sie ausgehungert sind, an Tuberkulose aussterben. Wie können sie sich aber auch am Leben erhalten, wenn sich gegenwärtig in Warschau eine ganze Reihe Menschen nur von der Brennesselsuppe oder sonstigen ganz minderwertigen Speisen ernähren muß.

Infolge des Mangels an Lebensmitteln und infolge der hohen Preise ist es armen Leuten überhaupt nicht möglich, sich auch nur in der bescheidensten Weise zu ernähren. So galt auch im ersten Kriegsjahre der Unterhalt eines Kindes in einem Asyl als teuer, wenn er pro Tag 25 Kopfen kostete. Im Jahre 1916 konnte man aber ein Kind in einer solchen Anstalt nur noch für 50 Kopfen ernähren. Jetzt kostet ein solcher Unterhalt schon 76 Kopfen. Und im Jahre 1916 suchten Unterkommen in den Asilen nur 456, jetzt aber schon 808 Kinder.

Auch die Bekleidung der Kinder in den Asilen ist jetzt mit großen Schwierigkeiten verbunden. Im Jahre 1914 zahlte man nämlich für 12 Stück Kinderwäsche (Windeln und Kinderjacken) 4 Rubel, und jetzt kosten sie schon 18 Rubel.

Der „Klub der Frauen der Arbeit“ wollte, als er die Kinderasyle errichtete, den obdachlosen und ausgehungerten Kindern nicht nur ein Unterkommen, gewähren, ihnen Wohnung, Kost und Kleidung geben, sondern er wollte diese Kinder zugleich zu gesunden und arbeitsfähigen Bürgern erziehen.

Dazu sind jedoch auch entsprechende hygienische Bedingungen erforderlich, also vor allem viel Sonne, frische Luft und Sand für die Kinder. Das kann

nun Warschau selbst nicht bieten. Das alles kann man nämlich nur außerhalb der Stadtmauern haben. Deshalb wurde für die Kinder, die in den Wylen Aufnahme fanden, eine gesunde Ortschaft in der Nähe Warschaws, nämlich Neu-Brodno, ausgesucht, wo alle diese hygienischen Bedingungen vorhanden sind. Da diese Ortschaft auch nicht weit von der Stadt entfernt ist, so ist eine öftere Kontrolle der Kinder, die dahin gebracht werden, möglich.

In Neu-Brodno hat man zunächst eine *Kinderkrippe* errichtet. In dieser wurden am 1. März 1916 schon 40 Kinder aufgenommen. Am 1. Januar 1917 fanden dort Unterkommen schon 88 Kinder.

Am 1. April 1916 wurde eine zweite Wohltätigkeitsinstitution, nämlich ein *Gesundheitshaus*, errichtet.

Dieses Haus hat zwei Abteilungen.

In der ersten befinden sich schwache, durch Hunger und Elend heruntergekommene Kinder.

Die zweite Abteilung besteht aus einem Krankenhaus, wo solche Kinder Aufnahme finden, die wegen ansteckender Krankheiten (Tuberkulose oder Hautkrankheiten) abgeondert werden müssen.

In dieses Krankenhaus werden Kinder aus allen Institutionen des Klubs der Frauen der Arbeit gebracht. Die Pflege dieser Kinder ruht in der Hand einer Krankenpflegerin, die dort ständig wohnt. Außerdem wird die Anstalt dreimal wöchentlich von Frau Dr. Bukowska besucht.

Im Herbst wurde noch eine besondere Abteilung für solche Kinder errichtet, die an Keuchhusten leiden. Diese Krankheit wurde nach der Kinderkrippe wahrscheinlich durch eine der besuchenden Personen verschleppt.

Die dritte Wohltätigkeitsinstitution in Neu-Brodno ist das *Wandahaus*, ein Kinderasyl, das am 1. Mai 1916 aus Warschau nach Neu-Brodno verlegt wurde, nachdem das Kinderasyl in der Schulstraße (Szkoła) 1 geschlossen wurde.

Das Wandahaus bildet im Sommer gleichsam eine Erholungsstätte für die Kinder aller Kinderasyle in Warschau, die unter der Aufsicht des Klubs der Frauen der Arbeit stehen. Es wurde auch besucht von den Kindern des Asyls in der Flurstraße (Sienna) 15 in der Schulstraße (Szkoła) 1 und auf dem Dissaer Platz (Leżno) 57. Nachdem später die Kinderasyle in Warschau von den Kindern verlassen waren, wurde der Etat des Wandahauses für 75 Kinder festgesetzt. Das Haus besitzt zwei Abteilungen.

Die erste Abteilung ist für Kinder im Alter von 5—7 Jahren bestimmt. Diese Kinder besuchen auch die Spielschule, die sich am Asyl befindet.

In der zweiten Abteilung finden Aufnahme Kinder im Alter von 7—12 Jahren. Für diese Kinder ist eine besondere Schule errichtet.

Für ältere Knaben bis zu 14 Jahren wurde eine Tischlerwerkstätte eingerichtet, wo diese Knaben nach der Schulzeit eine Stunde beschäftigt werden. Sie arbeiten dort sehr gern.

Gegenwärtig befinden sich in der Kinderkrippe 88, im Wandahaus 77 und im Gesundheitshaus 32, zusammen also 197 Kinder.

Im Krankenhause haben im Jahre 1916 über 242 Kinder Aufnahme gefunden. Davon waren 8 die meisten an Krätze erkrankt. Ihre Zahl betrug 125, Außerdem waren 42 Kinder an Tuberkulose, 42 an Keuchhusten und 6 an Scharb (Mundfäule) krank. Es starben in diesem Jahre 14 Kinder, davon 13 an Tuberkulose. Diese Kinder wurden nach dem Krankenhause schon in einem hoffnungslosen Zustande gebracht.

In dem ganzen Jahre wurden 43 302 Frühstück-, 43 523 Mittag- und 43 537 Abendportionen ausgeteilt. Es wurden 9136 Bäder verabfolgt. Die Ge-

samtzahl der ausgeteilten Portionen betrug 130 362 und der genommenen Bäder 9136.

Infolge dieses umfangreichen Wirkungskreises mußte die Institution im Jahre 1916 4040 Rubel 07 Kopfen oder über 8000 Mark Schulden machen.

Die Verpflegungskosten eines Kindes pro Tag betrugen 50—67 Kopfen = 1 bis 1,30 Mark.

Im Jahre 1917 wurde der Wirkungskreis in Neu-Brodno noch erweitert, denn es wurde neu errichtet:

1. Eine „Krippe“ oder ein Internat für 150 Kinder. Sie besteht aus vier Abteilungen, in denen Kinder bis zum achten Lebensjahre Aufnahme finden.

2. Das St. Johannes-Asyl für 60 Knaben. Es finden dort Knaben im Alter von 10 bis 14 Jahren, aufgenommen. Dieses Asyl hat zwei Abteilungen. Es besitzt auch seine eigene Schule mit dem Lehrplan einer Stadtschule und außerdem eine Werkstätte für Fabrikate aus Stroh und eine Tischlerei.

3. Ein Gesundheitshaus für 80 Kinder. Es hat drei Abteilungen, und ist bestimmt für schwache, blutarme Kinder, die einer sehr sorgfältigen Pflege und einer besseren Ernährung bedürfen. Dann finden dort Aufnahme Kinder, die sanitärisch behandelt werden müssen, und schließlich solche Kinder, die an der Tuberkulose leiden (tuberkulöses Fieber, Lungen-schwindsucht und lokale Tuberkulose).

4. Ein Krankenhaus für Kinder, die an Keuchhusten leiden. Die Aufnahme findet dort nur für die Dauer der Krankheit statt. Es hat zwei Abteilungen. Eine für schwer kranke, skrophulöse usw. und eine für genesende Kinder.

5. Eine Ernährungsanstalt I für 54 Kinder. In dieser Anstalt finden Aufnahme lediglich solche Kinder, die einer besseren Ernährung bedürfen. Die Aufnahme findet für die Dauer von 6 Wochen statt. Wenn das Kind jedoch auch noch nach dieser Zeit schwach ist, so hat der Arzt zu bestimmen, ob es weiter in der Anstalt verbleiben soll.

Gegenwärtig erhalten hier auch Beföstigung 3 arme, kranke Mütter mit ihren kleinen Kindern und außerdem 10 junge Mädchen, bei denen sich Symptome der Tuberkulose gezeigt haben.

6. Eine Ernährungsanstalt II für 54 Kinder.

Die Aufnahme findet ebenfalls nur für die Dauer von 6 Wochen statt. Wenn das Kind jedoch nach dieser Zeit noch schwach ist, so entscheidet auch hier der Arzt über das weitere Verbleiben des Kindes in der Anstalt.

Unsere Statistik ist ziemlich eingehend, damit unsere Leser sich überzeugen können, wie umfangreich die Tätigkeit jener Kreise ist, die sich ganz uneigennützig der armen Kinder annehmen. Es werden aber auch die Herren Ärzte mit Genugtuung erfahren können, daß alle diese Wohltätigkeitsanstalten nach den Vorschriften der Hygiene eingerichtet sind. Eine solche Einrichtung erfordert aber viel Geld, und dieses Geld ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Königreich Polen sehr schwer zu bekommen.

Der Klub der Frauen der Arbeit beschränkt sich jedoch nicht allein auf diese Tätigkeit. Er hat nämlich noch eine ganze Reihe von Unterausssüssen, deren Aufgabe es ist, auch momentane Unterstützungen zu gewähren, Arbeitsstellen zu verschaffen, Kleider an arme Bevölkerung zu verteilen, bei der Evaluation der Kinder behilflich zu sein, besondere Kurse für die Führung des Haushaltes einzurichten usw.

Außerdem wurde ein Heim für ledige Damen aus der Intelligenz, sowie ein Asyl für Greise und weiter noch zwei billige Volkstüchen, eine Küche für die Intelligenz, 2 Nähstuben, einige Waschanstalten, eine Strumpfstrikerei in Neu-Brodno, und eine Schuhmacherwerkstätte zur Anfertigung von Schuhwerk mit Holzsohlen errichtet. Die Schuhmacherwerkstätte,

die sich in der Wrekastr. 14 im Hofe links befindet, haben wir eingehend besichtigt. Es arbeiteten dort damals 47 Schuhmacher. Jährlich werden 5000 Paar Schuhe bzw. Stiefel verkauft, und zwar von der einfachsten bis zu der elegantesten Sorte. Alle Stiefel bzw. Schuhe sind mit Holzsohlen versehen. Im Sommer werden auch Sandalen angefertigt. Das Schuhwerk wird überwiegend an die Bezirksfürsorgerate abgeliefert, die von dem obersten Fürsorgerat in Warschau eingeführt sind. Wenn man aber bedenkt, daß diese Schuhmacherwerkstätte gegen 50 Schuhmacher und außerdem noch anderes Personal beschäftigt und die arme Bevölkerung ebenso in der Provinz, wie in Warschau mit dem nötigen Schuhwerk versieht, so wird man begreifen, wie groß in dieser Hinsicht das Verdienst des Klubs der Frauen der Arbeit ist.

Der Klub der Frauen der Arbeit unterhält auch eine Nähstube, in der 180 Personen Beschäftigung finden.

Die Gesamttätigkeit des Klubs im Jahre 1916 stellt sich in folgender Weise dar: Es haben sich im Jahre 1916: 13 962 Personen um Unterstützung gemeldet.

3003 Personen erhielten eine solche Unterstützung im barem Gelde und 1720 Personen in Lebensmitteln, 544 Personen erhielten Bons für Mittagessen und 382 Personen sogen. Merkur-Bons. Schuhwerk wurde an 784, Kleider und Wäsche an 903 Personen verteilt. Kinderwäsche für ganz kleine Kinder erhielten 1220 Personen. Milch wurde von dem Verein „Ein Tropfen Milch“ (Kropla mleka) an 22 Kinder verabreicht. Arbeitsstellen wurden für 1141 Personen besorgt.

In 4 Kinderasylen, die von der Stadt unterstützt werden, fanden Unterkunft 200 Kinder (im Alter von 5 bis 12 Jahren), in Kinderasylen, die von dem obersten Fürsorgerat Unterstützungen beziehen, 1290 Kinder (im Alter von 5 Jahren und darüber hinaus), in 2 Krippen, die ebenfalls von der Stadt unterstützt wurden, 118 Kinder (im Alter von 5 Jahren ab), im Gesundheitshaus in Neu-Brodno, das keine Unterstützung von der Stadt erhält, 242 Kinder (48 Stellen sind dort etatsmäßig). Auf's Land wurden 304 Kinder verschickt. In den Haushaltungskursen, die von dem obersten Fürsorgerat unterstützt werden, gab es 32 Mädchen (im Alter von 14—16 Jahren), im Heim für unverheiratete Damen aus der Intelligenz, das vom Hauptfürsorgeamt unterstützt wird, befanden sich 26 Damen und im Asyl für Greise, das ebenfalls vom H. R. unterstützt wird, 96 Männer. Im ganzen wurden im Jahre 1916 von dem Klub der Frauen der Arbeit 10 633 Personen unterstützt.

Der Klub beschäftigte im Jahre 1916 in seinen vielen Arbeitsstätten ständig 343 Personen, überwiegend Frauen, die zusammen 36 267 Rubel verdient haben. Ohne einen solchen Verdienst hätten diese Frauen hungern oder vielleicht auch Warschau verlassen müssen.

Die Summe der erteilten Unterstützungen betrug im Jahre 1916 in barem Gelde 9261,72 Rubel, in Lebensmitteln 2256,22 Rubel, in Mittagbons 2709,87 Rubel, in Kleidern, Schuhwerk und Wäsche 6959,38 Rubel. Die Unterhaltung der 6 Kinderasyle kostete 49 509,92 und einen halben Rubel, die Unterhaltung der Kurse für Landmädchen 4983,42 Rubel, die Unterhaltung des Damenheims 5635,36 Rubel, die Unterstützung des Gesundheitshauses in Neu-Brodno 7437,06 Rubel und die Unterhaltung des Asyls für Greise 15 285,36 Rubel. Außerdem wurde eine Unterstützung für zwei Volksküchen, die von der Stadt verwaltet werden, in Höhe von 6600 Rubel gewährt. Im Ganzen wurde also im Jahre 1916 für die Institutionen des Klubs der Frauen der Arbeit 141 942,07 Rubel ausgegeben.

Die Zahl der verteilten Portionen betrug im Jahre 1916 im ganzen 155 456 und der verabreichten Bäder 19 566.

Der Umsatz in den Arbeitswerkstätten: Der Jahresumsatz der Nähstube in Warschau betrug 527 192,10 Rubel, in der Nähstube in Neu-Brodno 4364,78 Rubel, in der Strumpffstrickerei 2460,46 Rubel, der Waschanstalt 13 163,62 Rubel, der Schuhmacherwerkstätte 271 094,84 Rubel, der Küche für die Intelligenz 153 574,43 Rubel und den zwei Volksküchen 64 139,66 Rubel. Der Gesamtumsatz in den Arbeitswerkstätten belief sich somit im Jahre 1916 auf 1 035 1 035 989,93 Rubel.

Das Ergebnis der ganzen Tätigkeit des Klubs der Frauen der Arbeit ist geradezu staunenswert. Man muß Hochachtung haben vor der Intelligenz und vor der gewaltigen Arbeit der Damen des Klubs. Deswegen wird sich wohl auch niemand von uns weigern, diese Damen in ihrem Werke zu unterstützen.

Für das nächste Jahr wird außerdem noch die Gründung eines Mädchenheims auf dem Lande für 14 bis 20jährige blutarme Mädchen projektiert. Man hat dazu das Dorf Wola Grzybowska in der Nähe von Warschau in Aussicht genommen. Die Unterhaltungskosten sollen sich monatlich auf 4000 Mark belaufen. Es fragt sich nur, ob die nötigen Hilfsquellen hierfür sich finden werden. Wir wollen aber hoffen, daß dies der Fall sein wird.

Wir haben uns Mühe gegeben, die ganze Tätigkeit des Klubs der Frauen der Arbeit an Ort und Stelle eingehend zu prüfen. Es lohnte sich zu erfahren, auf Grund welcher Angaben die Bedürftigkeit der zu unterstützenden Personen und Familien festgestellt wird. Sehr interessant ist die Buchführung in dieser Hinsicht. Die unterstützten Personen gehören nämlich den verschiedensten Ständen an. Es gibt darunter ganze Familien von Gutsbesitzern, außerdem Industrielle, Handwerker, Arbeiter, aber auch Studenten. Man findet in den Büchern Vermerke, wie „tuberkulöse Kinder“ u. a. Von einem Studenten heißt es: „Er kann infolge allgemeiner Schwäche nicht gehen.“ Überall also Elend über Elend.

Vielleicht wird es gar manchen auch interessieren, welcher Art die Ernährung der Kinder in den Fürsorgeanstalten ist. Am 30. Juli erhielten also die Kinder unter entsprechender Zubereitung: Zum Frühstück trockenes Brot und Milch, zum Mittag Gemüsesuppe von Kartoffeln, Mohrrüben oder Weißkohl und als Einlage Peluschnen und etwas Graupe, zum Abendessen Buttermilch und Brot. Die Kosten einer solchen Ernährung betragen für 35 Personen pro Tag 22,91 Mark, also für eine Person ungefähr 65 Pfennige. So viel für heute.

Aus Nr. 227 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. Oktober 1917.

Vom Hilfskomitee für das Königreich Polen. Der Verein der Sommer-Kolonien.

III.

Vorher beschrieben wir die Anstalten für die Säuglinge und die Kinderasyle. Das sind gewissermaßen die Etappen des menschlichen Lebens, da das Leben in der Morgenfrühe und seine weitere Entwicklung die schwierigsten Augenblicke für das Leben des menschlichen Organismus sind. In den Kolonien hat dieses Leben schon einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht. Als wir die Kolonien Ende August am Vorabend des Schulbesuchs der Kinder besuchten, fanden wir sie in voller Lebenskraft, munter und bei frogender Gesundheit. Möge die Wiederkehr in die engen und dumpfigen Wohnungen, und vielleicht auch Kälte und Hunger, diese jungen Leben nicht unterbinden!

Der Verein der Sommer-Kolonien steht, wie wir bereits eingangs bemerkten, unter der Fürsorge der Frau Doktor Pawinska, der Gattin eines in Warschau bekannten Arztes. Das Vereinslokal befindet sich Wolskstr. 52, und Frau Pawinska wohnt in der Krakauer-Vorstadt.

Die Sommer-Kolonien der Frau Pawinska arbeiten zum Nutzen der Warschauer armen Kinder schon seit 36 Jahren und schickten vor dem Kriege alljährlich über 3000 Kinder auf das Land, nach Siechocinek und in die Hilfskolonie, die besonders für die an Tuberkulose leidenden Kinder eingerichtet waren. Der Verein der Sommerkolonien besaß dort einige große eigene, musterhaft eingerichtete Häuser, die jetzt teilweise vernichtet worden sind und aller Geräte entbehren. Aus diesem Grunde, sowie auch infolge vieler technischer Schwierigkeiten werden jetzt Kinder auf das Land fast gar nicht geschickt, sondern es werden für das Gebiet der Altstadt an einigen Stellen Halbkolonien eingerichtet. Diese Kolonien werden deshalb Halbkolonien genannt, weil der Vorstand bei deren Anlage berücksichtigte, daß in der gegenwärtigen Zeit die erheblichen Ausgaben für Wiederherstellung der alten Einrichtung und für Neubeschaffungen nicht bestritten werden können.

Im laufenden Jahre machten von den Halbkolonien im Juni 1065, im Juli 1550 und im August 1400, zusammen 4015 Kinder Gebrauch. Sie wurden in Gruppen geteilt, und jede Gruppe wurde einem Leiter oder einer Lehrerin unterstellt.

Die Kinder fanden sich in den Halbkolonien zwischen 9—10 Uhr morgens ein und bekamen hier um 12 Uhr Mittagbrot, d. h. sehr dickflüssige, fette Suppe und um 5 Uhr Vesperbrot, Getreidekaffee mit Milch und Brot, oder Milchgrütze. Im August waren die Kinder so hungrig und schwach, daß es ratsam erschien, ihnen anstatt der Vesperkost zwischen 10—12 Uhr ein Frühstück und zwischen 3—4 Uhr Mittagbrot zu verabreichen. Die Kosten der Ernährung eines Kindes betrugen täglich 1,40 Mark und die anderen Ausgaben 15 Pfennig, zusammen also 1,55 Mark täglich, oder 46,50 Mark monatlich.

Um auch den Familien der unbemittelten Intelligenz zu Hilfe zu kommen, vermittelte der Vorstand die Unterbringung deren Kinder in größeren Gruppen bei Bürgern auf dem Lande unter einer von ihm organisierten Aufsicht und Übernahme der Reise- und Aufsichtskosten und richtete eine Kolonie für 100 Mädchen ein. Im ganzen wurden 425 Schüler von Mittelschulen auf das Land geschickt. Die ganze diesjährige Aktion hat eine Menge Geld gekostet, und der Vorstand wird, wovon wir uns überzeugten, einen bedeutenden Fehlbetrag haben.

Kann man der Frau Pawinska helfen und den Vorstand der Kolonien von seinen Geldsorgen befreien? Wir meinen, daß man diese Frage jedenfalls erwägen müßte. Wir wollen hoffen, daß sich Hilfe teils bei guten Leuten und Komitees finden wird, teils der Vorstand das übrige im Winter erwinen und die Kolonien im nächsten Jahre mit um so größerer Tatkraft fortführen wird.

Aus Nr. 228 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 6. Oktober 1917.

Vom Hilfskomitee für das Königreich Polen.

IV.

Der Warschauer christliche Mädchenschutzverein.

Dieser Verein, der früher „der St. Andreas von Bobola-Verein“ hieß, hat seinen Sitz in der Siebrnastraße 2, in Warschau nach der Polnastraße 40 verlegt. Er führt jetzt den Namen das „Sienkiewiczche Mädchenheim“ (Bursa Sienkiewicza). Er steht unter

der Leitung des christlichen Frauenschutzvereins (Severnow 5 b) und unter der Obhut der Schwester Sofia Dzialowska. Dieses Mädchenheim ist für 60 Mädchen eingerichtet. Es finden in ihm Aufnahme Schülerinnen der Mittelschulen, der Lehrerinnen-seminare, der Kurse für Pflegerinnen, der Handelskurse, der Berufs- und städtischen Schulen. Außerdem werden dort auch solche Mädchen aufgenommen, die keine Beschäftigung und kein eigenes Heim haben. Diese Mädchen werden dann in die entsprechenden Lehranstalten geschickt. In vielen Fällen zahlt das Mädchenheim für sie auch das Schulgeld; diese Mädchen erhalten im Mädchenheim ebenfalls Nachhilfe im Schulunterricht. Es befinden sich dort folgende Räumlichkeiten: 12 Wohnzimmer mit einem kleinen Garten, drei Vorzimmer, zwei Badezimmer, eine Kleiderkammer, eine Speisekammer, eine Küche und eine Waschküche. Die Miete beträgt nur 1308 Rubel, ungefähr 2000 Mark.

Gegenwärtig haben in dem Mädchenheim Mädchen im Alter von 12 bis 26 Jahren Aufnahme gefunden. Sie finden dort die entsprechende Pflege, Aufsicht und Erziehung. Sie erhalten Wohnung, Licht, Heizung und Kost. Die letztere ist allerdings sehr bescheiden, denn das Mädchenheim verfügt nur über ganz geringe Mittel. Aufgabe des Mädchenheims ist es, den heranwachsenden Mädchen, die infolge des Krieges in eine schwierige Lage geraten sind, die Möglichkeit zu geben, sich eine entsprechende Bildung anzueignen oder ihre Studien fortzusetzen, damit sie nach dem Kriege zum Wohle des Vaterlandes wirken können. Nur wenige von ihnen zahlen ein Honorar (5 bis 35 Mark monatlich); die anderen zahlen überhaupt nichts. Die tägliche Kost besteht aus drei Mahlzeiten. Die Mädchen erhalten des Morgens Roggenkaffee mit Milch und ein Stück Brot, wie es vom Frauenunterstützungskomitee geliefert wird, zu Mittag ein besonderes Mittagessen oder vielmehr eine Suppe, die ebenfalls vom Frauenunterstützungskomitee geliefert wird, und abends ein nahrhaftes Abendessen, das im Asyl gekocht wird.

Die Führung der Mädchen ist im allgemeinen gut. Sie sind arbeitsam und fleißig. Das ersieht man daraus, daß viele von ihnen nach ihrem Berufsstudium auch noch die Handelskurse besuchen. Im Sommer, wo es schwer hält, die Mädchen zur Erholung aufs Land zu schicken, haben sich 24 Schülerinnen freiwillig angeboten, während der Ferien Feldarbeiten zu verrichten, um frische Landluft zu genießen und sich zugleich Geld zur Anschaffung von Schuhen zu verdienen, die das Mädchenheim ihnen nicht liefern kann.

Sie erhielten für ihre Arbeit — nach den gegenwärtigen niedrigen Lohnsätzen — nur einen geringen Lohn, nämlich 2½ Mark täglich ohne Beköstigung oder eine Mark mit Beköstigung. In manchen Ortschaften mußten sie sich aber Milch und Speck besonders kaufen.

Jetzt kehren diese Mädchen eben nach dem Mädchenheim zurück. Mit Bedauern müssen wir jedoch feststellen, daß die schwere Arbeit, an die sie nicht gewohnt waren, für ihre Gesundheit nicht vorteilhaft war. Nur wenige von ihnen haben in dieser Zeit an Gewicht zugenommen. Einige haben bis vier Pfund abgenommen.

Das Mädchenheim erhält, was wir hier besonders betonen wollen, von dem Hilfskomitee in Posen eine Unterstützung von 1000 Mark monatlich. Außerdem versah dieses Komitee das Mädchenheim mit Kleidungsstücken und besonders mit Kleidungsstücken für den Winter, die sehr notwendig waren. Denn sonst hätten viele Mädchen im Winter aus Mangel einer entsprechenden Bekleidung die Schule gar nicht besuchen können. Die Unterhaltungskosten des Mädchenheims betragen (einschließlich der Wohnungsmiete, des ausgelegten Schulgeldes usw.) pro Kopf durchschnittlich 8,3 Pfennige bis 1,30 Mark täglich. Die Mittel des

Mädchenheims haben sich deshalb jetzt schon beinahe ganz erschöpft.

So viel über das Sienkiewicz'sche Mädchenheim, das von dem Hilfskomitee in Posen besonders unterstützt wird. Jetzt nur noch einige Worte über die Gesamttätigkeit des Frauenschutzvereins. Diese Tätigkeit ist nämlich so segensreich, daß es sich verlohnt, Näheres über sie zu erfahren.

Die Tätigkeit des Frauenschutzvereins nimmt mit jedem Jahre an Umfang und Intensität zu. Die gegenwärtigen Zeiten stellen nämlich in ganz Polen an die Unterstützungstätigkeit immer größere Ansprüche. Andererseits wird diese Tätigkeit außerordentlich erschwert, — der Frauenschutzverein hat sich zur Hauptaufgabe gemacht, den unglücklichen Frauen die pflege- und unterstützungsbedürftig sind, zu Hilfe zu kommen. Deswegen erstreckt sich seine Tätigkeit auf folgende Wirkungskreise:

1. Arbeitsvermittlung, 2. Schutz der Minderjährigen, 3. Schutz der jungen unerfahrenen Mädchen während der Reise, 4. Asyl für Mädchen und Frauen, für eine begrenzte Zeit, 5. Frauen- und Mädchenheime, 6. Leihhäuser und Küchen für Personen aus intelligenten Kreisen, 7. Volkslehrerinnenseminar, 8. Pfarrgemeindegemeinschaft, 9. Asyl für moralisch gefallene Frauen.

Das Ergebnis der Tätigkeit des Frauenschutzvereins auf diesen Gebiete war in dem Berichtsjahre folgendes:

1. **Arbeitsvermittlung.** Im Jahre 1916 haben durch die entsprechenden Vermittlungsbüros im ganzen 4146 Frauen Arbeit gefunden; und zwar: a) durch das Vermittlungsbüro für intelligente Personen 3,34 Personen. Sie erhielten Beschäftigung als Pflegerinnen, Erzieherinnen (in den Fröbelschen Schulen), Haushälterinnen usw. und b) durch das Vermittlungsbüro für Dienstmädchen 812 Personen.

2. **Schutz der Minderjährigen.** In dem Berichtsjahre hat der Frauenschutzverein 52 Kinder in entsprechender Weise untergebracht. Von diesen wurde ein Teil in die Asyl des Frauenschutzvereins aufgenommen, und ein Teil erhielt Unterstützungen, sei es in Kleidungsstücken oder in barem Geld. Anderen Kindern wurde dadurch geholfen, daß sie eine entsprechende Beschäftigung erhielten. Abgesehen von dieser allgemeinen Hilfeleistung hat der Frauenschutzverein noch ein besonderes Asyl in Białołęka für moralisch verwahrloste Kinder errichtet.

3. **Schutz für Mädchen und Frauen während der Reise.** Da der Eisenbahnverkehr gegenwärtig beinahe nach allen Richtungen unterbrochen ist, so konnten nur 70 Personen Schutz und Belehrung erhalten. Es waren dies überwiegend solche Personen, die Warschau verließen. Außerdem wurden 257 Personen in dem Asyl in der Mokotowskastraße untergebracht, das eigens zu diesem Zwecke eingerichtet ist.

4. **Asyle.** Es gibt gegenwärtig vier solche Asyle, nämlich: 1. Das Asyl in der Masowiecka-Straße, das s. g. „Kleine Hotel“. Im Berichtsjahre fanden dort Unterkommen 478 Personen, und zwar zum Teil kostenlos und zum Teil gegen ein geringes Honorar. 2. Das St. Sophie-Asyl für obdachlose Landmädchen, sowie überhaupt für Arbeiterinnen. Dieses Asyl besitzt eine eigene Weberei, Nähstube, eine Werkstätte zur Anfertigung von Spitzen usw. Es wurden dort täglich durchschnittlich 30 Mädchen beschäftigt, von denen die Mehrzahl nachher mit Hilfe des Frauenschutzvereins eine entsprechende Arbeit fand. 3. Das St. Klemens-Asyl oder das s. g. „Gospiz“ (Gospoda). Dieses Asyl verdankt seine Entstehung den Bemühungen der Schwester Nizewska. Im Jahre 1916 haben dort 1204 Personen Nachtlogis erhalten. Außerdem wurden dort 2280 Mahlzeiten verabreicht. 4. Das bereits erwähnte Asyl in der Mokotowska-Straße für reisende Personen.

5. **Frauen- und Mädchenheime.** Im Berichtsjahre gab es drei solche Heime, nämlich: das St. Anna-Heim in der Moskotowskastr., das Sienkiewicz'sche Mädchenheim in der Siebrnastr. und das „Heim unter dem Schutz der Mutter Gottes“ in der Baudouinstr.

Diese Frauen- bzw. Mädchenheime haben ihre eigenen Bibliotheken. Es werden dort Tageblätter abonniert und Unterhaltungsfunden mit Lichtbildern abgehalten.

1. In dem St. Anna-Heim fanden im ganzen 178 Personen Unterkommen (20 vollständig kostenlos). Dieses Heim besitzt eine besondere Küche für Personen aus den Kreisen der Intelligenz. Es speisten dort täglich ungefähr 900 Personen. Im ganzen wurden in dem Berichtsjahre 217 346 Mittagstische verabfolgt, und zwar 50 776 Mittagstische unentgeltlich. 2. Das Frauen- bzw. Mädchenheim in der Baudouinstr. ist bestimmt für studierende oder geistig arbeitende Personen, die kein eigenes Heim haben und sich selbst nicht ernähren können. Es erhalten dort volle Pension 25 Personen. Außerdem gibt es täglich ungefähr 20 Gäste. Der Preis ist minimal. Mehrere Personen erhalten auch Freitische (mittags und abends). Außer diesem Heim gibt es noch 3. Ein Frauen- bzw. Mädchenheim unter dem Schutz der Mutter Gottes in Severynow 14. Dieses Heim hat einen besonderen Arbeitsaal. Es fanden hier ein ständiges Unterkommen durchschnittlich 22 und vorübergehend 15 Personen. Aufgenommen wurden solche Personen, die sich sachmännisch in ihrem Beruf ausbilden wollten. 4. Pfarrzirkel. — Der Frauenschutzverein hat auch noch in verschiedenen Pfarrgemeinden besondere Pfarrzirkel errichtet. Es gibt bis dahin 5 solche Pfarrzirkel. Sie haben die Aufgabe, ganz arme Mädchen kulturell auszubilden und ihnen zugleich Gelegenheit zu geben, etwas zu verdienen. Deswegen sind in ihnen systematische Kurse für Handarbeiten, Gesang usw. eingerichtet. Es wurden auch gemeinsame Ausflüge unternommen, Unterhaltungsfunden mit Lichtbildern veranstaltet u. a. Damit die Mädchen aber auch etwas verdienen können, sind besondere Nähstuben eingerichtet. In die Mitgliederliste solcher Pfarrzirkel haben sich im ganzen über 700 Mädchen eintragen lassen. Von diesen besuchte aber nur die Hälfte systematisch und ohne Unterbrechung die betreffenden Kurse. Die Anderen mußten aus Mangel an Verdienst ihre Bildung in den Pfarrzirkeln oft unterbrechen.

Unabhängig von dieser so vielseitigen und segensreichen Arbeit hat sich der Frauenschutzverein auch der moralisch gefallenen Frauen angenommen. Er wollte ihnen Gelegenheit geben, wieder ein anständiges Leben zu führen. Damit befaßt sich eine besondere Abteilung des Frauenschutzvereins. Sie hat im Jahre 1914 für solche Frauen das Asyl „Przystań“ (Zuflucht) errichtet. Dieses Asyl war anfangs nur für 50 Personen bestimmt, jetzt wurde es für 100 Personen erweitert. Das ist der beste und deutlichste Beweis, wie notwendig ein solches Asyl war. Die hier aufgenommenen Frauen finden eine entsprechende Wohnung und eine richtige Pflege. Sie lernen lesen und schreiben, verschiedene Handarbeiten und auch Handwerke. In 9 Bezirken wurden im Einverständnis mit dem „Preuß-Verein für Hygiene“ außerdem noch spezielle „Bezirksasyle“ errichtet, um die betreffenden Frauen und ihre Kinder sofort in Pflege nehmen zu können. Im Zusammenhange mit der Tätigkeit dieser Bezirksasyle steht die Tätigkeit der Damen, die in dieser Richtung die Inspektion im Magistrat und in den einzelnen Bezirken übernommen haben.

Die Tätigkeit dieser Damen ist sehr segensreich, denn die Hälfte solcher Personen, die von ihnen in Pflege genommen wurden, ist wieder anständig geworden. Es ist hierbei noch zu bemerken, daß die Tätigkeit dieser

Damen sich auch auf solche Frauen und ihre Kinder erstreckt, die anständig sind, aber einer besonderen Pflege und Beaufsichtigung bedürfen.

Das Ergebnis der ganzen Tätigkeit nach dieser Richtung hin ist ein folgendes:

Es wurden 78 Personen in den Asylen und 77 kranke Personen in den Krankenhäusern untergebracht. Außerdem wurden von den Ärzten 78 kostenlose Konsultationen erwirkt. An Geldunterstützungen wurden 249,22 Rubel bewilligt, und außerdem noch 142 Kleidungsstücke sowie 923 Buns für Mahlzeiten verteilt. 202 Kinder wurden in den Asylen und in den Fürsorgeanstalten untergebracht. Mehrere Schüler und Schülerinnen wurden durch Vermittelung des Frauenschutzvereins vom Schulgelde befreit. Der Frauenschutzverein besitzt auch eine Reihe von Filialen in der Provinz, so z. B. in Czenstochau, Lodz, Petrikau, Sosnowitz, Radom, Warschau, Plock, Lublin, Kielce, Zyrardowo, und in Tomaszow Ramski. Auch dort war die Tätigkeit des Vereins überall erfolgreich.

9. Die Küche und das Teehaus für Personen aus den Kreisen der Intelligenz. Diese Institution verdankt ihre Entstehung den Bemühungen der Schwester Rzewuska. Im Teehaus wird außer Tee Kaffee und Milch, abends auch Suppe verabreicht. Die Zahl der Portionen steigt von Tag zu Tag, obwohl die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Lebensmittel immer größer werden. Gegenwärtig werden täglich außer Tee und Milch 1700 Portionen Suppe abends verabreicht. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden 12 384 Portionen überwiegend an die lernende Jugend kostenlos verteilt.
Kasimir Brownsford.

Nr. 268 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 4. Oktober 1917

beantwortet in einem Leitartikel die Frage, ob Litauen russisch werden solle, in folgenden Ausführungen: „Die Führer der russischen Revolution äußern sich im allgemeinen ungern in der Polenfrage. Mit dem Verlust von Polen haben sie sich schon insofern abgefunden, als die revolutionären Minister zwar unsere Unabhängigkeitsbestrebungen anerkennen, aber... nur soweit sie sich auf Kongreßpolen beziehen. Soeben hat der Minister des Auswärtigen, Tereschtschenko, die Frage klar und unzweideutig entschieden: Litauen soll eine autonome Provinz des republikanischen Rußlands bleiben...“. „Die Tendenzen einer solchen Einschränkung Polens sind nicht nur bei Russen vorhanden: Gewisse deutsche Kreise mit kaiserlichem Einschlag sind gleichfalls dazu bereit, sich nicht mehr mit Rußland auszusöhnen...“. „die Unabhängigkeitsbewegung in Polen steht grundsätzlich auf dem Standpunkte der polnisch-litauischen Union, die polnische Demokratie hält diese Union für eine geschichtliche Notwendigkeit... denn ohne diese Union würde Polen ein Staat zweiter Ordnung werden...“. „Ein Verzicht auf Litauen — zu Gunsten Rußlands — würde nur mit einem kurzen polnisch-russischen Waffenstillstand gleichbedeutend sein, nach dem ein Kampf unter viel schlimmeren Bedingungen für uns beginnen müßte. Ein Verzicht auf Litauen zu Gunsten unserer westlichen Nachbarn — würde einem allmählichen Aussterben des litauischen Volkes gleichen, das trotz vieler Gegensätze unser natürlicher Bundesgenosse ist und sein wird...“. „Auf die Absichten des revolutionären Rußlands müssen wir daher antworten: non possumus! — ebenso wie wir die Absichten des Zarats beantwortet haben. Mit dem Lösungsworte der Union ziehen wir gen Osten, wie es die Schöpfer des Jagellonischen Polens getan haben. Die Rolle des kleinpolnischen Adels, der die Union geschaffen hat, muß dabei der polnische Bauer und der polnische Arbeiter

übernehmen: ebenso wie der Adel muß die polnische Demokratie die dreieinige Republik schaffen!“

(Aus Nr. 222 des Warschauer Tagesberichts vom 11. Oktober 1917.)

Aus Nr. 456 des Czas (Krakau)
vom 3. Oktober 1917.

In Litauen.

Wilna, den 25. September.

Die Okkupationsbehörden haben den ersten Schritt auf dem Wege der Organisation Litauens als einer national litauischen Provinz gemacht. Prinz Leopold von Bayern hat nämlich als Oberbefehlshaber an der östlichen Front auf den Antrag des Fürsten Jsenburg einen litauischen Landesrat ernannt, der aus 20 Nationallitauern besteht. Dieser Landesrat soll von jetzt ab das ganze Land vertreten. Unter den Mitgliedern des Landesrates befindet sich auch Donat Malinauskas, in dem heute kaum jemand den Herrn Donat wiedererkennen würde, der noch unlängst Malinowski hieß und ein polnischer Politiker war. Ebenso ist Mitglied des Landesrates Herr Stanislaus Narutowicz, der in gleicher Weise noch vor kurzer Zeit als Pole galt. Soche Überraschungen kommen jedoch in Litauen hauptsächlich jetzt vor, seitdem die Okkupationsbehörden unter dem alldeutschen Regime des Fürsten Jsenburg die Litauer in demonstrativer Weise in ihre besondere Obhut genommen haben. Der litauische Landesrat soll zwar noch durch sechs Polen, Weißrussen und Juden verstärkt werden. Aber die Polen werden dem Landesrat überhaupt nicht beitreten, weil sie die Autorität einer so zusammengesetzten Körperschaft nicht anerkennen können. Ebenso wenig können sie sich damit einverstanden erklären, daß die Annahmen der Alllitauer sich sogar auf so überwiegend polnische Gebiete erstrecken, wie es das Gouvernement Wilna und Grodno ist. Umsoweniger können sie sich als Werkzeug für eine Politik gebrauchen lassen, die den Zweck verfolgt, Litauen von Polen für alle Zeiten zu trennen.

Die Okkupationsbehörden, mit dem Fürsten Jsenburg an der Spitze betreiben in Litauen, ohne sich um Berlin zu kümmern, ihre eigene Politik. Diese Politik ist entschieden gegen die Polen gerichtet. Sie versuchten nämlich schon anfangs eine weißruthenische Frage ins Leben zu rufen. Als jedoch die Propaganda des Blattes „Homam“ in dieser Hinsicht keinen Erfolg hatte, richteten sie ihr Augenmerk auf die Litauer. Hier war der Boden schon besser durch die alllitauischen Geistlichen vorbereitet, die unter der Führung des Bischofs von Samogitien, des Herrn Karolewicz, mit den wunderbarsten Ansprüchen an die Polen herantreten. Soweit sich diese Ansprüche der Litauer auf Samogitien (Gouvernement Rowno) und auf den nördlichen Teil des Gouvernements Suwalki beschränken, haben die Polen weder die Absicht, noch die Lust, mit den Litauern deswegen in einen Kampf zu treten. Ebenso wenig denken die Polen an eine Polonisierung der Litauer; aber sie werden es niemals zulassen, daß polnische Bauern auf eine künstliche Weise zu Litauern umgemodelt werden. Dazu zeigen aber die litauischen Geistlichen eine ausgesprochene Neigung. Die Anschauungen der Litauer in dieser Hinsicht sind überhaupt phantastisch. So schreiben sie z. B. in einer Denkschrift, die sie an die deutschen Behörden gerichtet haben: „Wir können die polonisierten Bewohner unseres Landes nicht als eine besondere Nation ansehen; wir betrachten sie vielmehr nur als ein schädliches Produkt des unglücklichen litauischen Volkes.“

Wie wenig berechtigt aber die Aspirationen der Litauer sind, zeigt die Statistik der Nationalitäten in der Diözese Wilna, zu der die Gouvernements Wilna und Grodno gehören.

Das Gouvernement Wilna wird nämlich überwiegend von einer polnischen Bevölkerung bewohnt. Diese Bevölkerung besteht nicht, wie die Alllitauer behaupten, aus polonisierten Litauern, sondern sie wohnt dort schon seit Jahrhunderten, zum Teil sogar seit der Zeit Gudymins. Über die Nationalität der Bevölkerung in Wilna selbst kann nicht der mindeste Zweifel bestehen: alle Zählungen nämlich, die, sei es von den Deutschen, sei es von den Russen durchgeführt wurden, haben den Nachweis geliefert, daß die Bevölkerung dieser Stadt nur aus Juden und Polen besteht. Gegenwärtig wohnen in Wilna über 75 000 Polen und 2 000 Litauer. Das selbe Nationalitätenverhältnis findet sich in den Kreisen südlich, östlich und nordöstlich der Stadt. Nur in den Dörfern, die an Samogitien grenzen, wohnt zum Teil litauische Bevölkerung. Trotzdem beschwerten sich aber schon vor dem Kriege die litauischen Geistlichen, deren es in der Diözese Wilna 200 gibt, unaufhörlich beim Konfistorium, sowie bei der russischen Regierung darüber, daß die litauische Sprache ebenso in den Predigten, wie in den Zusatzandachten zurückgesetzt werde. Um diese Beschwerden genau untersuchen zu können, hat im Jahre 1912 der Verweser der Diözese eine Zählung der Katholiken nach der Nationalität, und zwar hauptsächlich durch Vermittlung der Geistlichen vornehmen lassen. Diese Zählung wurde unter der Aufsicht der russischen Regierung vorgenommen und deswegen wohl mehr mit der Tendenz durchgeführt, die Zahl der Polen herabzusetzen. Darüber wachten übrigens peinlich auch die litauischen Geistlichen.

Trotzdem ist diese Zählung interessant und lehrreich genug, deswegen verlohnt es sich, einige Zahlen aus ihr hier mitzuteilen:

So wurden in den Pfarrgemeinden Wilnas einschließlich der Vorstädte 87 500 Polen und 2000 Litauer gezählt. Die Seelsorge wird für dieses Häuflein Litauer von 17 litauischen Geistlichen ausgeübt. Es entfallen somit auf jeden Pfarrer ungefähr 150 Pfarrkinder. Noch drastischer ist das Verhältnis in dem Dekanat Wilna (Land). Dort wurden nämlich 94000 Polen und 6400 Litauer gezählt. Die letzteren konzentrieren sich in drei Kirchengemeinden, nämlich in: Ezerwiath, Gadyjski und Musniki. Aber auch diese Zahl ist unzuverlässig, denn sie wurde von litauischen Pfarrern angegeben, die als polenfeindlich bekannt sind. In 17 Kirchengemeinden konnte überhaupt kein Litauer festgestellt werden, obwohl in vielen dieser Gemeinden die Pfarrer Litauer sind.

Im Dekanat Gedroje ist die Bevölkerung polnisch. In sämtlichen Kirchengemeinden fungieren aber dort litauische Geistliche, obwohl in einigen dieser Gemeinden die Mehrzahl der Bevölkerung polnisch ist. So gibt es in der Kirchengemeinde in Dubinka 3000 Polen und 1000 Litauer, in Podbrzesie 4500 Polen und 1500 Litauer. In Karwy gibt es überhaupt keinen Litauer. Am meisten litauisch sind die Dekanate Troki und Merez mit Ausnahme der Gemeinden: Troki, Landwarow und Polufny, wo es überhaupt keine Litauer gibt. Im ganzen wohnen in diesem Dekanat 70 000 Polen und 95 000 Litauer. Alle Pfarrer sind aber dort litauischer Nationalität. Das Dekanat Oszmiany ist ausschließlich und das Dekanat Wisniewo überwiegend polnisch. Von den 25 Pfarrgemeinden ist dort nur in zweien die Bevölkerung überwiegend litauisch. In 20 dieser Pfarrgemeinden gibt es überhaupt keine Litauer, und in dreien bilden sie nur eine verschwindende Minderheit. In Oszmiany, Holzowny, Krowo, Wisniewo und Kaliboki gibt es, um nur diese bekanntesten Gemeinden zu nennen, überhaupt keine Litauer. Dagegen ist das Dekanat Swieniziany, das an Samogitien grenzt, überwiegend litauisch. Andererseits befindet sich in den Dekanaten: Swir, Radzin, Dzisna, Lida und Wilejka kaum ein Häuflein Litauer. Die meisten Niederlassungen

sind hier (außer Juden) von Polen bewohnt. So zählt Swir 7000, Lida 17 000, Radzin 10 000, Warkoski 10 000, Luga 6000 und Dzisna 4000 Polen. In dem äußersten Grenzbezirk der Provinz, nämlich in Druja an der Düna wohnen 8000 Polen. Wieviel Kirchengemeinden gibt es aber in Westgalizien, die so viele Einwohner und darunter so viele Polen zählen?

In dem ganzen Gouvernement Wilna wurden rund 800 000 Polen und 220 000 Litauer gezählt. Im Gouvernement Grodno wies die Volkszählung 400 000 Polen und solche katholischen Weißrussen auf, die nur polnisch beten. Außerdem gibt es dort 1000 Litauer. Dagegen befinden sich unter den 443 Geistlichen, die in der ganzen Diözese d. h. in den beiden Gouvernements Wilna und Grodno beschäftigt sind, nicht weniger als 200 Litauer. Wir müssen jedoch hierbei gestehen, daß zum Teil wir selbst daran schuld sind, denn die samogitischen Bauernjöhne widmen sich in einer größeren Anzahl dem geistlichen Stande, als die polnische Bauernjugend. Deswegen leiden wir ständig unter dem Mangel an polnischen Geistlichen. Aus diesem Grunde ist auch beinahe die Hälfte der Seelsorger in den polnischen Pfarrgemeinden im Gouvernement Wilna litauisch.

Wenn wir aber einen Blick auf die Landkarte werfen und diese Karte dann mit dem Bevölkerungsnachweis vergleichen, so werden wir finden, daß von der Grenze Kongreßpolens über Bialystok, Grodno und Wilna bis nach Norden an die obere Düna sich ein Landstrich zieht, der fast ausschließlich von Polen bewohnt wird und zwar im Osten mit einem Beigemisch von Juden und Ruthenen, und im Westen mit einem Beigemisch von Litauern. Es ist dies ein Landstrich, der 450 Kilometer lang und 100—200 Kilometer breit ist. Dahinter liegt außerdem noch der polnische Teil des Gouvernements Minsk. Die polnische Bevölkerung beträgt in diesem Gouvernement 60—70 Prozent und verfügt über drei Viertel des gesamten Landbesitzes. Die Städte sind ausnahmslos in den Händen der Polen und der Juden. Außer diesem ethnographisch polnischen Gebiet gibt es noch einen bedeutenden Landstrich, wo die polnische Bevölkerung 10 bis 50 Prozent beträgt.

An diese Zahlen muß man also denken, wenn man die Politik der Okkupationsbehörden und die Annahmen der Litauer richtig bewerten will, die sogar Grodno und Wilna für sich in Anspruch nehmen wollen, Städte, wo überhaupt keine Litauer wohnen.

Aus Nr. 462 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 6. Oktober 1917.

Die Selbstverwaltung Litauens.

Die amtlichen Blätter der Militärverwaltung in Wilna und Romno bringen die Nachricht von der Einsetzung eines litauischen und eines kurländischen Landesrats und veröffentlichen die Zusammensetzung dieser Körperschaften. Es ist wahrscheinlich, daß dies die Folge eines Beschlusses ist, der im Hauptausschuß des deutschen Reichstages gefaßt worden ist, durch den der Weg der Mitwirkung der örtlichen Bevölkerung an der Verwaltung als der einzige Ausweg aus der politischen Lage anerkannt wird, die den Leitern der deutschen Reichspolitik viel zu schaffen machte. Die Tatsache, daß zwei solche Körperschaften geschaffen wurden, eine besondere für Kurland und eine besondere für Litauen, beweisen, daß die maßgebenden deutschen Kreise nicht die Absicht haben, das ganze okkupierte Gebiet östlich von Kongreßpolen zu einer einzigen Verwaltungseinheit mit gemeinsamer Leitung zu verschmelzen, die gemeinsam über ihr Schicksal entscheiden könnte. Die deutschen Behörden behalten anscheinend die territoriale Grenze bei, die zur Zeit der russischen Herrschaft vorhanden war, und führen, auf dieser „histo-

rischen Grundlage fußend, sie eine besondere Selbstverwaltung für Kurland und eine besondere für Litauen ein. Es ist möglich, daß für diese Einteilung auch der Umstand maßgebend war, daß Kurland hauptsächlich von Letten und deutschen Baronen, hingegen Litauen von der zwar verwandten aber doch anders gearteten litauischen, polnischen und weißrussischen Bevölkerung bewohnt wird.

Es ist gegenwärtig schwer zu beurteilen, wie weit die deutschen Behörden in der Verleihung der Selbstverwaltung an diese Gebiete zu gehen beabsichtigen. Der Beschluß des Hauptausschusses des deutschen Reichstags sprach von der Bildung selbständiger Staaten aus diesen Gebieten. Ähnlich drücken sich die mit den Statistiken liebäugenden „Leipziger Neuesten Nachrichten“ aus, die bei der Besprechung der Ernennung der beiden Selbstverwaltungskörperschaften die Bildung der selbstständigen Staaten Litauen und Kurland gutheißen. Der Bericht des amtlichen Wilnaer Blattes, der eine Beschreibung des feierlichen Empfangs des Landesrats beim Chef der Militärverwaltung in Wilna bringt und die Proklamation wiedergibt, enthält sehr wenig Einzelheiten. Die Vertreter der litauischen Bevölkerung erwähnten zwar die Hoffnung auf Bildung eines selbstständigen litauischen Staates auf nationaler Grundlage; ihre konkreten Forderungen aber faßten sie lediglich in die Worte zusammen: „Wir rechnen auf die Hilfe der Militärverwaltung, damit man noch im Laufe des Krieges das Elend der leidenden Bevölkerung lindern und an dem Wiederaufbau des Landes und seiner sozialen Wirtschaft arbeiten kann“. Außerdem wird nur noch der fromme und nicht näher bezeichnete Wunsch erwähnt, daß „allen Bewohnern unseres Landes diejenigen Rechte zu teil werden, deren sich die Bewohner kultivierter Länder schon längst erfreuen“. Das hier zum Ausdruck gekommene Programm spricht nur von wirtschaftlichen Angelegenheiten. Den politischen Aufbau des Staates erwähnte die Adresse der Litauer überhaupt nicht.

Wenn die Forderungen, die gegenüber der deutschen Militärverwaltung erhoben wurden, so bescheiden waren, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß das, was tatsächlich bewilligt wurde, noch bescheidener ist. Die Erklärung des Feldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern besagte nur, daß Deutschland bereit sei, an dem Wiederaufbau Litauens mitzuwirken und die einleitenden Arbeiten nach dieser Richtung hin in Gemeinschaft mit der örtlichen Bevölkerung aufzunehmen. Zu diesem Zwecke wird der litauische Landesrat ernannt. Von seinen Befugnissen wurde nur gesagt, daß er unter der Leitung der Militärverwaltung über die Grundlagen der zukünftigen Verwaltung und Wirtschaft Litauens beraten soll. Im übrigen soll Litauen ein kulturelles Land werden, das unter Beibehaltung der litauischen Eigenart allen seinen Bewohnern die Freiheit der Entwicklung und der Mitwirkung geben soll.

Ähnlich wie die Adresse der litauischen Abordnung legt auch also die Antwort des Prinzen Leopold von Bayern Nachdruck auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten Litauens. In diesem Sinne ist auch der Kommentar der „Wilnaer Zeitung“ geschrieben, der von der Fruchtbarkeit des litauischen Bodens und von der wachsenden landwirtschaftlichen Kultur spricht, je mehr man sich den Grenzen des Deutschen Reiches nähert. Das Blatt freut sich bei dem Gedanken an die gesunde Gegenseitigkeit, die zwischen Litauen und dem Deutschen Reiche entstehen wird, da Deutschland den Litauern die Mittel und Muster zur Hebung der landwirtschaftlichen Kultur liefern, Litauen hingegen in Deutschland Abnehmer für die Erzeugnisse seines Bodens finden wird. Von dem politischen Aufbau Litauens schweigt sowohl die Erklärung des Fürsten Leopold von Bayern, als auch der offizielle Kommentar in diskreter Weise.

Die Bildung des litauischen Landesrats können wir daher zunächst noch nicht als einen vollendeten politischen Akt ansehen, sondern als die Andeutung eines politischen Plans, dessen Verwirklichung der Zukunft überlassen wird. Es wiederholt sich das, was mit dem Königreich Polen geschehen ist, bei dessen Proklamation die deutschen Behörden noch keinen deutlich kristallisierten Plan hatten, was alle folgende Ereignisse nach sich zog. In dem Akt vom 23. September, der den Litauern mitgeteilt wurde, sind jedoch gewisse Grundlinien festgelegt, aus denen man die Richtung der zukünftigen Politik Deutschlands in Litauen folgern kann. Vor allem ist hier die Tatsache zu erwähnen, daß das litauische Element, das als das herrschende anerkannt wird, in den Vordergrund gestellt wird. Alle andern Nationalitäten werden in den Hintergrund gedrängt. Das kulturelle Land, das Litauen nach der offiziellen Erklärung werden soll, soll ihnen „freie Mitwirkung und Entwicklung“ gewähren.

Man weiß nicht, worin die freie „Mitwirkung“, die die andern Nationalitäten Litauens erhalten sollen, eigentlich bestehen soll. Aus dem Schlußsatz der Erklärung kann man höchstens folgern, daß es sich um eine Beteiligung an der Selbstverwaltung handelt, da der Leiter der Militärverwaltung in Wilna die Ergänzung des Landesrats durch Aufnahme von weiteren Mitgliedern angekündigt hat, unter denen sich auch Polen, Deutsche, Weißrussen und Juden befinden sollen. Diese amtliche Erklärung sagt nur soviel bestimmt, daß die Polen als politischer Faktor in Litauen auf die gleiche Stufe mit den Deutschen und Juden gestellt werden. Die deutsche Regierung hat durch die Ernennung der Mitglieder des litauischen Landesrats, zu dem lauter Litauer gehören, während die Vertreter anderer Nationalitäten erst später hinzugewählt werden sollen, fundgetan, daß sie dem neuen Selbstverwaltungsorganismus einen ausschließlich litauischen Charakter geben will, bei dem die anderen Nationalitäten kaum geduldet werden.

Wer Gelegenheit gehabt hat, die Statistik der Nationalitäten derjenigen Teile Litauens und Weißrusslands kennen zu lernen, die sich gegenwärtig in deutscher Hand befinden, der weiß genau, daß die Litauer darin kaum ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Wir erinnern an die bei uns gegen Ende des Monats abgedruckten Artikel über den polnischen Besitzstand in Litauen, aus denen sich ergibt, daß in der überwiegenden Mehrzahl dieser Kreise die Polen bezüglich des Grundbesitzes und der Bevölkerungszahl der stärkste Faktor sind. Daher entspricht der Zustand, der durch die litauische Proklamation vom 23. September geschaffen worden ist, durchaus nicht den tatsächlichen kulturellen und nationalen Verhältnissen in Litauen und muß die Unzufriedenheit sowohl der Polen als auch der Weißrussen erwecken, denen man eine untergeordnete Rolle zuerkannt hat.

Außerdem bleibt noch die Frage der politischen Aspirationen sowohl der Polen als auch der Weißrussen übrig, die durch den Akt vom 23. September stark berührt worden sind. Diese Aspirationen beziehen sich nicht nur auf die örtliche Bevölkerung Litauens, sondern auf die Interessen der gesamten Bevölkerung, die die Gebiete des ehemaligen polnischen Freistaates bewohnt.

Aus Nr. 236 des Głos Narodu (Krakau)
vom 7. Oktober 1917.

Litauen.

Deutschland schreitet weiter fort auf dem Wege, der zur Abgrenzung des Deutschen Reiches von Rußland durch eine Reihe von staatsrechtlichen Gebilden führt, die auf den durch die deutschen Heere von

Rußland losgerissenen Gebieten errichtet werden. Nach dem Königreich Polen ist die Reihe an Litauen und Kurland gekommen. Diese beiden Gebiete haben „Landesräte“ erhalten, die von der deutschen Okkupationsregierung eingesetzt wurden. In den amtlichen Kommentaren, die diese Operation begleiten, wird unterstrichen, daß es sich hier nicht um eine Einverleibung oder Annexion, sondern um eine „Angliederung“ handelt, bei der die neuentstandenen Gebilde eine mehr oder weniger umfassende Selbstverwaltung unter der Bedingung einer engen Verbindung mit dem Deutschen Reiche erhalten. Eine so verstandene „Angliederung“ läßt sich nach Ansicht der deutschen Presse mit einem Frieden „ohne Annexionen und ohne Entschädigungen“ vereinbaren.

Die Sache berührt unmittelbar die kulturellen Interessen Polens, die in diesen Gebieten, namentlich aber in Litauen, für uns eine erstklassige Bedeutung haben. Wir bringen im Nachstehenden den Verlauf der Ereignisse in Litauen und ihren Einfluß auf die erwähnten Interessen des polnischen Elements.

(Es folgt der Bericht über die Einsetzung des Landesrats durch den Prinzen Leopold von Bayern usw.)

Zur Vervollständigung muß man hinzufügen, daß jenes „Litauen“ des Landesrats das Gouvernement Grodno, die besetzten Kreise des Gouvernements Minsk, den Kreis Lida, das Gouvernement Wilna und natürlich die jenseits der Front befindlichen litauischen Gebiete nicht umfaßt.

Fürst Menburg hat angekündigt, daß in den Landesrat auch Vertreter der nationalen Minderheiten berufen werden. Eins von den litauischen Blättern, „Liet. Aidaz“, bezeichnet jetzt die Bedingungen, die seitens der Litauer von den Vertretern jener Minderheiten verlangt werden. Sie werden sich grundsätzlich mit den litauischen Zielen, d. h. mit der Schaffung eines litauischen Staates, einverstanden erklären müssen. Für ihre eigenen Nationalitäten dürfen sie nur den Grundsatz vertreten, daß sie bestrebt sein werden, „in dem auf neuen politischen Grundlagen aufgebauten Litauen ihre inneren Kulturbedürfnisse zu verteidigen“. Die zweite Bedingung ist die, daß sie die litauische Sprache beherrschen müssen, da „man nicht zulassen könne, daß sich die Litauer um der Minderheit willen einer fremden Sprache bedienen“.

Der Umfang der Betätigung des Landesrats ist noch nicht festgesetzt, und es ist auch noch nichts Positives darüber bekannt. Ebenso ist, im Grunde genommen, auch das Gebiet nicht bestimmt, das seiner Tätigkeit unterstehen soll. Nur aus den Stimmen der Presse und den gehaltenen Reden kann man folgern, daß das zukünftige Litauen das „ethnographische“ Litauen umfassen soll. Jedoch ist auch dieser Begriff nicht genügend umschrieben.

Ebenso ist nicht bekannt, wie sich die Deutschen die staatsrechtliche Stellung des neuen Gebildes denken. Die Litauer, oder besser gesagt: die litauischen Nationalisten, sprachen in ihrer Petition an die Okkupationsregierung von der „Bildung eines selbständigen Staates auf nationaler Grundlage“. In der Antwort des Prinzen Leopold von Bayern findet sich nur die Wendung über „die einleitenden Arbeiten zum Wiederaufbau Litauens“. Diese Wendung, die an die Leiden geknüpft wurde, die Litauen während des Krieges durchzumachen hat, lautete: „In dem festen Glauben an den Sieg ist Deutschland bereit, an dem Wiederaufbau Litauens mitzuwirken.“ Über die politische Stellung Litauens ist jedoch nichts Bestimmtes gesagt worden. Das Wort „Wiederaufbau“ kann aber auch nur die wirtschaftliche Arbeit bezeichnen. Zur Bildung eines litauischen Staates hat sich Deutschland demnach nicht verpflichtet, und

das, was jetzt geschehen ist, sieht eher nach einer Selbstverwaltung aus.

Diesen unklaren und lückenhaften tatsächlichen Zustand muß man bezüglich der Stellung der Polen vervollständigen. Diese haben, wie wir gemeldet haben, bereits wiederholt durch Erklärungen aller polnischen Parteien im Königreich und in Litauen ihre Meinung geäußert und sich für die Unabhängigkeit Litauens und eine Union mit dem unabhängigen Polen erklärt.

Plutus.

Aus Nr. 466 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 9. Oktober 1917.

Die Grenzen des selbständigen Litauens.

Die deutschen Okkupationsbehörden waren hinsichtlich der genauen Festlegung der Grenzen, die dem autonomen Litauen gesetzt werden, vorsichtig. Es wiederholt sich hier die Methode, die bei der Proklamation vom 5. November in der Angelegenheit des Königreichs Polen hinsichtlich der Grenzen desselben befolgt wurde. Zunächst kann man also nur annähernd bestimmen, welches Gebiet die Deutschen der Tätigkeit des litauischen Landesrats zu übergeben beabsichtigen.

Die gleichzeitige Bildung des Landesrats für Kurland hat von vornherein bei der eventuellen Bestimmung der Grenzen Litauens dieses Gebiet, das ebenfalls zum Erbe des ehemaligen polnischen Freistaates gehört, hiervon ausgeschlossen. Kurland wird im Sinne der Forderungen der deutschen Publizisten als ausschließliches Expansionsgebiet für Deutschland vorbehalten. Zu Mitgliedern des Landesrats von Kurland sind fast ausschließlich Vertreter der deutschen Barone Kurlands ernannt worden. Man hat ihnen zur Zierde zwei germanisierte lettische „Konzeptionschulzen“ hinzugefügt, die das ganze Volk der Letten vertreten sollen. — Jedoch sogar einer von diesen „Konzeptionschulzen“ hat sich zu einem Vorbehalt bezüglich der Grenzen des kurländischen Staates aufgeschwungen: indem er den Wunsch aussprach, daß der Rest des lettischen Volkes, der vorläufig noch durch den Kriegsfordon abgefordert ist, mit den Landsleuten vereinigt werde, denen ein glückliches Dasein in Verbindung mit dem Deutschen Reiche zugesichert worden ist. Man weiß nicht, ob dieser fromme Wunsch an die oberste deutsche Heeresleitung gerichtet war, damit diese für die Vereinigung des noch abgesonderten ethnographischen lettischen Gebietes Sorge, oder ob man darin einen Appell an den zukünftigen Friedenskongreß erblicken soll, auf dessen Tagesordnung demnach noch eine Frage, nämlich die lettische, erscheinen würde.

Das Telegramm, das von weißrussischen Politikern an den Hauptausschuß des deutschen Reichstages gerichtet und von dem weißrussischen Blatt „Soman“ veröffentlicht, jedoch angeblich von den deutschen Okkupationsbehörden inspiriert worden ist, drückt den frommen Wunsch aus, daß Kurland mit Litauen vereinigt werde. Der Standpunkt der Mehrheit des Reichstages in dieser Angelegenheit ist schwer vorauszu sehen, da Kurland absichtlich zu einer besonderen Selbstverwaltungseinheit gemacht worden ist, um die deutschen Interessen in diesem Lande zu begünstigen. Es scheint jedoch, daß die Letten dagegen protestieren werden. Zwischen den Letten und Litauern herrscht, obwohl sie mit einander verwandt sind, ein tiefer gegenseitiger Haß, der in der Verschiedenheit des Bekenntnisses seinen Grund hat und dauernd durch die nationale Begehrlichkeit der Litauer geführt wird. Die Letten sind fast ausschließlich protestantischen Bekenntnisses, während die Litauer Katholiken sind. Diesen Unterschied unterstreichen die Litauer in einem solchen Grade, daß sie alle Katholiken auf den litauischen Gebieten des ehemaligen polnischen Freistaates für

ihren eigenen nationalen Besitzstand in Anspruch nehmen.

Auf jeden Fall ist Kurland zunächst von der Rechnung ausgeschlossen. Jedoch auch andere litauische Gebiete des ehemaligen polnischen Freistaates gehören nicht ganz zu dem autonomen Litauen. Die Okkupationsbehörden machen hier, wie es scheint, einen Unterschied zwischen dem Gebiet, das der Okkupationsverwaltung in Wilna, und demjenigen, das der Verwaltung in Bialystok untersteht. Von dem Gebiete des neu entstehenden Litauens ist das ganze Gouvernement Grodno ausgeschlossen worden. Vom Gouvernement Wilna gehört der Kreis Lida nicht dazu. Über einen Teil zweier Kreise, die östlich von den Kreisen Wilna und Lida liegen und unmittelbar an die Kampffront grenzen, ist zunächst nichts bekannt. Es scheint, daß sie mit Rücksicht auf die nahe Kampffront ausschließlich der Militärverwaltung unterstellt bleiben. Das selbe gilt von Teilen des Gouvernements Minsk, die sich auf dieser Seite der Kampffront befinden, um so mehr als diese Teile an das Gouvernement Grodno grenzen, das zu dem von den deutschen Behörden gebildeten Litauen nicht gehört. Es würde daher innerhalb der Grenzen des autonomen Litauens das ganze Gouvernement Nowo, vom Gouvernement Wilna hingegen nur die Kreise Troki und Wilna liegen.

Aus diesen Tatsachen sind schon die Richtlinien zu ersehen, die von den deutschen Besetzungsbehörden bei der Schaffung des neuen Selbstverwaltungsgebildes befolgt wurden. Sie wollten augenscheinlich in den Grenzen des ethnographischen Litauens bleiben, natürlich in der Auffassung, die den politischen Interessen Deutschlands entspricht. Es ist möglich, daß diesem so aufgefaßten ethnographischen Gebiete Litauens die Deutschen auch noch die von Litauen bewohnten Kreise des Gouvernements Suwalki hinzufügen werden, die bekanntlich vom Königreich Polen abgesondert worden sind. Ob die Deutschen, die den Litauern bei der Vereinigung der litauischen ethnographischen Gebiete so eifrig behilflich sind, diesen Gebieten auch Teile von Ostpreußen hinzufügen werden, die von Kernlitauern bewohnt werden und bezüglich derer sie sich rühmen, daß sie ihre nationale Besonderheit erhalten haben und daß die Freiheit ihrer nationalen Entwicklung unter der deutschen Herrschaft gesichert war?

Eine solche Bestimmung der ethnographischen Grenzen Litauens durch die deutschen Okkupationsbehörden hat den Widerspruch der andern Nationalitäten hervorgerufen, die in Betracht kommen. Vor allem haben die Weißrussen Protest erhoben. Sie beklagen sich, daß ihr neun Millionenvolk, das so wie so schon durch die Kampflinie getrennt ist, jetzt eine zweite Teilung erfahren hat. Durch Trennung der Weißrussen, die diejenigen Teile des Gouvernements Wilna bewohnen, die man zu Litauen zugeschlagen hat, von den Weißrussen der übrigen Gebiete hat man die Weißrussen der Entnationalisierung durch die Litauer ausgesetzt. Die Weißrussen verlangen daher die Vereinigung von ganz Weißrußland, so weit es sich in deutscher Hand befindet, mit dem neugebildeten Litauen und Kurland, damit der neuerstehende Staatsorganismus den Zutritt zum Meere erlange.

Ein Ausdruck des Protestes gegen die Treibereien der litauischen Nationalisten war auch die Versammlung, die mit Genehmigung der Okkupationsbehörden nach Wilna einberufen wurde und über 1000 Personen im Saale des Arbeiterklubs vereinigte. Die Versammlung, in der natürlich die Polen überwogen, die in den Kreisen Wilna und Troki, vor allem in Wilna selbst das herrschende Element bilden, vereinigte auch die Juden, Weißrussen und sogar einen Teil der litauischen Arbeiter um nachstehenden Beschluß:

„Die Versammelten gehen von der Überzeugung aus, daß nur die politische Selbständigkeit

Litauens und die Gestaltung der inneren Verhältnisse auf der Grundlage wahrhaft demokratischer Grundsätze imstande ist, unser Land aus dem Verfall zu retten und ihm die besten Vorbedingungen für die Entwicklung seiner schöpferischen Kräfte, für die Hebung der Wohlfahrt und die geistige Befriedigung der nationalen und kulturellen Bedürfnisse aller Nationalitäten zu sichern, die Litauen bewohnen, nämlich der Polen, Litauer, Weißrussen und Juden. Die Versammelten drücken ihre vollständige Solidarität mit den Losungen der europäischen Demokratie aus, in deren Sinne der gegenwärtige Krieg allen Ländern und Völkern das Recht der Selbstbestimmung über ihr Schicksal sichern müßte. Die Versammelten bemerken schließlich mit voller Entschiedenheit, daß über das zukünftige Schicksal Litauens, seine innere Gestaltung und seine Beziehungen zu den benachbarten Staaten und den Grundlagen des Zusammenlebens mit den benachbarten Ländern lediglich eine Konstituante Litauens entscheiden kann, die von der gesamten Bevölkerung der litauisch-weißrussischen Gebiete ohne Unterschied der Nationalität, des Bekenntnisses und des Geschlechts auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen und proportionalen Wahlrechts gewählt würde. Die Versammelten legen entschieden Protest gegen alle Versuche ein, sich die obersten Rechte der Vertretung des Landes anzueignen, von welcher Seite sie auch kommen mögen.“

Diese Entschliebung hat also die Gelüste der litauischen Nationalisten entschieden abgefertigt und sollte die politischen deutschen Faktoren darüber belehren, welches der eigentliche Wille des Volkes ist. Ob die deutschen Politiker diese Lehre beherzigen werden? Wenig Hoffnung nach dieser Richtung hin erwecken die Stimmen gewisser Zeitungen, wie z. B. der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die sich bei der Nachricht über die Selbstverwaltung Litauens und Kurlands darüber freuen, daß Polen auf dieser Weise vom Meere abgeschlossen wird. Für Polen kann der Zutritt zum Meere auf keinen Fall über Kurland und Litauen gehen. Darüber können sich gewisse deutsche Politiker beruhigen. Es zeigt sich jedoch, daß sogar auch diese politischen Pläne, mit denen die Alldeutschen operieren, nicht ihr Eigentum sind. Sie sind einfach der Entente entlehnt. Wie die Entente in der Flut ihrer politischen Absichten endlos von der Zerlegung Deutschlands und Österreich-Ungarns in eine Reihe kleiner Staaten phantasierte, die keine politische Kraft hätten und daher nichts bedeuten würden, so wollen auch die Deutschen gegenwärtig mit den Gebieten des ehemaligen polnischen Freistaates verfahren. Der politische Erfindungsgeist der Alldeutschen läßt daher viel zu wünschen übrig.

Aus Nr. 235 des Głos Narodu (Kraakau)
vom 6. Oktober 1917.

Eine Volksabstimmung in der Angelegenheit des Chelmer Landes.

Der Streit um das Chelmer Grenzland, der seit langem zwischen Polen und Rußland, gegenwärtig zwischen den Polen und den Ruthenen geführt wird, häuft immer mehr Material zum Beweise dafür auf, daß auf polnischer Seite nicht eroberungsfüchtige Angriffsucht im Spiele ist, sondern eine tatsächliche Berechtigung, die sich auf die Bevölkerungsverhältnisse stützt. Zu den bisherigen Beweisen in dieser Angelegenheit muß man noch die Entschliebung der Bevölkerung des Kreises Tomaszow hinzufügen, die deshalb besondere Aufmerksamkeit verdient, weil ihre Verfasser die Entscheidung des Streites über das Chelmer Land mit Hilfe einer allgemeinen Volksabstimmung vorschlagen. Es ist leicht zu verstehen, daß, wenn die Chelmer Polen den geringsten Zweifel über das Ergebnis der Volks-

abstimmung hegten, sie ganz gewiß gegen die Anwendung dieses Mittels wäre und es um so weniger selber vorschlagen würden.

Die Entschließung von Tomaszow lautet:

Die in der Versammlung in Rachanie vereinigte Geistlichkeit und Bevölkerung von Stadt und Land des Kreises Tomaszow im Lubliner Land, als alt-eingeseßene Bevölkerung eines der künstlich im Jahre 1912 dem sogenannten „Chelmer Lande“ eingefügten Kreises, konstatieren infolge der dauernd sich wiederholenden Ansprüche in den Zeitungen auf dieser Seite der Front in Erklärungen der verschiedenen leitenden Persönlichkeiten auf der andern Seite der Front und schließlich infolge der Erklärung des Klubs der Ukrainer im österreichischen Parlament vom 30. Mai d. J. folgendes:

1. Den Akt der Absonderung des Chelmer Landes hat die große Mehrheit der ortsansässigen Bevölkerung von Anfang an als einen Gewaltakt der früheren russischen Regierung aufgefaßt.

2. Alle Anschläge der Ukrainer auf unseren Kreis müssen wir für eine Provokation halten, da ihre Propaganda bei uns infolge des Fehlens des ukrainischen Elements in unserem Kreise keine realen Grundlagen hat und die künstlich in perfider Weise im Jahre 1914 geschaffene orthodoxe Minderheit zugleich mit den sich zurückziehenden russischen Heeren unseren Kreis verlassen hat.

3. In Anbetracht der immer deutlicher hervortretenden Tatsache, daß der gegenwärtige Krieg den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker in den Vordergrund gestellt hat, wollen wir unseren Kreis gern einer allgemeinen Volksabstimmung unterziehen, durch die unsere staatliche Zugehörigkeit entschieden werden soll.

4. Im Vertrauen auf unsere Jahrhunderte alte Kultur erwarten wir, ohne uns von chauvinistischen nationalen Grundsätzen leiten zu lassen, mit Ruhe die Rückkehr der evakuierten Bevölkerung, die wir gerecht als Nachbarn behandeln wollen, die die Minderheit bilden.

Unsere Übereinstimmung mit obigem Beschluß bestätigen wir durch eigenhändige Unterschrift. — Es folgen zahlreiche Unterschriften.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 253 des Glas Narodu (Kraut)
vom 6. Oktober 1917.

„Zum ewigen Frieden.“

Die Rede des Grafen Czernin, die er bei Gelegenheit des Besuchs in Budapest hielt, könnte man mit obigem Titel bezeichnen; denn der österreichisch-ungarische Minister des Außern hat vor den Hörern tatsächlich ein Bild des ewigen Friedens gemalt, an den Kant in seinen Bemerkungen „Zum ewigen Frieden“ dachte. Die Staaten müßten darauf verzichten, Streitigkeiten mit dem Schwerte in der Hand zum Austrag zu bringen. Die Protokolle der internationalen Schiedsgerichte müßten an Stelle der Generalsabstatten treten. Die Heere sollen verschwinden. Unter internationaler Aufsicht soll überall und gleichzeitig eine allgemeine Abrüstung erfolgen. Die Freiheit der Meere ist zu sichern. Alsdann wird es möglich sein, die strittigen Fragen auf dem Wege der Verständigung zu erledigen und einen Frieden zu schließen, der nicht die Keime der Wiedervergeltung in sich bergen und die Veranlassung zu einem neuen Kriege geben würde.

Nicht nur in der Philosophie ist also, wie wir sehen, die Losung: „Zurück zu Kant!“ zur Herrschaft gelangt. Vom Grafen Czernin ist ein Grundsatz aufgestellt worden, der die Achse der Gedankengänge des Königsberger Philosophen bildet, daß nämlich der Friede keine Keime eines künftigen Krieges in sich bergen sollte. Ein solcher Frieden würde nicht nur dem Kriege, sondern auch den Kriegen überhaupt ein Ende machen. Von einem solchen Frieden sprach zuerst Amerika durch den Mund der Liga zur Erzwinning des Friedens, deren Ziele von Wilson unterstützt wurden, so lange er nicht selber in den Krieg eintrat, und noch vor einigen Tagen Asquith in der Versammlung in Leeds. Die beiden kämpfenden Parteien, die Entente und der Block der Mittelmächte, sind in den Gedanken eins, daß dieser Krieg der letzte sein müßte. Nur über den politischen Zustand der Welt, der durch diesen ewigen Frieden befestigt werden soll, gehen ihre Ansichten auseinander.

Wir sehen dies an den Gegensätzen in den Auffassungen des Herrn Asquith und des Grafen Czernin. Der Leiter der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns stellt fest, daß, wenn die Entente sich mit der internationalen Abrüstung und den Schiedsgerichten einverstanden erklären sollte, der Donaumonarchie keine Gefahr drohen und diese daher auf territoriale Sicherungen und Vergrößerungen ihres Gebiets verzichten könnte, natürlich unter der Bedingung, daß der Feind ihr Gebiet vollständig räumen würde. Wenn man den Sinn dieses Satzes untersucht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Österreich-Ungarn bereit ist, den Frieden auf Grund des status quo ante bellum zu schließen, wenn dieser Zustand durch den ewigen Frieden gesichert wird. Wir werden diese Frage nicht unter dem Gesichtswinkel der politischen Frage analysieren, die dadurch in so hohem Grade berührt wird. Es genügt festzustellen, daß zwischen dem Grafen Czernin und Herrn Asquith, der die Anschauungen der Entente zum Ausdruck brachte, der schärfste Gegensatz besteht. Denn der englische Politiker hat ausdrücklich hervorgehoben, daß das Kriegsziel der Entente nicht die Wiedereinführung des status quo ante bellum, und auch nicht des früheren „europäischen Gleichgewichts“ ist, sondern die Erzielung dieses alten Zustandes durch ein neues System, in dem große und kleine Staaten Platz finden würden und das ihnen „Gefahrlosigkeit und freie Entwicklung“ sichern würde. Damit keine Zweifel möglich seien, zählte Herr Asquith alle Veränderungen auf, die seiner Ansicht nach erfolgen müßten. Er erinnerte an Elsaß-Lothringen, Polen und Belgien und die Südslaven, ohne die „längst fälligen italienischen und rumänischen Ansprüche“ zu übergehen. Der Bau muß einstürzen, — rief er aus —, zu dem der Wiener Kongreß das Fundament gelegt hat. Auf seinen Trümmern soll das Gebäude der neuen Welt, vor allem aber das neue Europa erstehen.

Der Unterschied zwischen diesem Kriegsziel und dem status quo, den Graf Czernin vorschlägt, ist ein zu deutlicher, als daß man ihn zu unterstreichen brauchte. Graf Czernin hat daher auch den Zweifel zum Ausdruck gebracht, ob die Entente zu einem Frieden auf dieser Grundlage geneigt sein wird. Er fügte hinzu — um seine Forderungen stärker zu betonen —, daß Österreich-Ungarn gegenwärtig die von ihm angegebenen Bedingungen stellt; wenn diese jedoch abgelehnt werden sollten, behält sich Österreich-Ungarn freie Hand vor, d. h. eine Änderung derselben. Man kann also schwerlich hoffen, daß sich die Wünsche derjenigen erfüllen werden, die einen baldigen Frieden schließen möchten, wenn er sich auf Grund von Bedingungen schließen ließe, die von dem Grafen Czernin genannt worden sind. In den Augen der Entente, besonders in den Augen Englands und Amerikas,

war der status quo ante bellum die Ursache des heutigen Krieges. Er hat die Keime der Krankheit erzeugt, die heute die ganze Welt erschüttert. Mit dem Bestehen dieser Auffassung muß man leider rechnen, wie aus der Rede des Herrn Asquith hervorgeht, wie auch damit, daß die Entente erst dann davon zurücktreten wird, wenn sie sich überzeugen sollte, daß sie sich in der Praxis nicht durchführen läßt, d. h. wenn es ihr in unwiderruflicher Weise zum Bewußtsein gebracht werden sollte, daß der weitere Krieg sie dem Ziele nicht näher bringt, das hinter dem eisernen Walle verborgen ist, der die Mittelmächte umgibt, hinter dem Walle, an dem seit 3 Jahren die Anstrengungen des Gegners zerschellen.

Aus Nr. 227. des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 9. Oktober 1917.

Nach der Rede des Grafen Czernin.

... In der Rede des Grafen Czernin fehlt eine nähere Umschreibung der Stellungnahme zu der Frage des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Völker, das die Entente als eins der Kriegsziele hervorgehoben hat. Augenscheinlich glaubt Graf Czernin, daß diese verwickelte Angelegenheit zu den Hauptfriedenszielen nicht gehöre, zumal sie für einige Staaten der Entente eine heisse Sache ist. Wenn sich aber die zukünftige Weltordnung auf die Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit stützen soll, dann muß auch diese schwierige Frage in einer höchst befriedigenden Weise geregelt werden, — und zwar im Interesse eines dauernden Friedens, den alle fordern. Das ist eine Lücke in der Rede, die von den Gegnern sicherlich ausgenutzt werden wird.

Aus Nr. 462 des Czas (Kraufau)
vom 6. Oktober 1917.

Aus dem Polnischen Klub.

In einem Gespräch mit dem Berichterstatter des Pester Lloyd, das in den nächsten Tagen veröffentlicht werden soll, hat der Abg. Glabinski — nach einem Bericht „des Ill. Kurjer Codz“. — gewisse Aufklärungen über die Stellung des Polnischen Klubs zur Regierung gegeben. Dr. Glabinski soll folgendes erklärt haben:

„Es ist nicht wahr, daß wir gegenüber dem Staate oder der gegenwärtigen Regierung eine oppositionelle Haltung einnehmen. Der Klub hat bekanntlich sein nationales Programm festgelegt, das eine Vereinigung der polnischen Gebiete zu einem unabhängigen polnischen Staate anstrebt. Wir glaubten, daß der Monarch und die Dynastie uns auf der Friedenskonferenz bei der Verwirklichung dieses Programms behilflich sein werden. Dieses Programm hindert jedoch nicht, sowohl den Staat als auch die Regierung in Österreich zu unterstützen, wenn unsere Forderungen erfüllt werden. Die Forderungen der Polen konzentrieren sich in dem Wunsche, daß während des Krieges Galizien und das polnische Volk von seiten der Militärbehörden, der Obersten Heeresleitung und der Regierung als gleichberechtigt mit den anderen Völkern und Landesteilen anerkannt werden; der Polnische Klub hat der Regierung seine Forderungen in diesem Sinne vorgelegt. Jetzt ist es Sache der Regierung, diese Forderungen zu erfüllen.“

Diese Erklärung scheint darauf hinzuweisen, daß man nach Ansicht des Herrn Glabinski gegenwärtig den Boden der Maibeschlüsse verlassen müsse. Nur so kann man nämlich den letzten Absatz verstehen, nach dem die Unterstützung des Kabinetts von der wohlwollenden Behandlung Galiziens abhängig zu machen wäre, also von der Erfüllung derjenigen realen For-

derungen, die man schon im Mai hätte erlangen können. Dem gegenüber ist es sonderbar, warum Herr Glabinski, der gegenüber dem Berichterstatter des Pester Lloyd eine solche Haltung einnimmt, so lange zur Verbreitung der Auffassung im Lande beigetragen hat, daß der Klub vor allem nach der Verwirklichung der „Vereinigung“ streben und davon keine Politik gegenüber dem Staate abhängig machen müßte. Man kann auch verstehen, warum seine Partei eine direkt entgegengesetzte Auffassung der Maibeschlüsse unterstützt, wie sie durch die Lausanner Agentur oder durch die Versammlung in Moskau verbreitet wird.

Aus Nr. 466 des Czas (Kraufau)
vom 9. Oktober 1917.

Graf Andrássy über den Frieden und Polen.

Graf Julius Andrássy konstatiert in einem Artikel unter dem Titel: „Krieg und Frieden“ im Magyar Hirlap vom 1. d. M. unter anderm, daß das unbedingte Festhalten an der Lösung des Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen für die Monarchie unmöglich sei. Er schreibt: Der entscheidende Grund dagegen, daß wir uns grundsätzlich an einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen binden, ist die Tatsache, daß die Wiedereinführung des status quo ante bellum weder im Interesse des zukünftigen Friedens, noch in demjenigen Europas oder im unsrigen liegt. Nur zwei Beispiele will ich anführen die beweisen, daß der frühere Zustand nicht den Interessen der Zukunft entspricht. Das eine davon ist die polnische Frage, die nicht auf dem Standpunkte bleiben kann, auf dem sie vor dem Kriege gewesen ist. Polen kann nicht in drei Teile getrennt und ohne ein selbständiges Dasein bleiben. Nach dieser Richtung hin gibt es unter den feindlichen Mächten keine Meinungsverschiedenheiten. Persönlich bin ich überzeugt, daß das Interesse Polens, Europas und der Mittelmächte erfordert, daß das Königreich Polen (Russisch Polen) mit Galizien vereinigt und als besonderes Staatswesen ein Teil der Habsburger Monarchie werde. Wie man jedoch auch über diese Einzelheit denken möge, so ist es Tatsache, daß die Wiedereinführung der alten Grenzen schon infolge dieser einen Frage unmöglich geworden ist. Auch auf dem Balkan kann der frühere Zustand nicht wieder eingeführt werden. Es ist unmöglich, daß das besiegte Serbien Mazedonien zurückhalte und das siegreiche Bulgarien es verliere. Dies würde einen neuen Krieg in nicht allzu ferner Zukunft bedeuten.

Aus Nr. 229 des Napród (Kraufau)
vom 5. Oktober 1917.

Die Versammlung der Liga der Unabhängigkeit Polens.

Die parteilose Gruppe der für die Unabhängigkeit eintretenden Elemente, die Liga der Unabhängigkeit Polens, die schon seit einem Jahre tätig ist, hat am 28. v. M. eine Versammlung abgehalten, an der Abgeordnete aus allen Teilen des Landes, wie auch Gäste aus Warschau und aus dem Gebiete der österreichischen Okkupation teilnahmen.

Nach Entgegennahme der Berichte der Vertreter und einer erschöpfenden Aussprache über die gegenwärtige politische Lage stellte die Versammlung fest, daß die Richtung der Tätigkeit der Liga vollständig den Beschlüssen der Abgeordneten vom 28. Mai dieses Jahres entsprach, die gegenwärtig zum Hauptgrundsatz des Programms der Liga erhoben werden.

Im Sinne der Berichte und der Aussprache stellte man folgende Richtlinien für die Zukunft auf:

1. Im Sinne des Hauptgrundsatzes des Programms der Liga der Unabhängigkeit Polens stellt die Versammlung fest, daß das Streben nach der Unabhängigkeit des polnischen Staates (Zensurlücke) heute das Ziel und der Wille des ganzen polnischen Volkes ist. Sie verlangt daher, daß die Vertretungen des Landes, der Polnische Klub und der Landtagsklub, die durch ihre Beschlüsse vom 16. und 28. Mai vor der ganzen Welt dieser Forderung Ausdruck gegeben haben, kräftig und unerschütterlich an ihnen festhalten und sich in ihrer Tätigkeit nach ihnen richten.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß man sich bei dem Streben nach Verwirklichung dieser Forderung in erster Linie auf die eignen Kräfte des Volkes und auf die breiten Massen stützen muß. Die Versammlung verlangt von der Vertretung des Landes die Führung einer selbständigen polnischen Politik, die sich lediglich auf den Grundsatz der polnischen Staatsinteressen stützt, eine Politik der Klarheit in der Formulierung der Forderungen des Volkes und der Gestaltung seines Verhältnisses zu den äußeren Faktoren.

2. Die Versammlung steht auf dem Standpunkte, daß das mit Polen geschichtlich verbundene Litauen, das in ethnographischer Beziehung zum großen Teil polnisch ist, als ein unabhängiger Staat entstehen sollte, der mit Polen durch das traditionelle Band einer freiwilligen Union verbunden wäre. Das Verhältnis der andern nationalen Minderheiten in Polen, die in gewissen Gebieten im zukünftigen polnischen Staate die ethnographische Mehrheit bilden, muß durch den Grundsatz der allseitigen Gleichberechtigung unter Anerkennung der Rechte der nationalen Minderheiten geregelt werden.

3. Die Versammlung hält dafür, daß das Streben nach der Schaffung einer wirklichen Regierung im Königreich Polen mit der Forderung des Volkes nach der Vereinigung und Unabhängigkeit nicht im Widerspruch steht und nur eine Etappe auf diesem Wege ist. Jedoch stellt sie fest (Zensurlücke), daß nur eine schöpferische Politik vollzogener Tatsachen das Volk während des Krieges diesem Ziele näher bringen kann.

4. Die Versammlung stellt fest, daß die Politik des Obersten Nationalkomitees heute der politischen Richtlinie des ganzen Volkes und der Volksvertretung, wie auch der Idee des polnischen Heeres und dem Geiste der polnischen Legionen, deren politischer Vertreter das D. N. K. sein will, nicht entspricht. Sie hält daher das weitere Bestehen dieses Komitees für die polnische Sache für schädlich und verlangt seine baldige Auflösung.

5. Die Versammlung stellt fest, daß das ganze Leben und die Tätigkeit Joseph Pilsudskis eine zusammenhängende Kette der uneigennützigsten Hingabe an die Sache der Unabhängigkeit des Volkes war. (Zensurlücke.) (Der weitere Teil der Entschließung betrifft die Frage der Haftentlassung des Kommandanten.)

6. Die Versammlung fordert vom polnischen Klub eine tatkräftige Intervention beim Minister des Äußeren zu Gunsten der Entlassung der polnischen Soldaten in Szecyporno, Benjaminowo und Havelberg. Die Versammlung fordert die Anhänger der Liga zu einer tätigen Aktion in den Komitees für die Internierten auf.

7. und 8. Diese beiden Beschlüsse sind den Angelegenheiten der Legionen gewidmet.

Die Beschlüsse wurden durch Zuruf angenommen.

Die Versammlung beauftragte ihr Mitglied, den Abg. Eliwinski, obige Beschlüsse dem polnischen Klub vorzulegen.

Nach der Annahme einiger anderen aktuellen Anträge schritt man zur Wahl des Zentralkomitees. (Es folgen die Namen der Gewählten.)

Aus Nr. 466 des Czas (Krakau)

vom 9. Oktober 1917.

Bischof Pelczar an die Legionen.

Przemysl, den 7. Oktober.

Am Sonntag, den 7. d. M. fand in der Kirche in Rakonczyce, wo ein Teil der Legionen steht, ein feierlicher Gottesdienst statt, der von dem Bischof Pelczar aus Przemysl abgehalten wurde. Nach der Messe betrat der Herr Bischof in Pontificalgewändern die Kanzel und hielt an die versammelten Soldaten und Offiziere eine feierliche Ansprache, die infolge der darin ausgesprochenen Gedanken zu einer bedeutungsvollen Kundgebung seitens des hervorragenden kirchlichen Würdeträgers wurde. Der Hauptinhalt seiner Ausführungen ist folgender:

„Als vor drei Jahren die Legionen entstanden, segnete das ganze Volk die ins Feld rückende Jugend, indem es mit Recht in den Legionen die Verkörperung seines Strebens nach Freiheit sah. Die Legionen sind in der Monarchie entstanden, die den Polen die meisten Freiheiten gewährte, und diese Freiheiten gestatteten dem Volke, das anderswo stark unterdrückt wurde, eine rund hundertjährige Sklaverei zu überdauern, gestatteten den Augenblick zu erleben, wo dank den Verdiensten der Legionen die Polen ihre Regierung und ihr Heer organisieren können. Nicht nur das Gefühl der Dankbarkeit, sondern auch der Verstand selbst läßt für den entstehenden Staat eine Stütze in den Mächten suchen, die mit der Wiedererstehung Polens einverstanden sind. Die Waffen der Legionen waren gegen Rußland gerichtet, das Polen die schwersten Schläge versetzt hatte und das namentlich nach den blutig unterdrückten Aufständen es am schrecklichsten verfolgte. Gegenwärtig fehlt es auch dort nicht an Versprechungen; jedoch die Verbindung mit Rußland wäre ein Triumph des Panislawismus. Die Verbindung mit Rußland, dem zarischen wie dem revolutionären, ist eine Vergiftung des nationalen Geistes und der Untergang Polens.“

Die Hoffnungen, die das Volk in die Legionen setzte, haben nicht getäuscht. Sie haben dem Ruhm der polnischen Waffen neuen Glanz verliehen. Ewig wird das Volk das Andenken der gefallenen Helden in Ehren halten und allen, die ihre Mühen dem Vaterlande als Opfer dargebracht haben, Dank zollen. Es ist zwar schade um die Jugend, die vorzeitig den Tod gefunden hat; aber nichts läßt sich ohne Opfer erringen, und die Opfer haben sich schon jetzt als reich an Erfolgen erwiesen. Mit Hilfe der Legionen sollte ein polnisches Heer entstehen, das die wiedererrungene Freiheit des Vaterlandes verteidigen würde. Dieser Gedanke wurde jedoch verzerrt, indem durch das Politisieren der Keim des Aufruhrs in die Legionen hineingetragen wurde. Denjenigen, die an der Fahne festhielten, sei der Dank des Volkes und Gottes Segen zuteil. Man darf die Hoffnung nicht verlieren, daß aus dem gesunden Stamm der Legionen der prächtige Baum eines zahlreichen und stattlichen polnischen Heeres hervorgehen wird. Die Legionenabteilungen, die ausgeharrt haben, sind würdige Nachfolger des polnischen Rittertums, das bei Grunwald, Kirchholm, Wien und am Alaraberge den Glauben und das Vaterland verteidigte. Die Soldaten mußten in den glänzenden Beispielen der Geschichte ihres Vaterlandes ihre Vorbilder suchen.

Falsche Patrioten bemühen sich, den polnischen Soldaten vom Wege des Gehorsams und der Pflicht abzubringen, ohne darauf zu achten, daß nur der gehorsame Soldat siegt, während ein ungehorsames

Heer, wie es sich in Rußland gezeigt hat, im Kampfe flieht. In Polen ist der Mangel an Disziplin schon lange eine Plage des Volkes. Die Konföderationen und Auflehnungen des Adels und die militärischen Aufrühre haben viel Unglück über das Vaterland gebracht. Die Unfreiheit hat den Fehler des mangelnden Gehorsams und der fehlenden Subordination in den Polen nicht ausgerottet. Der Pole will nicht gemeiner Soldat, sondern Führer sein. Die Legionäre, die gehorsam unter der Führung ihrer Kommandanten ausgeharrt haben, haben dem ganzen Volke ein erbauliches Beispiel gegeben. Das Vaterland wird ihnen dankbar sein."

Der Bischof erteilte darauf den knieenden Legionären den Segen. Mit dem Absingen der Nationalhymne nahm diese soldatische, bescheidene, aber erhebende Feier ihr Ende.

Nus Nr. 231 des Kraj (Vijša i. P.)

vom 10. Oktober 1917.

Ausflüchte.

Das Patent vom 12. September, auf Grund dessen der polnische Staat ein sichtbares Oberhaupt, nämlich den Regentschaftsrat, erhalten und durch welches dem polnischen Staate die Exekutivgewalt — in die Hände eines polnischen Ministeriums — übertragen werden soll, wurde in allen polnischen Landesteilen mit Zuerst und Freude begrüßt. Sogar in denjenigen Mittelpunkten des öffentlichen Lebens, in denen bis dahin die Politik der Aktivisten nur skeptisch beurteilt wurde, wurden schon viele Stimmen laut, welche die Bedeutung dieses Patentes ohne jeden Vorbehalt anerkannten. Die polnische Presse aller Richtungen hat auch sonst ausnahmslos festgestellt, daß das ganze polnische Volk sich jetzt vereinigen mußte, um an der Verwirklichung dieses Patents mitzuwirken.

Eine solche allgemeine Zustimmung und einmütige Anerkennung des von den Mittelmächten veröffentlichten Patents mißfiel jedoch der Nationaldemokratie. In ihrem Herzen regte sich nämlich die übrigens berechtigte Befürchtung, es könnte dadurch ihr eigenes Verhältnis zu den anderen nationalen Parteien leiden, denn diese Parteien müßten sich jetzt schon folgendes sagen: Da, wie es bis dahin der Fall war, gerade diejenige Politik, die der Politik der Nationaldemokratie sich entgegengestellt hat, der polnischen Sache wirkliche Vorteile brachte, so darf man sich mit der Nationaldemokratie nicht auf Tod und Leben verbrüdern, denn das würde der polnischen Sache keinen Nutzen bringen; daß solche Befürchtungen aber berechtigt waren, zeigen der Austritt der polnischen Realisten aus dem Nationalkomitee in Petersburg, sowie die Spaltung in dem Zwischenparteilichen Verband in Warschau. Diese beiden Tatsachen sind vom nationalen Standpunkt als etwas Erfreuliches zu begrüßen. Für die Nationaldemokraten waren sie jedoch keineswegs angenehm.

Die Nationaldemokratie geriet jetzt in eine schwierige Lage. Sie durfte nämlich die Bedeutung des Septemberpatents nicht mehr leugnen. Dafür war es schon zu spät. Ein solches Leugnen hätte nämlich im Lande keinen Effekt mehr gemacht. Man hätte darüber nur die Achseln gezuckt. Ein bescheidener Versuch in dieser Richtung wurde allerdings in dem Zwischenparteilichen Verband gemacht, aber er mißlang vollständig. Denn an der Tatsache des Patents konnte nicht mehr gerüttelt werden, und das Land hat die Bedeutung dieses Patents begriffen. Damit mußte die Nationaldemokratie nun einmal rechnen. Wenn sie also die Einflüsse und das Ansehen ihrer Partei noch retten wollte, so mußte sie einen anderen Weg dazu suchen.

Und diesen Weg hat einer der Führer der Nationaldemokratie, Herr Professor Grabski in Petersburg, gefunden, der früher der Führer des Abzweigs der Nationaldemokratie in Galizien war. Wenigstens war er überzeugt, einen solchen Weg gefunden zu haben. Er hat nämlich in der letzten Zeit in dem Petersburger „Dziennik Polski“, einem Organ des Oberrats derjenigen Gruppe, die sich noch unlängst zwischenparteilich nannte, einen Artikel veröffentlicht, der ganz ausdrücklich den Zweck verfolgte, die nationaldemokratische Presse im Lande darüber aufzuklären, in welchem Geiste sie sich über das Septembermanifest und über die Einberufung eines Regentschaftsrates äußern sollte. Herr Grabski leugnet in seinem Artikel die Bedeutung des Patents nicht. Im Gegenteil, er hat nur Worte der Anerkennung für dieses Patent. Er hat aber dabei auch nicht vergessen, daß die Nationaldemokratie früher gegen den Akt des 5. November protestiert hat. Damit man ihm also den Vorwurf der Inkonsistenz nicht machen könnte, suchte er einen Gegensatz zwischen dem Novemberakt und dem Patent über die Einberufung des Regentschaftsrates künstlich zu konstruieren. Er gelangt, von diesem Grundsatz ausgehend, zu dem geradezu ungeheuerlichen Schluß, daß das Patent und die sich aus ihm ergebenden Vorteile gerade eine Folge der passiven Taktik des Zwischenparteilichen Verbandes seien. Diese Vorteile seien also entgegen der Aktion der Aktivisten, die sich um den Nationalrat gruppierte, erzielt worden. Erstaunt über diese seine Argumentierung, versucht jetzt dieser Führer der Nationaldemokratie mit einer sicheren Geste nach den Vorbeeren zu greifen, welche gerade die gegnerische Partei in einem schweren und blutigen Ringen und durch unermüdliche Arbeit erkämpft hat. Mit diesen Vorbeeren will er also jetzt die Stirn seiner eigenen Partei schmücken.

Von einer solchen Ausflucht, deren sich Herr Grabski hier bedient, würde man in der Umgangssprache ganz einfach sagen: Er kehrt den Spieß um. Denn während der vorläufige Staatsrat wirklich an dem Ausbau des polnischen Staates tätig war, während er die einschlägigen Denkschriften selbst ausarbeitete und die nicht immer leichten Verhandlungen mit den Okkupationsbehörden zum Abschluß gebracht hatte, begnügte sich die Nationaldemokratie höchstens damit, die Rolle eines böswilligen und voreingenommenen Zuschauers zu spielen, oder aber sie arbeitete den Absichten und Bemühungen des Staatsrates direkt entgegen. Nachdem jedoch der Staatsrat sein Ziel nicht etwa in seinem eigenen Interesse, sondern im Interesse des Landes erreicht hat, drängt sich die Nationaldemokratie feck hervor und hat den Mut zu behaupten, daß sie es gerade sei, die durch ihre Untätigkeit oder gar durch ihre Opposition zum Erreichen eines solchen Zieles beigetragen hat. Eine Apathie zur Zeit des Schaffens und die Unfähigkeit zu einer wirklichen Kraftäußerung einerseits, und der Meid über das erreichte Endziel andererseits — das sind aber die Merkmale einer solchen Methode. In welcher schöner und kraftvoller Weise stellt sich einem solchen Treiben die Tätigkeit des Staatsrates entgegen, der trotz aller Schwierigkeiten, die ihm in den Weg gelegt wurden, und trotz der Schmähungen, die ihm von seiten leichtsinniger und gewissenloser Schädlinge ins Gesicht geschleudert wurden, sich nicht auch nur einen Augenblick von seiner rücksichtslosen Objektivität abbringen ließ, wenn es galt, die von ihm für das polnische Volk erkämpften Rechte auszubauen und sich an der polnischen Verwaltung, am polnischen Schul- und Gerichtswesen zu beteiligen. Wir können wirklich Gott danken, daß wir auf dieses Beispiel hinweisen dürfen, um das entgegengesetzte Beispiel zu vergessen.

Der kunstvolle Bau des Herrn Grabski besitz aber die eine schwache Seite, daß er sich auf Tatsachen

stützt, die noch ganz frisch und im Gedächtnis aller leben. Das Künstliche und Falsche an diesem Bau ist infolgedessen sofort zu erkennen. Deswegen besteht auch die Schädlichkeit dieser Struktur mehr in der Intention, als in den Folgen. Denn an einen Gegensatz zwischen dem Novemberakt und dem Patent vom 12. September wird niemand glauben, der über seine gesunden Sinne verfügt. Außerdem leben noch im Gedächtnis aller die Versammlungen des Staatsrates im Mai und im Juni, wo der Staatsrat für das Postulat einer eigenen Regierung und eines Regenten oder eines Regentschaftsrates von drei Männern, der den Regenten zu vertreten hätte, mit dem größten Nachdruck eingetreten war. Diese Versammlungen lassen sich nicht mehr mit einem Federstrich aus dem Gedächtnis des polnischen Volkes streichen.

Dem Herrn Grabzki könnte man also nur eine Antwort geben: Er selbst und ebenso seine Partei täten viel besser daran, wenn sie jetzt, statt sich aufzuregen und diejenigen zu schmähen, welche der polnischen Sache auch ohne die Nationaldemokratie weiter zu dienen wagen, sich endlich aufraffen und zusammen mit den anderen an die Arbeit herantreten würde.

Aus Nr. 460 des Czas (Krajan)

vom 5. Oktober 1917.

Ein polnischer Rat für die Grenzgebiete.

Aus Stockholm erhalten wir folgende Nachricht: Die Polen jenseits der Grenze pflegten sich nach den Landesteilen zu organisieren, aus denen sie stammten, so daß gegenwärtig 4 Komitees für die einzelnen Landesteile bestehen, und zwar für die Ukraine, für Weißrußland, Kurland und Litauen. In dem Maße, als sich die Tätigkeit dieser Organisationen entwickelte, stellte sich die Notwendigkeit heraus, den polnischen Bestrebungen und Arbeiten eine gewisse Einheitlichkeit zu geben. Während der Landeskongferenz in Moskau, an der auch die Vertreter der Polen teilnehmen, fand eine Reihe von Zusammenkünften in der Angelegenheit der Vereinigung aller Landesorganisationen statt. Es nahmen daran teil: die Mitglieder des Ausführenden Komitees in der Ukraine, die Vertreter des polnischen Landesrats in Minsk, ein Vertreter des Komitees für Kurland und außerdem die ehemaligen Dumaabgeordneten Dymcza, Graf Puttkammer, W. Zaleski und die ehemaligen Reichsratsmitglieder Riezabutowski und Graf Jamozski.

Die Konferenz nahm drei Sitzungen in Anspruch, in denen nach einander die Herren Fejerski, Kieniewicz und Lubinski den Vorsitz führten und die Herren Berezowski und Wankowicz das Amt des Schriftführers ausübten. Mit Rücksicht auf die ähnliche Lage aller Polen in den Grenzgebieten erklärte man sich für die Notwendigkeit der Bildung eines „Rats der Grenzgebiete“. In organisatorischer Beziehung würde sich dieser Rat als eine Vertretung der zentralen polnischen Organisationen darstellen, die in den einschlägigen Landesteilen tätig sind. Hinsichtlich der Zahl der einzelnen Vertreter sind folgende Vorschläge angenommen worden: Das Ausführende Komitee für die Ukraine entsendet zwei, der Landesrat für Weißrußland vier, das Komitee für Kurland zwei Vertreter, die jenseits der Front übrig gebliebenen Kreise Litauens einen Vertreter. Dem Rat für die Grenzgebiete gehören außerdem an: die Abgeordneten für beide gesetzgebende Körperschaften aus der Ukraine und aus Litauen (die H. Bankowski, Lopacinski, Geistl. Maciejewicz, Puttkammer und Raczkowski), eventuell auch die Vertreter der polnischen Zentralorganisation, die ihre Delegierten entsenden werden.

Die Aufgaben des Rats der Grenzgebiete wurden in folgender Weise festgelegt:

Indem er den Charakter einer Abordnung besitzt, übernimmt der Rat für die Grenzgebiete die Leitung der allgemeinen Richtung der polnischen Politik der zwischenparteilichen Vereinigung, entscheidet über die polnische Politik in den Grenzmarken, koordiniert die Arbeiten der einzelnen Organisationen unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse, verteilt die Polen, die die Grenzgebiete bewohnen, und verteidigt die polnischen Interessen in den Grenzgebieten. Das waren in allgemeinen Umrissen die einstimmig beschlossenen Ergebnisse der Moskauer Konferenz. Die Teilnehmer an derselben sollen nunmehr diese ihren Organisationen zur Bestätigung vorlegen. Die Meinungen der einzelnen Organisationen sollen der nächsten Konferenz des Rats der Grenzgebiete, die in Kiew stattfinden wird, vorgelegt werden.

Aus Nr. 232 des Kraj (Posen)

vom 11. Oktober 1917.

Lednicki gegen eine nationale Regierung im Auslande.

Der Petersburger „Dziennik Narodowy“ (der ehemalige „Dziennik Piotrogradzki“) vom 20. September berichtet folgendes:

Der Vorsitzende des Liquidations-Ausschusses, Alexander Lednicki erhielt aus Washington ein von Baderewski, Bischof Rhode, Dr. Helinski, Stypniewski, Smulski, Zychlinski, Kostendrowski, Seimayer, Zagala, Gelichowski, Fr. Newman, Dr. Starzynski, Schwajkart, Rybicki, Drobinski und Dr. Wagner unterzeichnetes Telegramm vom 4. September, in dem die Unterzeichner in der Erwägung, daß „die Last geschichtlichen Beginns fernerhin nicht mehr Komitees zufallen darf“, die nicht die Anerkennung des ganzen polnischen Volkes besitzen, sowie in der Erwägung, daß „der Staatsrat in Warschau, dessen passiver, aber würdevoller Widerstand in der Vergangenheit alle Achtung und Anerkennung verdient, kaum imstande ist, die Gefühle des ganzen Volkes zum Ausdruck zu bringen“, bitten, sich unverzüglich „mit allen wichtigeren politischen Gruppen im Lande, mit hervorragenden Patrioten im Auslande und mit der polnischen Zentral-Agentur in Lausanne zwecks unverzüglicher Organisation einer Zentral-Organisation in der Schweiz unter der Bezeichnung „Polnischer Nationaler Ausführender Ausschuss“ in Verbindung zu setzen.

Als Antwort hierauf überbandte Herr Lednicki folgendes Telegramm:

„Ich werde alles tun, was in meinen Kräften steht um eine polnische Zusammenkunft zu veranstalten, die die Schaffung eines polnischen nationalen ausführenden Ausschusses in Erwägung ziehen würde. Ich hoffe aber, daß Sie nicht die Bildung einer nationalen Regierung im Auslande im Sinne haben, was große Einwendungen hervorrufen würde. Es muß eine Institution erstrebt werden, die vor und in der Zeit des Kongresses für die polnischen Interessen auf der Wacht stehen und die Bedingungen für die notwendige Vereinheitlichung der politischen öffentlichen Meinung vorbereiten würde.“

Bei der Versendung von Abschriften dieses Telegramms der Vertreter eines Teils der polnischen Emigration in Amerika an die Vertreter der polnischen Emigration in Rußland bemerkte Herr Lednicki, daß er die Ausführung der ihm auferlegten Pflicht gern übernehme, weil er die Initiative zur Bildung eines ausführenden Ausschusses, „als Ausdruck des Strebens nach einer Vereinheitlichung der ganzen polnischen politischen öffentlichen Meinung und des Erfassens der Leitung der polnischen politischen Aktion vor dem Kongresse seitens einer gemeinsamen Organisation, nicht aber als Streben nach der Berufung einer nationalen Regierung außerhalb des Heimatlandes“ verstehe.

Nus Nr. 233 des Kraj (Posen)
vom 12. Oktober 1917.

Die Entente und der polnische Staat.

Die russische Zeitung „Dien“ erfährt, daß gegenwärtig ein Notenwechsel zwischen der vorläufigen russischen Regierung und den Kabinetten der Entente-staaten wegen der Zukunft Polens stattfindet. Die russische Regierung empfiehlt in dieser Angelegenheit eine gemeinschaftliche Proklamation der Entente.

Der „Dien“ fügt hinzu, daß Rußland aufrichtig die Selbständigkeit Polens wünsche. Polen dürfe aber nicht unter die Einflüsse der Hohenzollern oder der Habsburger gelangen.

Hieraus geht ferner hervor, daß in Kürze eine neue Erklärung der Entente erfolgen, sich von den bisherigen aber gewiß nicht unterscheiden wird. Wir hegen indessen die Hoffnung, daß der Regenschaftsrat, dessen Ernennung jeden Tag zu erwarten steht, die Entente der Sorge um unsere Zukunft entheben wird.